AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
http://ageconsearch.umn.edu
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

HWWA HAMBURG

REPORT

Deutliche Erholung der Konjunktur

Günter Weinert, Eckhardt Wohlers
Christiane Brück, Ulrike Dennig, Wolfgang Henne,
Jörg Hinze, Kai Kirchesch, Klaus Matthies,
Wolfgang Schaft, Ingeborg Sperling,
Kai Stefani

HWWA-Report

200

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)
Hamburg Institute of International Economics
2000
ISSN 0179-2253

The HWWA is a member of:

- Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)
- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (ARGE)
- Association d‘Instituts Européens de Conjoncture Economique (AIECE)

Deutliche Erholung der Konjunktur

Günter Weinert, Eckhardt Wohlers
Christiane Brück, Ulrike Dennig, Wolfgang Henne,
Jörg Hinze, Kai Kirchesch, Klaus Matthies,
Wolfgang Schaft, Ingeborg Sperling,
Kai Stefani

Dieser Report ist Teil des Forschungsschwerpunktes "Wachstum und Konjunktur in Europa"

HWWA REPORT
Editorial Board:

Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Prof. Dr. Hans-Eckart Scharrer
Dr. Konrad Lammers
Dr. Eckardt Wohlers

Abgeschlossen am 21. Januar 2000

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)
Hamburg Institute of International Economics
Öffentlichkeitsarbeit
Neuer Jungfernstieg 21 • 20347 Hamburg
Telefon: 040/428 34 355
Telefax: 040/35 19 00
e-mail: hwwa@hwwa.de
Internet: http://www.hwwa.de/

Günter Weinert
Telefon: 040/428 34 318
e-mail: weinert@hwwa.de

Eckhardt Wohlers
Telefon: 040/428 34 313
e-mail: wohlers@hwwa.de

INHALTSVERZEICHNIS

I. Weltwirtschaft expandiert kräftig 7

Einblick 7

Rohstoffpreise steigen weiter 11

Fragile Konjunktur in Japan 15

Ungebrochene Hochkonjunktur in den USA 21

Erholung auch in Westeuropa außerhalb der EWU 25

Deutliche konjunkturelle Erholung in der EWU 27

- Rahmenbedingungen für weitere Erholung günstig 27
- Ausfuhr steigt wieder kräftig 33
- Robuste Inlandsnachfrage 35
- Leichte Verstärkung des Preisanstiegs 36
- Allmähliche Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt 38

II. Deutschland: Konjunktur im Aufwind 40

Exportbelebung treibt Konjunktur 41

Konjunkturgefälle zwischen West- und Ostdeutschland 43

Weltwirtschaftliches Umfeld weiterhin günstig 45

Geldpolitik: Zügel angezogen 46

Finanzpolitik auf Konsolidierungskurs 48

Moderater Lohnanstieg 50

Aufschwung gewinnt an Breite 52

Perspektiven für 2001 55

Wirtschaftspolitik bleibt gefordert 55

Anhang

1. Schaubilder zur wirtschaftlichen Entwicklung in ausgewählten Ländern 58
2. Zur Revision der VGR- und Produktivitätsziffern in den USA 61
3. Zur Umstellung auf das ESVG 95 in der EWU 64
4. Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Deutschland 68

Verzeichnis der Kästen

Konjunktureffekte des Ölpreisanstiegs 12

Zur Zinsregel von Taylor 31

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1	Indikatoren zur Weltkonjunktur	7
Schaubild 2	Eckgrößen für EWU, Japan und USA	8
Schaubild 3	Weltmarktpreise für Rohstoffe	14
Schaubild 4	Indikatoren zur Konjunktur in Japan	16
Schaubild 5	Indikatoren zur Konjunktur in den USA (I)	20
Schaubild 6	Indikatoren zur Konjunktur in den USA (II)	22
Schaubild 7	Indikatoren zur Konjunktur in Großbritannien	26
Schaubild 8	Indikatoren zur Konjunktur in der EWU	28
Schaubild 9	Das Geldmengen- und Kreditwachstum in der EWU	30
Schaubild 10	Real effektive Wechselkurse ausgewählter Währungen	34
Schaubild 11	Harmonisierte Verbraucherpreise und Vertrauensindikatoren für die EWU	37
Schaubild 12	Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland	41
Schaubild 13	Ausfuhr nach Ländern und Regionen	42
Schaubild 14	Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung	44
Schaubild 15	Zinsentwicklung in Deutschland	47
Schaubild 16	Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland	53
Schaubild A1	Indikatoren zur Wirtschaftslage in Mittel- und Osteuropa	58
Schaubild A2	Indikatoren zur Wirtschaftslage in Ostasien	59
Schaubild A3	Indikatoren zur Wirtschaftslage in Lateinamerika	60
Schaubild A4	BIP, Sparquote und Produktivität in den USA nach alter und neuer Rechnung	62
Schaubild A5	Anteil der Revisionsgründe an der Gesamtveränderung des BIP (1995)	65
Schaubild A6	Entwicklung der BIP-Komponenten der EWU nach neuer und alter Rechnung	67

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1	Kennzahlen zur Konjunktur	10
Tabelle 2	Eckdaten der Prognose für die EWU	39
Tabelle 3	Finanzwirtschaftliche Eckwerte	48
Tabelle 4	Finanzpolitische Maßnahmen 2000 und 2001	49
Tabelle 5	Arbeitsmarktbilanz für Deutschland	51
Tabelle 6	Eckdaten der Prognose für Deutschland	54

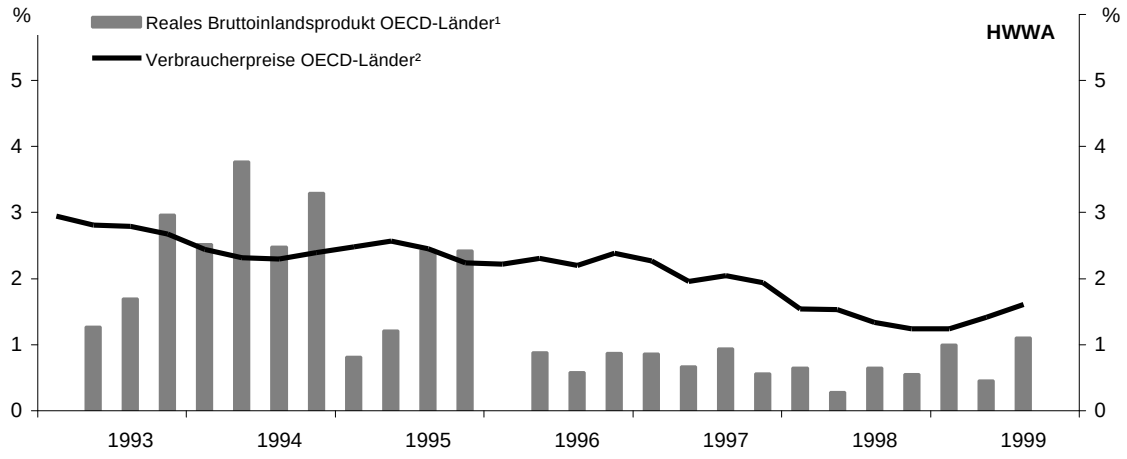
I. Weltwirtschaft expandiert kräftig

Einblick

Die Weltwirtschaft hat sich im Laufe des vergangenen Jahres deutlicher erholt als noch im vergangenen Sommer erwartet. Die Weltproduktion dürfte im Jahresdurchschnitt um 2½ % höher als 1998 gewesen sein (vgl. Schaubild 1). Insbesondere in Ostasien übertraf die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion die Prognosen. Vor allem in den fernöstlichen Schwellenländern, namentlich in Südkorea, expandierte sie weitaus stärker als zumeist vorhergesehen. Japan überwand die lange Rezession unerwartet früh und deutlich. In den USA expandiert die gesamtwirtschaftliche Produktion auch im neunten Jahr des Aufschwungs erstaunlich kräftig; sie nahm weiterhin erheblich rascher zu als das Produktionspotential. Zudem war der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Rußland und in Lateinamerika nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrisen beträchtlich schwächer und kürzer als erwartet. Lediglich in Westeuropa erhöhte sich die Produktion nur wenig stärker als prognostiziert.

Schaubild 1

Indikatoren zur Weltkonjunktur

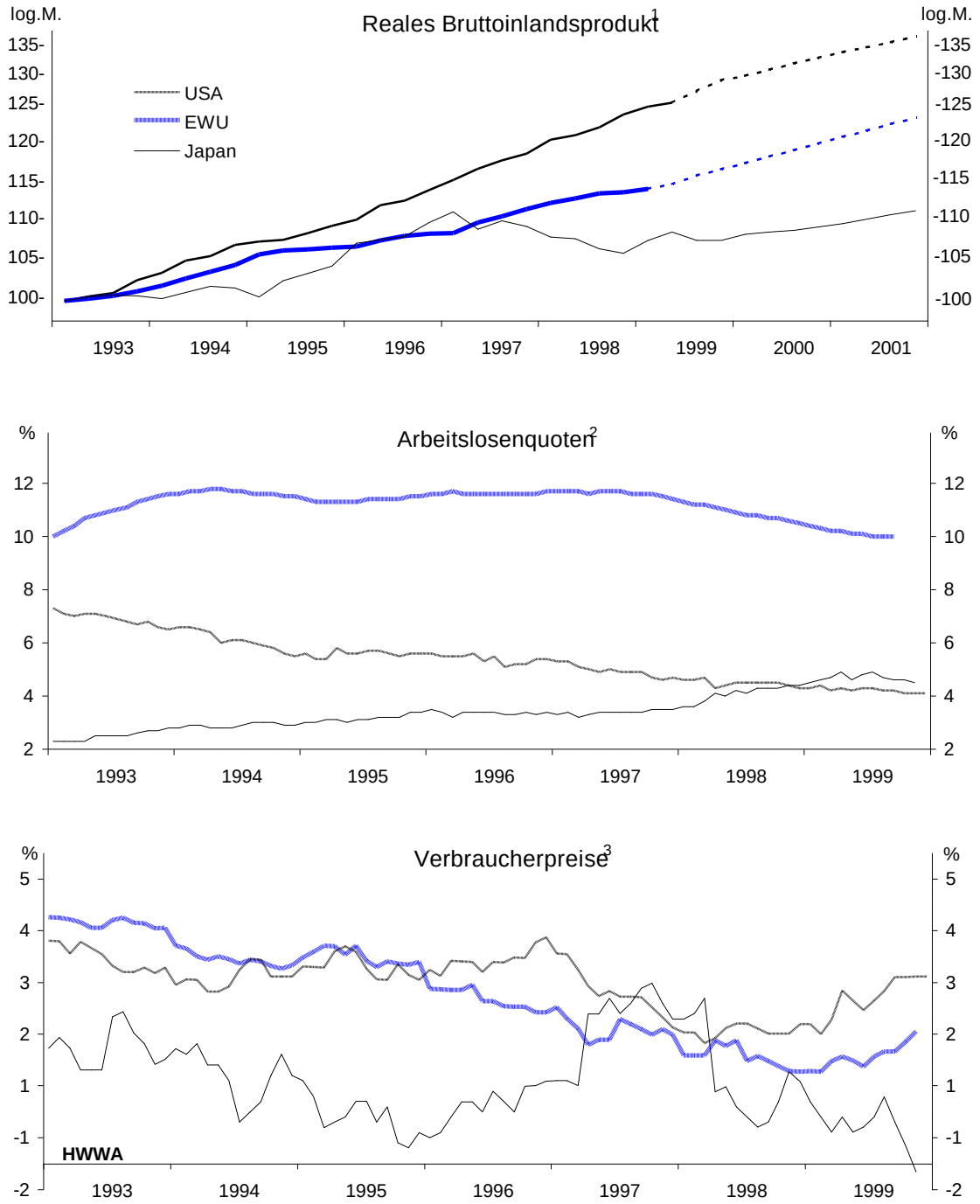


[1]Veränderungen gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresraten hochgerechnet. – [2]Vorjahresvergleich; ohne Türkei.
Quellen: OECD; eigene Berechnungen.

Die zügige Erholung der Weltkonjunktur ist großenteils das Ergebnis einer zumeist deutlich expansiv ausgerichteten Wirtschaftspolitik. In vielen Ländern war die Geldpolitik als Reaktion auf die Finanzkrisen in einer Reihe von Schwellenländern vom Herbst

Schaubild 2

Eckgrößen für EWU, Japan und USA



[1]1. Quartal 1993 = 100; gepunktete Linien: Prognose (Grundtendenz). – [2]Arbeitslose in % der Erwerbspersonen, standardisiert. – [3]Vorjahresvergleich in %.
Quellen: OECD, nationale Statistiken; HWWA-Prognose.

1998 bis zum Frühjahr 1999 mit einer erheblichen Senkung der Leitzinsen auf einen deutlich expansiven Kurs eingeschwenkt. Vor allem in einigen ostasiatischen Schwellenländern und in Japan war die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage primär das Ergebnis kräftiger Impulse von seiten der Finanzpolitik. Spielraum für eine expansive Wirtschaftspolitik wurde dort auch durch strukturpolitische Maßnahmen geschaffen. Mit der staatlich unterstützten Rekapitalisierung der Banken konnte der Finanzsektor die Intermediationsfunktion wieder besser ausüben. Teilweise wurden auch Unternehmenszusammenbrüche durch staatliche Kreditgarantien für kleine und mittlere Unternehmen verhindert.

Nachdem die Gefahr eines weltweiten Abgleitens in eine Rezession weitgehend gebannt war, ist die Wirtschaftspolitik insbesondere in den westlichen Industrieländern wieder stärker darauf bedacht, die wirtschaftliche Expansion auf ein dauerhaft tragbares Tempo zu begrenzen. Um inflationäre Risiken zu vermeiden, sind die Leitzinsen in den USA im Laufe des zweiten Halbjahrs 1999 und zuletzt auch in der EWU wieder angehoben worden. Sie sind nunmehr auf einem Niveau wie vor der Lockerung. Damit ist die Geldpolitik wohl auf einen nur noch geringfügig anregend wirkenden Kurs eingeschwenkt. In diesem und in der EWU auch im nächsten Jahr dürften die Zinsen weiter angehoben werden, aber wohl nur leicht. In Japan hingegen ist die private Nachfrage noch nicht gefestigt. Insbesondere die Finanzpolitik wird daher vorerst expansiv ausgerichtet bleiben. In einigen asiatischen Schwellenländern sind die selbsttragenden Kräfte indes wohl so weit gestärkt, daß die Wirtschaftspolitik auf einen weitgehend neutralen Kurs einschwenken wird. Von besonderer Bedeutung ist dabei jedoch die Fortsetzung der Reformpolitik, vor allem für den Unternehmenssektor. Ein Stocken, zu dem die kurzfristige Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage verleiten könnte, birgt die Gefahr, daß es erneut zu einer Umkehr der Kapitalströme kommt. Die Kapitalrückflüsse in diese Länder dürften nämlich nicht zuletzt durch Vertrauen in den Reformprozeß bedingt sein. Erneute Turbulenzen an den Finanzmärkten wären bei Rückschlägen bei den strukturellen Reformen nicht auszuschließen. Allerdings dürften sie regional begrenzt bleiben, zumal die internationalen Mechanismen und Vorkehrungen für eine Vermeidung oder Eindämmung von Störungen in der Finanzsphäre inzwischen verbessert wurden.

Mit der Erholung der Weltkonjunktur kam es auch zu einer Wende des Preisklimas (vgl. Schaubild 2). Nach einer längeren Phase weitestgehender Stabilität sind die Preise in den westlichen Industrieländern im Laufe des vergangenen Jahres wieder merklich gestiegen. Allerdings war die Teuerung kaum konjunkturell bedingt. Sie resultierte viel-

Tabelle 1

Kennzahlen zur Konjunktur

	Reales Bruttoinlandsprodukt (Vorjahresvergleich in %)				Verbraucherpreise[1] (Vorjahresvergleich in %)				Arbeitslosenquoten[2] (Jahresdurchschnitt)			
	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001
Belgien	2,9	2,0	2,8	2,7	0,9	1,1	1,6	1,8	9,5	9,0	8,6	8,1
Deutschland	2,2	1,4	2,7	2,7	0,6	0,6	1,4	1,8	9,4	9,0	8,5	8,0
Finnland	5,6	3,5	4,1	3,7	1,4	1,3	1,9	2,2	11,4	10,3	9,3	8,4
Frankreich	3,4	2,7	3,2	3,1	0,7	0,6	1,3	1,5	11,9	11,1	10,6	10,0
Italien	1,3	1,3	2,5	2,6	2,0	1,7	2,2	2,5	12,3	11,6	11,3	10,9
Irland	8,9	8,5	7,5	6,5	2,2	2,4	2,7	2,5	7,8	6,5	5,8	5,0
Luxemburg	5,7	5,0	4,5	4,0	1,0	1,0	1,9	1,5	2,8	2,8	2,8	2,7
Niederlande	3,7	3,1	2,8	2,6	1,8	2,1	2,3	2,4	4,0	3,3	3,0	2,8
Österreich	3,3	2,0	2,9	2,8	0,8	0,4	1,5	1,8	4,7	4,4	4,1	3,8
Portugal	3,9	3,0	3,5	3,2	2,2	2,1	2,0	2,3	5,1	4,7	4,5	4,2
Spanien	4,0	3,5	3,8	3,6	1,8	2,2	2,3	2,4	18,7	15,5	13,8	12,2
EWU[3]	2,8	2,1	3,0	2,9	1,1	1,1	1,7	2,0	11,0	10,1	9,5	8,9
Dänemark	2,7	0,9	2,0	2,0	1,3	2,1	2,3	2,4	5,1	4,5	4,2	4,0
Griechenland	3,7	3,2	3,7	4,0	4,5	2,3	2,6	2,5	10,7	9,8	9,2	8,5
Großbritannien	2,3	1,7	2,7	2,5	1,5	1,4	2,2	2,3	6,3	6,1	5,9	5,6
Schweden	2,6	3,5	3,2	3,0	1,0	0,6	1,5	1,3	8,3	6,9	6,2	5,5
EU[3]	2,7	2,1	2,9	2,9	1,3	1,2	1,8	2,0	10,0	9,2	8,7	8,1
Norwegen	2,1	0,5	2,8	3,0	2,3	2,3	2,5	2,5	3,3	3,2	3,0	2,8
Schweiz	2,1	1,3	2,0	2,3	0,0	0,8	1,2	1,2	3,9	3,2	3,0	2,8
Westeuropa[3]	2,7	2,0	2,9	2,8	1,2	1,2	1,8	2,0	9,8	9,0	8,5	8,0
USA	4,3	4,0	3,3	2,5	1,6	2,2	2,6	2,5	4,5	4,2	4,2	4,5
Kanada	3,1	3,7	3,1	2,5	1,0	1,8	2,6	2,5	8,4	7,9	7,6	7,5
Japan	-2,6	0,7	0,9	1,6	0,6	-0,2	0,3	0,6	4,1	4,7	4,7	4,5
Industrieländer[3]	2,3	2,6	2,7	2,5	1,3	1,4	1,9	2,0	6,9	6,6	6,3	6,1

[1]Europäische Union: Harmonisierte Verbraucherpreisindizes. – [2]Arbeitslose in % der Erwerbspersonen, standardisiert. - [3]Summe der aufgeführten Länder; Gewichtung nach Bruttoinlandsprodukt bzw. privatem Verbrauch bzw. Zahl der Erwerbspersonen 1998.
Quellen: Eurostat, OECD, nationale Statistiken; 1999: aufgeschätzt, 2000 und 2001: Prognose des HWWA.

mehr vornehmlich aus einer massiven Erhöhung des Ölpreises im Laufe des vergangenen Jahres (vgl. Kasten: Konjunktureffekte des Ölpreisanstiegs). Diese war ihrerseits nicht die Folge einer weltweit rascher steigenden Nachfrage nach Öl, sondern einer strikt eingehaltenen Angebotsbeschränkung seitens des OPEC-Kartells. Auch bei den Preisen für andere Rohstoffe vollzog sich eine Wende, allerdings stiegen sie bisher nur moderat. Die annähernde Preisstabilität in den westlichen Industrieländern wurde durch die ungünstigen externen Preiseinflüsse jedoch nicht gefährdet, zumal der interne Kostenanstieg gering blieb. Namentlich in den USA wird die Geldpolitik aber allmählich zu einem eher restriktiv wirkenden Kurs übergehen, um angesichts der hohen Inanspruchnahme des Produktionspotentials wachsende Inflationsrisiken zu vermeiden. Auch die Europäische Zentralbank dürfte die Leitzinsen bei zunehmender Kapazitätsauslastung im EWU-Raum weiter leicht erhöhen. In Japan wird die Zentralbank hingegen noch längere Zeit an der annähernden "Null-Zins-Politik" festhalten, zumal die Preise bei der weiter beträchtlichen Produktionslücke stabil bleiben dürften.

Die außenwirtschaftliche Lage hat sich für die Industrieländer im Laufe des vergangenen Jahres etwas verschlechtert. Dazu haben auch die als Folge der Verteuerung des Rohöls ungünstigeren Terms of Trade beigetragen. Während dadurch für Japan und die Europäische Währungsunion aber lediglich die Überschüsse in der Leistungsbilanz verringert wurden, nahm das Defizit in den USA verstärkt zu. Im vergangenen Jahr entsprach es 3½ % des Bruttoinlandsprodukts. Mit der zu erwartenden Abnahme der konjunkturellen Differenzierung zwischen den Industrieländern und der wieder zügigen Expansion in Schwellenländern dürfte sich das amerikanische Leistungsbilanzdefizit aber wohl nicht weiter erhöhen.

Rohstoffpreise steigen weiter

Die Weltmarktpreise für Rohstoffe sind in der zweiten Jahreshälfte 1999 weiter kräftig gestiegen. Im Dezember waren sie, gemessen am HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, um die Hälfte höher als vor Jahresfrist. Damit haben sie wieder ein Niveau wie zu Beginn der Asienkrise vor zweieinhalb Jahren erreicht. (vgl. Schaubild 3). Ausschlaggebend für den anhaltend kräftigen Anstieg des Rohstoffpreisindex war die massive Verteuerung von Öl. Aber auch andere Rohstoffe haben sich seit dem Spätsommer moderat verteuert. Sie waren zuletzt allerdings immer noch deutlich billiger als im Sommer 1997.

Konjunktureffekte des Ölpreisanstiegs

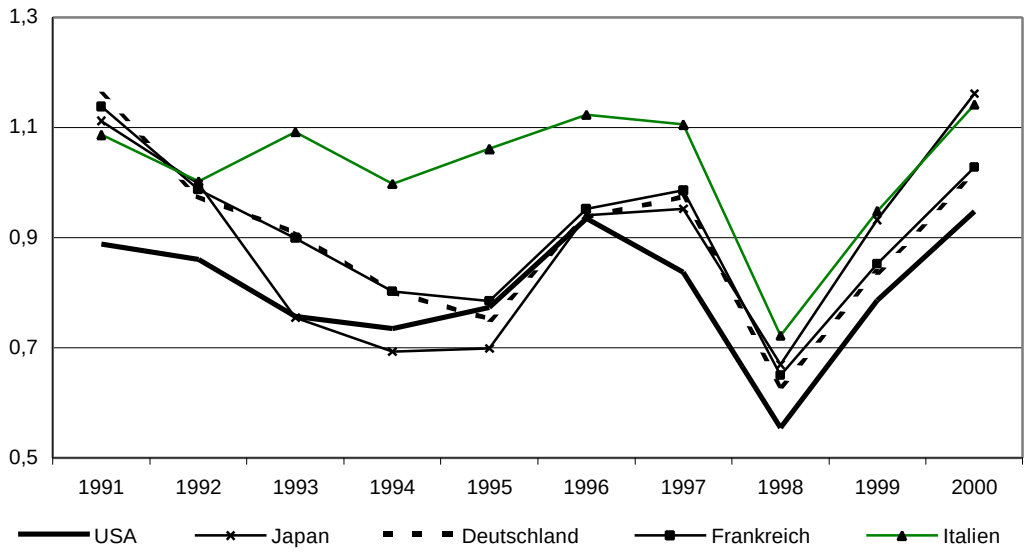
Der Ölpreis hat sich im Laufe des vergangenen Jahres mehr als verdoppelt. Die davon ausgehenden Einflüsse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den ölimportierenden Industrieländern hielten sich indes in relativ engen Grenzen. Zwar werden sich die Wirkungen erst in diesem Jahr voll entfalten. Aber im Vergleich zu den Ölkrisen von 1973 und 1980 sind die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen weit weniger gravierend. Selbst an den Finanzmärkten der Industrieländer löste der drastische Ölpreisanstieg daher keine Beunruhigung aus. All dies zeigt einen Wandel in der Bedeutung des Öls für die Industrieländer.

Der Ölpreis stieg im Laufe des vergangenen Jahres drastisch, nach allerdings ähnlich starkem Fall im Jahr zuvor. Das Niveau von 10 Dollar um die Jahreswende 1998/99 war vor dem Hintergrund der abgeschwächten Weltkonjunktur im allgemeinen nicht als dauerhaft angesehen worden. Tatsächlich bewegt sich der Rohölpreis seit einigen Monaten über dem von der OPEC seit langem angestrebten Richtpreis von 21 Dollar. Hier wird angenommen, daß das Kartell sich nach wie vor an dieser Richtgröße orientiert. Weiteren kräftigen Anhebungen dürften sich Länder mit großen Ölreserven, insbesondere Saudi Arabien, unter dem Gesichtspunkt einer langfristigen Absatzsicherung widersetzen. Denn schon in den vergangenen Jahrzehnten ist der spezifische Rohölverbrauch der großen westlichen Industrieländer infolge von Energieeinsparungen und Substitution durch andere Energieträger im Vergleich zum Beginn der achtziger Jahre um knapp ein Drittel gesunken. Dennoch sind die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Erhöhung des Ölpreises von 13,3 Dollar je Barrel im Jahresdurchschnitt 1998 auf 18 Dollar im vergangenen Jahr und wohl 22 Dollar im Durchschnitt dieses Jahres durchaus beachtlich, wie Simulationen mit dem Modell von Oxford Economic Forecastin für fünf große ölimportierende Industrieländer in bezug auf die Leistungsbilanz, die Preisentwicklung und das reale Bruttoinlandsprodukt zeigen.

Die Verteuerung des Öls erhöhte die entsprechende Importrechnung – bei kaum gestiegenem Einfuhrvolumen – der fünf großen westlichen Industrieländer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr gegenüber 1998 um 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte. Bei einem erwarteten durchschnittlichen Ölpreis von 22 Dollar wird sie in diesem Jahr um die gleiche Größenordnung steigen. Die Ölrechnung beläuft sich dann auf 0,9 % (USA) bis 1,2 % (Japan) des Bruttoinlandsprodukts. Dies entspricht weitgehend dem Anteil im Jahre 1991(vgl. Schaubild).* Die ölpreisbedingte Belastung der Leistungsbilanzen beträgt den Simulationen zufolge für das vergangene und für dieses Jahr jeweils 0,1 % in Japan, Deutschland und Frankreich, 0,2 % in den USA und 0,25 % in Italien. Sie ist indes verkraftbar, weil die meisten Länder einen Überschuß in der Leistungsbilanz haben. Selbst für die USA, wo das Handels- wie das Leistungsbilanzdefizit mit reichlich 3 % hoch ist, haben sich keine sichtbaren Belastungen für den Dollarkurs ergeben.

Am sichtbarsten schlug sich die Verteuerung des Rohöls im vergangenen Jahr in den Verbraucherpreisen nieder. Bei einem Gewicht von 8 bis 10 % im Index für die private Lebenshaltung war der Anstieg bzw. die Beschleunigung weitgehend ölpreisbedingt. Die Kernrate der Preisentwicklung, bei der Öl und (unverarbeitete) Nahrungsmittel unberücksichtigt bleiben, blieb hingegen annähernd unverändert. Der kumulierte Preiseffekt beträgt in den Ländern 0,5 bis 0,6 Prozentpunkte. Auch wenn die ölpreisbedingte Verteuerung der Vorleistungen noch nicht voll auf die Verbraucherebene weitergewälzt sein dürfte, werden die Teuerungsimpulse nur vorübergehend sein. Sekundäreffekte in Form erhöhter Lohnforderungen, die sich am aktuellen Preisanstieg orientieren, sind aus heutiger Sicht kaum zu erwarten.

Der dämpfende Effekt auf das reale Bruttoinlandsprodukt ist den Rechnungen zufolge, für sich genommen, mit kumuliert 0,3 bis 0,4 % etwas höher als der Leistungsbilanzeffekt. Die Konjunktur wurde aber durch die Umverteilung zugunsten der ölproduzierenden Länder in den großen Öleinfuhrländern nicht sichtbar belastet. Gerade in den USA blieb der Aufschwung bis zuletzt ungebrochen kräftig. In den großen EWU-Ländern setzte sich die gesamtwirtschaftliche Erholung im zweiten Halbjahr 1999 sogar beschleunigt fort. Lediglich in Japan ergab sich eine vorübergehende Abschwächung.



* Im Jahre 1990 war der Anteil vorübergehend deutlich höher, weil der Ölpreis aufgrund der Golfkrise zeitweise auf über 30 Dollar gestiegen war.

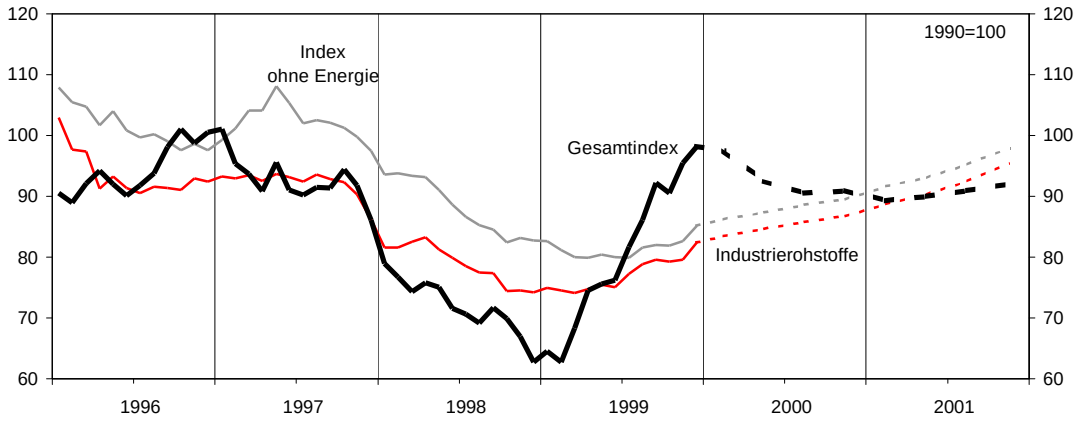
Bei den Industrierohstoffen setzte sich die im Frühjahr begonnene verhaltene Aufwärtsbewegung der Preise fort, bei Metallen und Zellstoff beschleunigte sich die Aufwärtsbewegung zum Jahresende. Bei Zellstoff dürften Sonderfaktoren wie die Produktion von Druckerzeugnissen zum "Jahr 2000" eine Rolle gespielt haben. Am deutlichsten stiegen, begünstigt durch eine unerwartet starke Erholung der Nachfrage nach Edelstahl, die Nickelpreise, nachdem die Produzenten das Angebot erheblich verringert hatten. Die Preise etlicher Industrierohstoffe blieben jedoch gedrückt, weil das Angebot trotz wieder lebhafterer Nachfrage nach wie vor generell reichlich war. Die Rohstoffnachfrage wird im Zuge der voranschreitenden Expansion der Weltwirtschaft weiter zunehmen, vor allem wird sich die Erholung des Verbrauchs in Asien, namentlich in Südkorea, Singapur und Malaysia, kräftig fortsetzen. Aber auch das Angebot dürfte ausgeweitet werden. Der Preisanstieg bei Industrierohstoffen wird sich deshalb nur wenig beschleunigen. Für den Durchschnitt dieses und des nächsten Jahres ist jeweils mit einem Anstieg um 8-10 % zu rechnen, nach einem Rückgang im Jahr 1999 um 2,2 %.

Schaubild 3

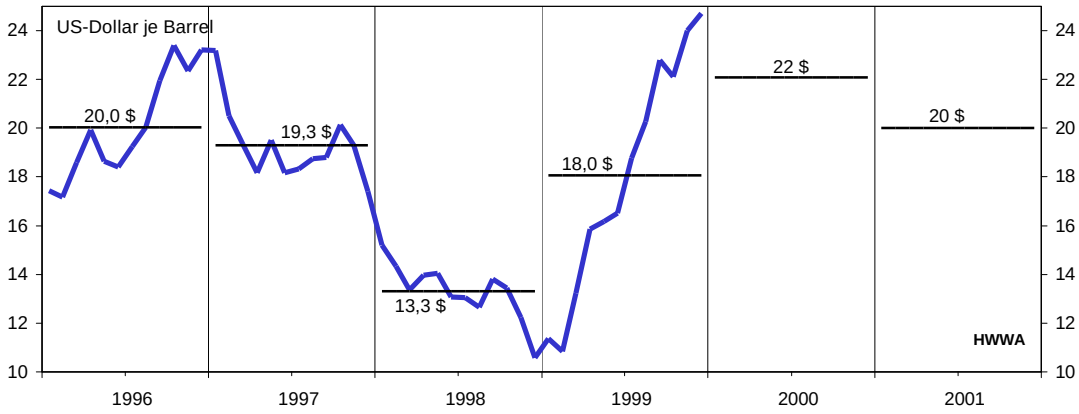
Weltmarktpreise für Rohstoffe[1]

HWWA-Rohstoffpreisindex[2]

HWWA-Index mit Untergruppen	1999	Juni 99	Juli 99	Aug 99	Sep 99	Okt 99	Nov 99	Dez 99
Gesamtindex	80,5	76,2	81,8	86,1	92,3	90,5	95,5	98,2
	(11,8)	(6,3)	(15,7)	(24,4)	(28,6)	(29,4)	(42,4)	(56,4)
Gesamtindex, ohne Energie	81,5	80,0	79,9	81,7	82,0	81,9	82,7	85,2
	(-7,7)	(-9,7)	(-7,8)	(-4,3)	(-3,0)	(-0,7)	(-0,7)	(2,9)
Nahrungs- und Genußmittel	94,2	94,6	87,9	89,9	89,3	89,6	91,8	93,3
	(-18,7)	(-17,3)	(-20,6)	(-17,1)	(-15,5)	(-15,7)	(-15,8)	(-13,8)
Industrierohstoffe	77,2	75,1	77,3	78,9	79,6	79,3	79,6	82,4
	(-2,2)	(-6,1)	(-1,7)	(1,7)	(2,8)	(6,5)	(6,8)	(11,1)
Agrarische Rohstoffe	78,6	77,8	78,3	80,0	79,2	79,0	78,9	82,0
	(-0,9)	(-4,3)	(-1,0)	(2,4)	(1,7)	(6,1)	(5,7)	(8,3)
NE-Metalle	71,9	67,4	73,5	75,4	79,2	78,5	79,5	82,5
	(1,0)	(-3,4)	(5,5)	(9,2)	(13,6)	(16,4)	(17,6)	(27,7)
Energierohstoffe	79,9	73,7	82,9	89,0	98,9	96,1	103,8	106,7
	(30,1)	(21,7)	(37,6)	(51,6)	(56,1)	(55,7)	(83,8)	(114,5)



Rohölpreis[3]



[1] Graphiken: Ab 2000 Prognose – [2] 1990=100, auf US-Dollar-Basis, Periodendurchschnitte; in Klammern: prozentuale Änderung gegenüber dem Vorjahr. – [3] Durchschnitt aus den Sorten Dubai, Brent und WTI; horizontale Linien: Jahresdurchschnitte.

Auf dem Weltölmarkt setzte sich die deutliche Preiserholung infolge anhaltender Angebotsverknappung fort. Die Förderländer hielten sich weitgehend an die vereinbarten Kürzungsbeschlüsse, dadurch kam es im vierten Quartal zu einem deutlichen Lagerabbau in den Hauptverbraucherländern. Zum Jahresende gaben die Ölpreise an den Spotmärkten zwar vorübergehend etwas nach, doch lag die Spotnotierung für Brentöl zuletzt über 26 Dollar je Barrel.

Der Ölverbrauch, der sich 1999 um etwa 1,5 % erhöht haben dürfte, wird im Zuge der fortschreitenden Erholung der Weltkonjunktur, insbesondere aufgrund eines wieder erhöhten Bedarfs in Südostasien, trotz der Ölverteuerung beschleunigt zunehmen und in diesem Jahr um reichlich 2 % steigen. Wie sich unter diesen Umständen die Ölpreise entwickeln werden, hängt vor allem von der Dauer der Angebotsverknappung ab. Saudi-Arabien hat jüngst die Entschlossenheit der Opec-Länder bekräftigt, die Förderkürzungen über den März hinaus zu verlängern. Die irakische Förderung fällt nicht unter die Beschlüsse der Opec und dürfte nach einer zu erwartenden Freigabe der Exporte durch die Vereinten Nationen weiter erhöht werden.

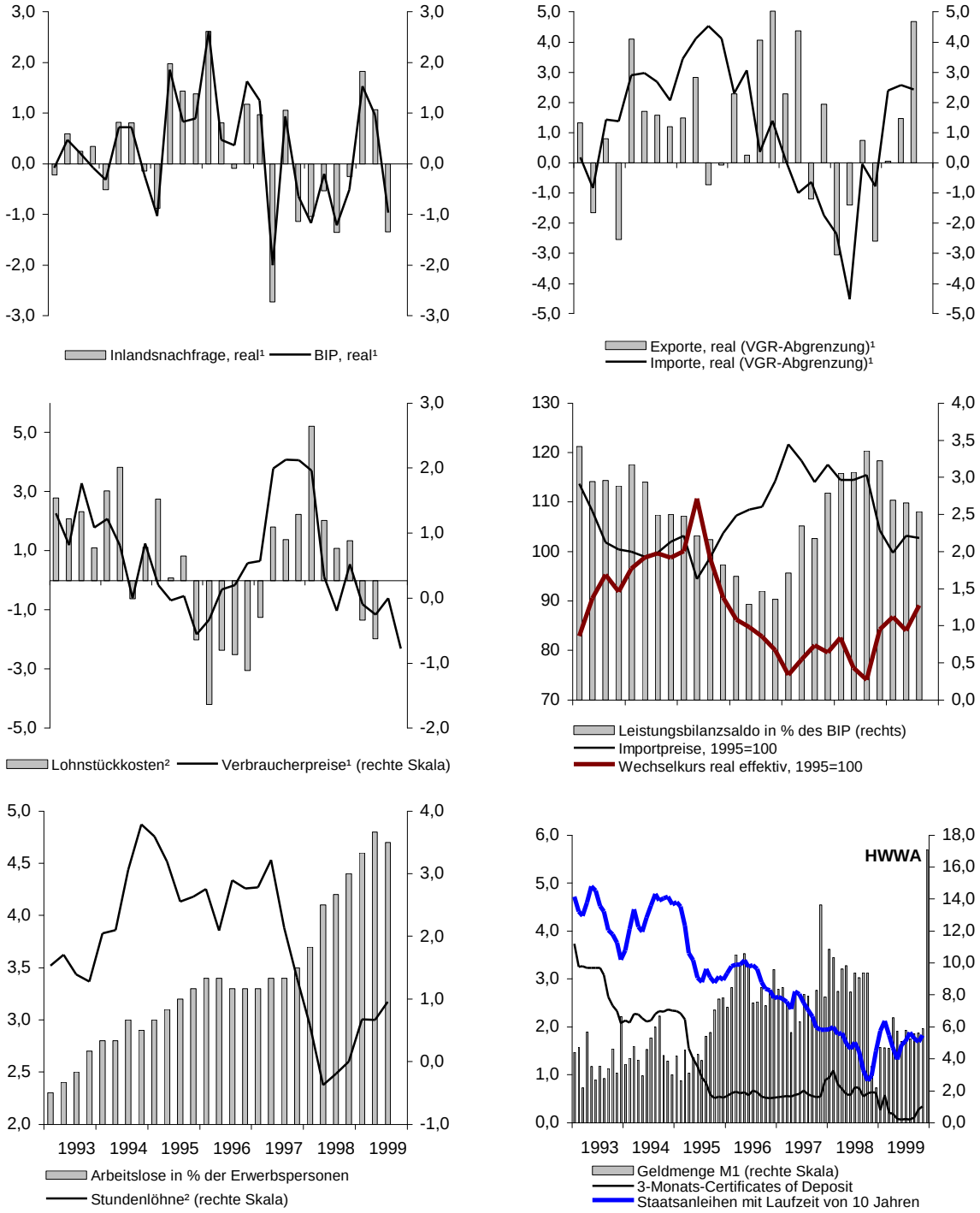
Eine Verlängerung der Kürzungsbeschlüsse auf der nächsten Opec-Konferenz ist für den Fall zu erwarten, daß der Ölpreis im März nicht deutlich über 25 Dollar liegt. Für eine Fortschreibung spricht, daß die Förderländer einen erneuten Preiseinbruch möglichst vermeiden wollen. Die tatsächliche Opec-Förderung dürfte dennoch allmählich wieder zunehmen, weil der Anreiz zur Mehrförderung bei hohen Ölpreisen wächst und sich nicht alle Förderländer konsequent an die Begrenzungen halten werden. Der Rohölpreis wird daher wohl tendenziell sinken. Für den Jahresdurchschnitt 2000 wird hier mit einem Preis von 22 Dollar je Barrel gerechnet, für das Jahr 2001 mit 20 Dollar.

Fragile Konjunktur in Japan

Zur Stabilisierung der Weltwirtschaft hat in diesem Jahr auch Japan beigetragen. Nach einer Rezession über anderthalb Jahre war das reale Bruttoinlandsprodukt 1999 um ¾ % höher als im Jahr zuvor. Die geringe Zuwachsrate ist zwar zu einem erheblichen Teil durch den niedrigen Stand am Ende des Jahres 1998 bedingt. Sie ist aber zugleich symptomatisch für die Labilität der Konjunkturwende. In der Grundtendenz ist die Aufwärtsentwicklung schwach. Der starke Anstieg zu Jahresbeginn war nämlich vornehmlich durch Impulse von seiten der Finanzpolitik getragen. Insbesondere die öffentlichen In-

Schaubild 4

Indikatoren zur Konjunktur in Japan



[1]Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %. – [2]Vorjahresvergleich in %.
Quellen: Bank of Japan, OECD; eigene Berechnungen.

vestitionen wurden im ersten Quartal 1999 kräftig ausgeweitet; im vergangenen Jahr insgesamt waren sie um 14 % höher als 1998. Bei der privaten Inlandsnachfrage kam hingegen lediglich der Rückgang zum Stillstand. Der private Verbrauch nahm bei stagnierenden verfügbaren Einkommen, gefördert durch eine steuerliche Entlastung und auch durch die Ausgabe von Kaufgutscheinen, wieder zu; er war im vergangenen Jahr um 1½ % höher als 1998. Die Unternehmensinvestitionen waren dagegen weiterhin rückläufig. Mit 5½ % war der Rückgang im Jahresergebnis von 1999 jedoch nur noch halb so stark wie im Jahr zuvor. Leerkapazitäten, eine auch wegen der Yen-Aufwertung ungünstige Ertragslage sowie lange Zeit pessimistische Absatzaussichten beeinträchtigten die Investitionsneigung maßgeblich. Zudem wurden die Maßnahmen zur Restrukturierung der Unternehmen forciert. Stützend wirkte auch im vergangenen Jahr wieder die Auslandsnachfrage. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen, die im Zuge der Krise in einer Reihe ostasiatischer Schwellenländer im ersten Halbjahr 1998 stark und in den folgenden Quartalen noch schwach gesunken war, nimmt seit dem vergangenen Frühjahr wieder deutlich zu (vgl. Schaubild 4).

Bei der nach wie vor schwachen Konjunktur hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. Auch große Unternehmen bauten erstmals Personal ab. Die Zahl der Arbeitslosen stieg bis zum Sommer; zur Jahresmitte waren erstmals seit Jahrzehnten knapp 5 % der Erwerbspersonen ohne Arbeitsplatz. Seither ist die Quote zwar wieder leicht gesunken, doch ist dies nicht zuletzt durch eine Zunahme von Teilzeitarbeit bedingt. Angesichts der nach wie vor beträchtlichen Unterauslastung der Kapazitäten blieb das Niveau der Verbraucherpreise trotz der Verteuerung von Energie infolge des Ölpreisanstiegs annähernd konstant.

Dank der massiv expansiven Finanzpolitik ist bei weiterhin sehr niedrigen Zinsen eine Überwindung der Rezession gelungen. Die Stabilisierung der privaten Nachfrage sowie die günstigen wirtschaftlichen Erwartungen der privaten Wirtschaft sprechen auch für ein wachsendes Vertrauen in den Erfolg der Reformen und Anpassungsmaßnahmen zur Behebung der tiefgreifenden strukturellen Probleme, mit denen ist das Land bereits seit Ende der achtziger Jahre – nach dem Platzen der Spekulationsblase – konfrontiert ist; lange Zeit war lediglich an dem Symptom kuriert worden, statt an den grundlegenden Problemen anzusetzen. Ein nachlassender Pessimismus spiegelt sich auch in der Erholung der Aktienkurse im Laufe des vergangenen Jahres wider. Hierdurch wird zugleich der Konsolidierungsbedarf der Unternehmen gemildert. Die Immobilienpreise sind hingegen weiter gesunken.

Für eine Fortsetzung der Aufwärtstendenz bedarf es neben einer Fortführung der Strukturreformen weiterhin wirtschaftspolitischer Impulse. Denn von einem selbsttragenden Aufschwung ist die japanische Wirtschaft nach wie vor weit entfernt. Da in der Geldpolitik der Zinssenkungsspielraum weitgehend ausgeschöpft ist, wird die Finanzpolitik den expansiven Kurs vorerst beibehalten müssen. Die Regierung hat daher ein weiteres Ankurbelungsprogramm verabschiedet. Allerdings wird der anregende Effekt fiskalischer Maßnahmen, zumal auf der Ausgabenseite, bei dem in den letzten Jahren kräftig gestiegenen Budgetdefizit immer ungewisser. Die Kreditaufnahme des Gesamtstaates, die im vergangenen Jahr um 1½ Prozentpunkte auf 7½ % des BIP gestiegen war und sich innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppelt hat, wird sich in diesem Jahr auf rund 8 % des BIP belaufen; erst für das nächste Jahr ist nach dem gegenwärtigen Stand mit einem leichten Rückgang der Defizitquote zu rechnen. Zudem haben die Staatsschulden rapide zugenommen. Im Laufe dieses Jahrzehnts haben sie sich in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 10,5 % verdoppelt. All dies erhöht die Gefahr, daß die Multiplikatoreffekte staatlicher Ausgabensteigerungen geringer werden, weil Unternehmen und private Haushalte mittelfristig zu erwartende Konsolidierungsmaßnahmen in ihren Dispositionen antizipieren. Dies gilt um so mehr, als mit der Alterung der Gesellschaft die Ausgaben für die Altersversorgung auf längere Sicht merklich steigen werden.

Vorerst hat die Regierung dennoch kaum eine Alternative zu einer expansiven Finanzpolitik. Allerdings werden die Anregungen von seiten der öffentlichen Hand nicht mehr so massiv sein wie im vergangenen Jahr. Auf einen Konsolidierungskurs wird die Regierung aber wohl erst einschwenken, wenn ein selbsttragender Aufschwung gesichert ist; dies ist für den Prognosezeitraum nicht zu erwarten. Die Zentralbank wird ebenfalls an dem deutlich expansiv ausgerichteten Kurs festhalten. Bei unverändert niedrigen Leitzinsen sprechen mehrere Gründe dafür, daß sie sogar die Käufe von Staatspapieren verstärkt. Einmal würde hierdurch die Liquiditätsversorgung forciert. Noch vorhandenen deflationären Erwartungen wird damit entgegengewirkt. Zum anderen werden die langfristigen Zinsen durch die Nachfrage der Zentralbank nach Staatsanleihen niedrig gehalten, so daß Belastungen der Investitionsneigung der Unternehmen und ein höherer staatlicher Schuldendienst vermieden werden. Zudem tragen niedrige Zinsen dazu bei, die im zweiten Halbjahr 1999 ausgeprägte effektive Aufwertung des Yen zu bremsen. Daher ist für die Prognose auch unterstellt, daß sich die japanische Währung insbesondere gegenüber dem Dollar nicht weiter aufwertet.

Unter diesen wirtschaftspolitischen und außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Japan weiter steigen, allerdings nur ver-

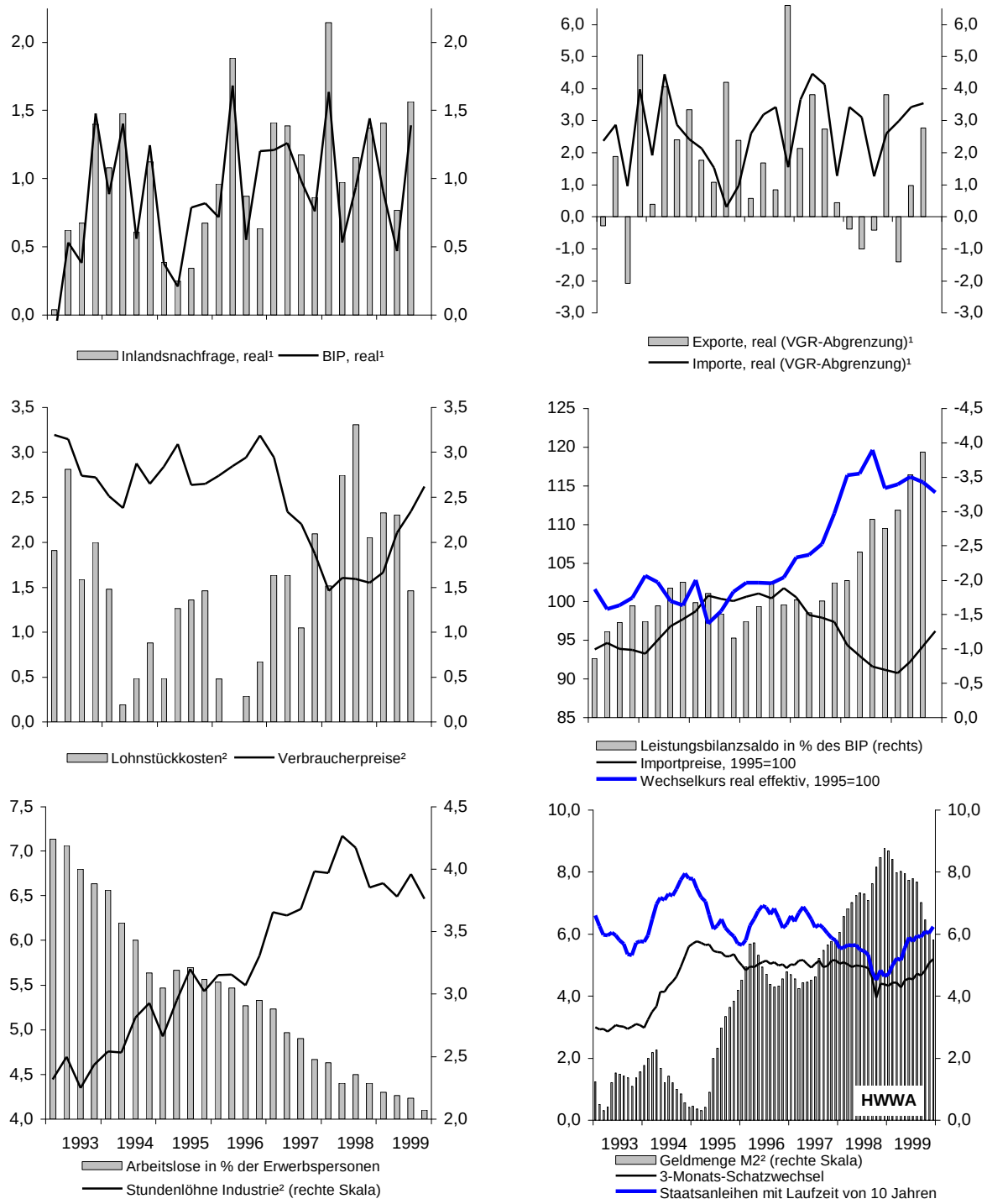
halten. Zwar wird die Ausfuhr infolge der kräftigen Expansion in wichtigen Abnehmerländern trotz des hohen Yen-Kurses steigen. Aber die privaten Unternehmensinvestitionen dürften vorerst sogar noch leicht zurückgehen. Für den weiteren Verlauf des Jahres ist allerdings aufgrund verbesserter Absatzaussichten und infolge der Umstrukturierung der Unternehmen günstigerer Ertragsperspektiven mit einer allmählichen Erholung zu rechnen. Der private Verbrauch wird wohl weiter zunehmen, wenn auch nur leicht. Das verfügbare Einkommen wird bei noch leicht abnehmender Beschäftigung und kaum sinkenden Preisen real annähernd stagnieren, aber die Sparquote wird eher noch zurückgehen. Dafür spricht nicht zuletzt das wieder steigende Verbrauchervertrauen. Der allmählichen Festigung der privaten Nachfrage steht indes im weiteren Jahresverlauf und insbesondere im nächsten Jahr eine allmählich sinkende staatliche Nachfrage gegenüber, da kaum noch nennenswerte zusätzliche Konjunkturprogramme aufgelegt werden dürften. Die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts wird daher in diesem Jahr mit knapp 1 % nur wenig höher sein als 1999. Im Jahre 2001 dürfte sie etwas höher ausfallen (vgl. Tabelle 1).

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich unter diesen Umständen kaum verbessern. Erst im späteren Verlauf des nächsten Jahres dürfte die Beschäftigung wieder steigen. Bei der insgesamt anhaltend schwachen Konjunktur wird der interne Kostendruck gering bleiben. Unverändert niedrigen Lohnsteigerungen gehen infolge der fortgesetzten betrieblichen Umstrukturierungen mit einem etwas beschleunigten Produktivitätsanstieg einher. Zudem läßt der externe Kostendruck mit den eher wieder sinkenden Ölpreisen nach. Die Verbraucherpreise, die 1999 um 0,2 % niedriger als 1998 waren, erhöhen sich in diesem und nächsten Jahre kaum.

Insgesamt dürfte die wirtschaftliche Erholung in Japan recht verhalten und damit auch fragil bleiben. Ein besonderes Risiko bildet die Entwicklung des Yen-Außenwertes. Eine weitere Aufwertung würde nicht nur die Expansion der Ausfuhr deutlich verlangsamen, sondern auch die Ertragsaussichten der Unternehmen erheblich beeinträchtigen. Die Fortschritte bei der Restrukturierung und Modernisierung der Unternehmen würden dadurch teilweise aufgewogen und damit eine Erholung der Investitionsneigung weiter erschwert.

Schaubild 5

Indikatoren zur Konjunktur in den USA (I)



[1]Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %. – [2]Vorjahresvergleich in %.
Quellen: Nationale Statistiken, OECD; eigene Berechnungen.

Ungebrochene Hochkonjunktur in den USA

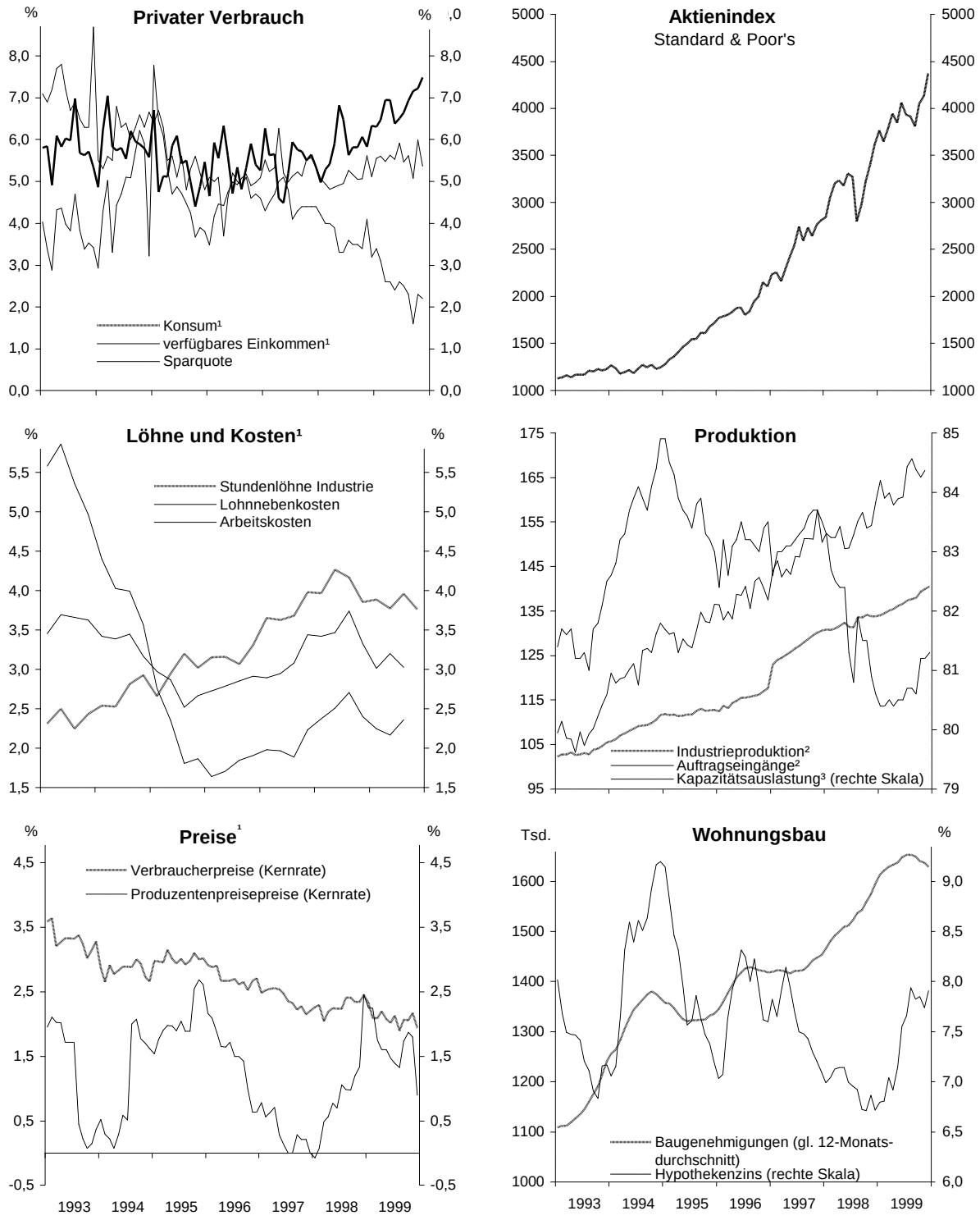
In den USA blieb die Konjunktur auch im neunten Jahr des Aufschwungs kräftig. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm in den ersten drei Quartalen 1999 mit einer Jahresrate von annähernd 4 % weiterhin deutlich rascher zu als das Produktionspotential. Einen so langen Aufschwung wie den derzeitigen hat es bisher lediglich in den sechziger Jahren gegeben. Die anhaltende Hochkonjunktur wurde auch 1999 insbesondere von den Investitionen in Ausrüstungen und Software getragen[1]: sie wurden im Laufe der ersten neun Monate um rund 13 % p.a. ausgeweitet. Zu der kräftigen Expansion trägt seit dem Frühjahr insbesondere auch der Export bei, der zuvor unter dem Einfluß der Finanzmarktkrisen und ihren Folgen auf wichtigen Absatzmärkten gesunken war (vgl. Schaubild 5). Bei weiterhin kräftiger Zunahme der Importe ist das Handelsbilanzdefizit dennoch abermals gestiegen, und auch das der Leistungsbilanz hat sich merklich – von 2,6 % des BIP im Jahre 1998 auf etwa 3 ½ % in diesem Jahr – erhöht. Leicht abgeschwächt hat sich im Laufe der ersten drei Quartale die Expansion des privaten Konsums; sie blieb mit einer Zunahme um zuletzt knapp 5 % aber sehr dynamisch. Dabei ist die Sparquote – die nach der Revision der VGR nicht mehr negativ ist – wieder leicht gestiegen. Die Wohnungsbauinvestitionen sind im Gefolge der steigenden Hypothekenzinsen zuletzt leicht gesunken, und der Rückgang der gewerblichen Bauinvestitionen hat sich – in allerdings verlangsamtem Tempo – fortgesetzt.

Die Beschäftigung hat nach einer merklichen Abflachung des Anstiegs im Laufe der ersten neun Monate des Jahres 1999 zuletzt wieder stärker zugenommen. Bei gleichzeitig jedoch schwächerer Ausweitung des Arbeitsangebots ist die Arbeitslosenquote weiter zurückgegangen, auf 4,1 % im Dezember. Trotz der Vollauslastung der Ressourcen am Arbeitsmarkt kam es nicht zu der befürchteten Verstärkung des Kostendrucks von seiten der Lohnentwicklung (vgl. Schaubild 6). Darüber hinaus ist die Produktivität insbesondere im Zuge von Investitionen im Computerbereich in den letzten Jahren merklich rascher gestiegen. Die Lohnstückkosten sind so zuletzt sogar leicht gesunken. Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe hat sich dennoch insgesamt im Verlauf von 1999 leicht – auf 2,7 % im Dezember – beschleunigt, dies aber vor allem als Folge des Wiederanstiegs der Energiepreise. Die Kernrate der Inflation, die den konjunkturbedingten

1 Das amerikanische Handelsministerium hat im Zuge der regelmäßigen Revisionen der VGR Ende vergangenen Jahres das bisherige Aggregat "Ausrüstungsinvestitionen" neu gefaßt und nunmehr Investitionen in Software mit in das neue Aggregat "Ausrüstungen und Software" aufgenommen; vgl. dazu im Anhang: Zur Revision der VGR- und Produktivitätsziffern in den USA.

Schaubild 6

Indikatoren zur Konjunktur in den USA (II)



[1]Veränderung gegenüber Vorjahr in %. – [2]Index, 1992=100. – [3]In % der gesamten Kapazitäten.
Quellen: Nationale Statistiken; eigene Berechnungen.

Preisdruck besser abbildet, lag unverändert bei rund 2 %. Die Verteuerung von Energie schlug sich auch auf der Produzentenstufe nieder. Hier beschleunigte sich der Preisanstieg von lediglich 1 % zu Jahresbeginn auf zuletzt 3,0 %; der Anstieg der Kernrate ist gleichwohl ebenfalls mit 0,9 % im Dezember deutlich schwächer.

Angesichts der anhaltend hohen Auslastung der Ressourcen am Arbeitsmarkt und den damit zunehmenden Risiken für die Preisstabilität hat die amerikanische Zentralbank im November 1999 erneut die Zinsen angehoben: der Zielzinssatz für die Federal Funds und der Diskontsatz wurden um jeweils einen Viertelprozentpunkt auf 5,5 bzw. 5 % heraufgesetzt. Dies war bereits die dritte Zinserhöhung im Laufe des vergangenen Jahres. Die Anstiegstendenz bei den langfristigen Zinsen, die nach den im Zuge der damaligen Krisen auf den internationalen Finanzmärkten ergriffenen Zinssenkungen im Herbst 1998 eingesetzt hatte, wurde dadurch nur vorübergehend abgeschwächt. Mit der bis zuletzt unverändert kräftigen konjunkturellen Expansion und damit sich offensichtlich verstärkenden Inflationserwartungen sind sie zu Jahresbeginn wieder rascher gestiegen. Die Leitzinsen dürften daher nochmals angehoben werden.

Mit der Einigung über das Haushaltsgesetz, die Ende November erzielt wurde, wurde auf weitreichende Steuersenkungen – die kurzfristig zu einer Verringerung des Budgetüberschusses geführt hätten – zugunsten einer Reduzierung des Schuldenstands verzichtet. Das Gesetz sieht für das laufende Haushaltsjahr – wohl nicht zuletzt begründet durch den Präsidentschaftswahlkampf – jedoch gleichzeitig Abstriche von den zuvor angestrebten weiteren Sparmaßnahmen auf der Ausgabenseite vor. Der Bundeshaushalt in den USA dürfte daher im Fiskaljahr 1999/2000 mit einem gegenüber dem Vorjahr kaum veränderten Überschuß in Höhe von rund 130 Mrd. Dollar bzw. 1,3 % des BIP abschließen (1996/97: -0,3 %; 1997/98: +0,8). Ähnlich entwickelt sich auch das gesamtstaatliche Budget, das die Haushalte von Ländern und Kommunen einschließt. Damit dürfte die Finanzpolitik, nachdem sie in den vergangenen Jahren leicht dämpfend gewirkt hatte, im laufenden Fiskaljahr konjunkturneutral sein.

Nicht zuletzt mit dem Nachlassen der expansiven Wirkungen der Geldpolitik dürfte es im Laufe dieses Jahres zu einer moderaten Abkühlung der Konjunktur kommen. Insbesondere wird der private Konsum vor dem Hintergrund der hohen Verschuldung der privaten Haushalte, der gestiegenen Opportunitätskosten der Geldhaltung, dem zu erwartenden Nachlassen der Aktienhausse sowie einer leichten Erhöhung der Arbeitslosigkeit merklich langsamer zunehmen. Aber auch die gewerblichen Investitionen dürften mit den gestiegenen Finanzierungskosten etwas an Schwung verlieren. Dabei werden die dämp-

fenden Zinseinflüsse aber zum Teil durch günstigere Absatz- und Ertragserwartungen im Außenhandel kompensiert. Die Exporte dürften mit der Festigung des Aufschwungs in Europa und der Stabilisierung in Asien sowie nachlassender dämpfender Effekte der Dollar-Aufwertung insgesamt kräftiger als im Vorjahr zunehmen. Zugleich wird der Importanstieg mit der schwächeren Expansion der Gesamtnachfrage gebremst. Trotz der Belebung bei den Exporten wird das Defizit in der Leistungsbilanz nicht zuletzt vor dem Hintergrund verschlechterter Terms of Trade aber wohl ähnlich hoch ausfallen wie 1999.

Alles in allem dürfte sich die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahresverlauf 2000 auf rund 2½ bis 3 % verlangsamen; sie nimmt damit etwas schwächer zu als das Produktionspotential, dessen Wachstum nach der neuesten Revision bei reichlich 3 % anzusetzen ist (vgl. im Anhang: Zur Revision der VGR- und Produktivitätsziffern in den USA). Im Jahresdurchschnitt 2000 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um reichlich 3 %, und im Jahre 2001 um rund 2 ½ % steigen (1999: 4 %). Der Preisanstieg dürfte sich dabei leicht beschleunigen; in diesem Jahr dürfte die Kerninflationsrate im Durchschnitt etwa 2,8 % betragen, nach 2,1 % im Jahr 1999.

Ein Risiko bildet bei dieser Prognose einer sanften Landung der Konjunktur insbesondere die Einschätzung von privatem Konsum, Lohnkostendruck und Kapitalmarktentwicklung. Sollte es zu einem abrupten Kursverfall an den Aktienmärkten kommen, wären eine stärkere Verschlechterung der Konsumneigung und damit eine deutlichere Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Expansion sehr wahrscheinlich; dies ist hier aber nicht angenommen. Auch eine spürbare Beschleunigung des Kosten- und Preisauftriebs – etwa im Zuge einer spürbaren Abflachung des Produktivitätsanstiegs – würde die sanfte Landung gefährden, denn die Zentralbank sähe sich dann zu deutlicheren restriktiven Schritten veranlaßt, die die gesamtwirtschaftliche Entwicklung noch im Prognosezeitraum stärker dämpfen würden. Hier wird aber davon ausgegangen, daß die Kräfte, die den Lohndruck bislang begrenzt haben, weiterwirken, und zudem die Auslastung der Produktionskapazitäten und der Ressourcen am Arbeitsmarkt leicht nachläßt. Schließlich hätte auch ein starker Abzug ausländischen Kapitals, etwa im Zuge einer grundlegend veränderten Einschätzung der nationalen Konjunkturperspektiven bzw. des internationalen Konjunkturgefälles, einen spürbaren Zinsanstieg mit entsprechenden restriktiven Wirkungen auf die Konjunktur zur Folge. Die verfügbaren Daten sprechen insgesamt allerdings dafür, daß die o.g. Risiken sich nicht manifestieren werden und die in der Prognose beschriebene sanfte Landung der Konjunktur wahrscheinlicher ist.

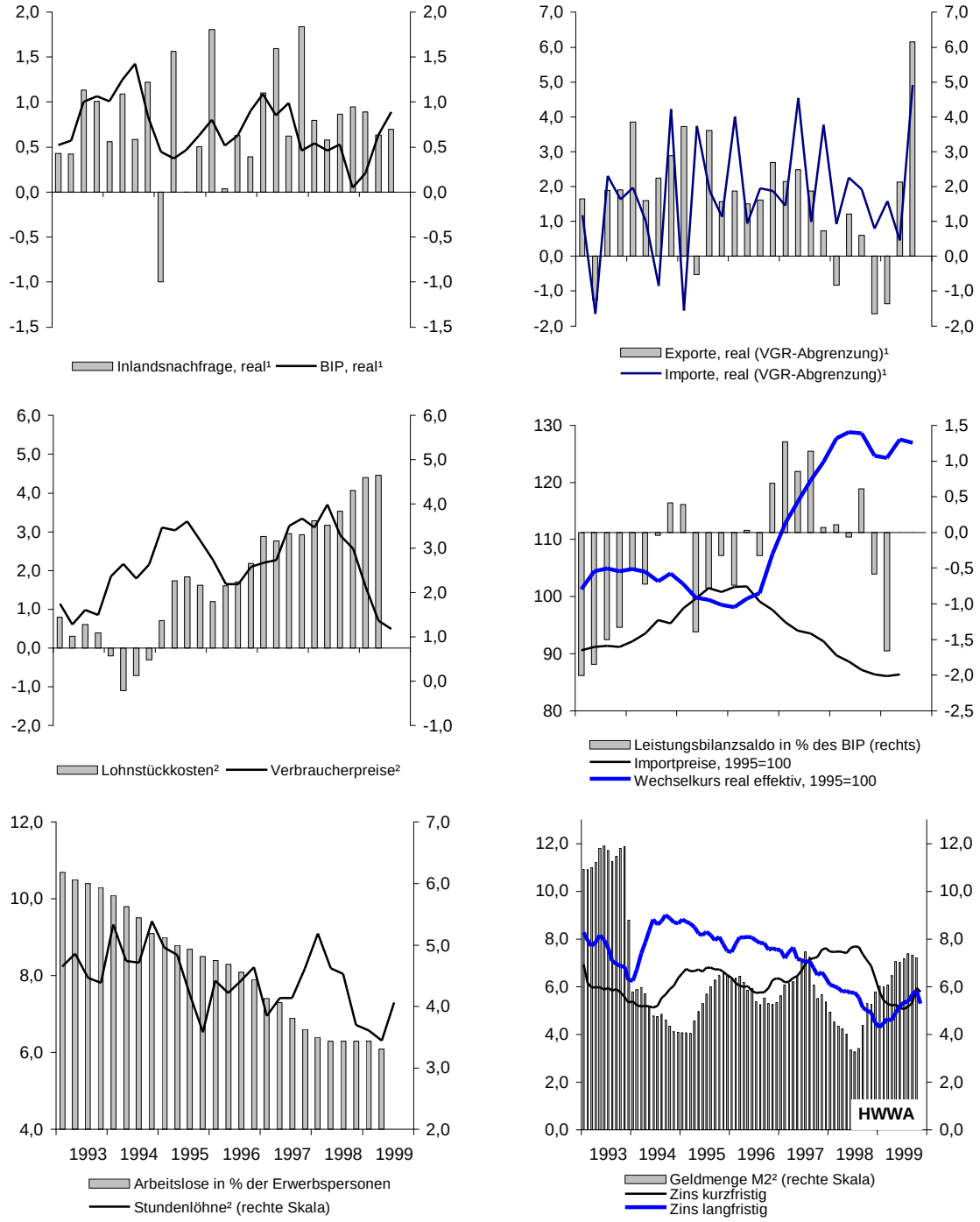
Erholung auch in Westeuropa außerhalb der EWU

In den westeuropäischen Ländern außerhalb der EWU hat sich die Konjunktur im Laufe des vergangenen Jahres ebenfalls deutlich erholt. Insbesondere in Großbritannien (vgl. Schaubild 7) und in Schweden nahm das reale Bruttoinlandsprodukt nach der Delle im Winterhalbjahr 1998/99 deutlich rascher zu. Auch hier trug der Wandel in der Entwicklung der Auslandsnachfrage von kontraktiven zu expansiven Impulsen maßgeblich zur Erholung bei. Zugleich expandierte aber die Inlandsnachfrage nach der vorausgegangenen merklichen Lockerung der Geldpolitik überraschend kräftig. In Großbritannien war zudem der weitere deutliche Anstieg der Immobilienwerte – sie erreichten wieder ein Niveau wie Ende der achtziger Jahre – für die privaten Haushalte ein wichtiger Grund, die Ersparnisbildung aus dem laufenden Einkommen zu reduzieren. In den anderen Volkswirtschaften nahm das reale Bruttoinlandsprodukt weiter zu – zügig in Griechenland, verhalten in Dänemark, in der Schweiz und in Norwegen.

In diesem und im nächsten Jahr dürfte sich die wirtschaftliche Aktivität in dieser Ländergruppe, deren Bruttoinlandsprodukt insgesamt einem Drittel der gesamtwirtschaftlichen Produktion der EWU entspricht, weiter recht unterschiedlich entwickeln (vgl. Tabelle 1). So wird sich die Expansion in Großbritannien und Schweden fortsetzen. Sie wird sich aber kaum noch beschleunigen, nicht zuletzt weil wirtschaftspolitisch eine Überhitzung vermieden werden dürfte. Dagegen wird die Konjunktur in den anderen Ländern noch an Fahrt gewinnen. Die konjunkturellen Divergenzen werden sich also eher verringern. Insbesondere in Großbritannien dürfte die Zentralbank die Leitzinsen, die seit dem vergangenen Herbst bereits um insgesamt ½ Prozentpunkt angehoben wurden, weiter erhöhen, um eine Überforderung der Ressourcen und damit einhergehende inflationäre Spannungen zu vermeiden. Der Preisanstieg dürfte sich unter diesen Umständen kaum noch beschleunigen, zumal die preissteigernden Effekte von seiten des Öls nachlassen. Auch in den anderen Ländern wird die ölbedingte Verstärkung des Preisanstiegs auslaufen. Im Jahresdurchschnitt dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise gleichwohl zumeist merklich höher sein als im vergangenen Jahr. Mit einer Rate von maximal 2 % bleibt aber die Preisstabilität annähernd gewahrt. Dies gilt auch weitgehend für das nächste Jahr. In Griechenland setzt sich der zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts bei einer Teuerungsrate von rund 20 % begonnenen Stabilisierungsprozeß fort. Mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um knapp 2 % im Durchschnitt dieses Jahres wird das Preiskriterium des Maastricht-Vertrages erfüllt.

Schaubild 7

Indikatoren zur Konjunktur in Großbritannien



[1]Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %. – [2]Vorjahresvergleich in %.
Quellen: OECD, nationale Statistiken; eigene Berechnungen.

Deutliche konjunkturelle Erholung in der EWU

In der EWU hat die Konjunktur im Laufe des vergangenen Jahres deutlich an Fahrt gewonnen (vgl. Schaubild 8)[2]. Besonders ausgeprägt war die Erholung in der Industrie. Vor allem hier stiegen die Auftragseingänge deutlich, und das Vertrauen hat sich spürbar erhöht. Ausschlaggebend für die konjunkturelle Erholung ist, wie für die vorangegangene konjunkturelle Flaute, die Entwicklung der Auslandsnachfrage. Nach einem Rückgang im Winterhalbjahr 1998/99 nimmt sie seither wieder kräftig zu. Die Inlandsnachfrage wurde durch die zeitweilige Abnahme des Exports kaum beeinträchtigt. Sie erhöhte sich bei expansiv ausgerichteter Geldpolitik und annähernd konjunkturneutraler Finanzpolitik weiter zügig. Seit dem vergangenen Sommer ist auch die Auslastung der Kapazitäten wieder merklich gestiegen. Die Produktionslücke hat dabei wieder abgenommen.[3] Dagegen hat sich die Erholung auf dem Arbeitsmarkt erst wenig niedergeschlagen. Die Beschäftigung erhöhte sich im Laufe des Jahres 1999 nur langsam, und der Rückgang der Arbeitslosigkeit blieb insgesamt verhalten. Das Preisklima war nach wie vor ruhig. Allerdings kam es infolge der kräftigen Verteuerung von Rohöl zu einer Wende in der Preisentwicklung. Nachdem das Niveau der Verbraucherpreise bis ins vergangene Jahr hinein eine ganze Zeit lang unverändert gewesen war, steigt es seit dem Frühjahr wieder moderat (vgl. Tabelle 2).

Rahmenbedingungen für weitere Erholung günstig

Die weltwirtschaftlichen und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind insgesamt günstig für eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung in der EWU. Die zügige Expansion in den Schwellenländern dürfte in diesem und im nächsten Jahr anhalten. Auch für die übrigen Industrieländer ist eine dynamische Aufwärtsentwicklung zu erwarten. Die Nachfrage aus dem Ausland wird daher weiter kräftig steigen, zumal die internationale Wettbewerbsposition der Unternehmen in der EWU infolge des niedrigen Euro-Außenwerts günstig bleibt.

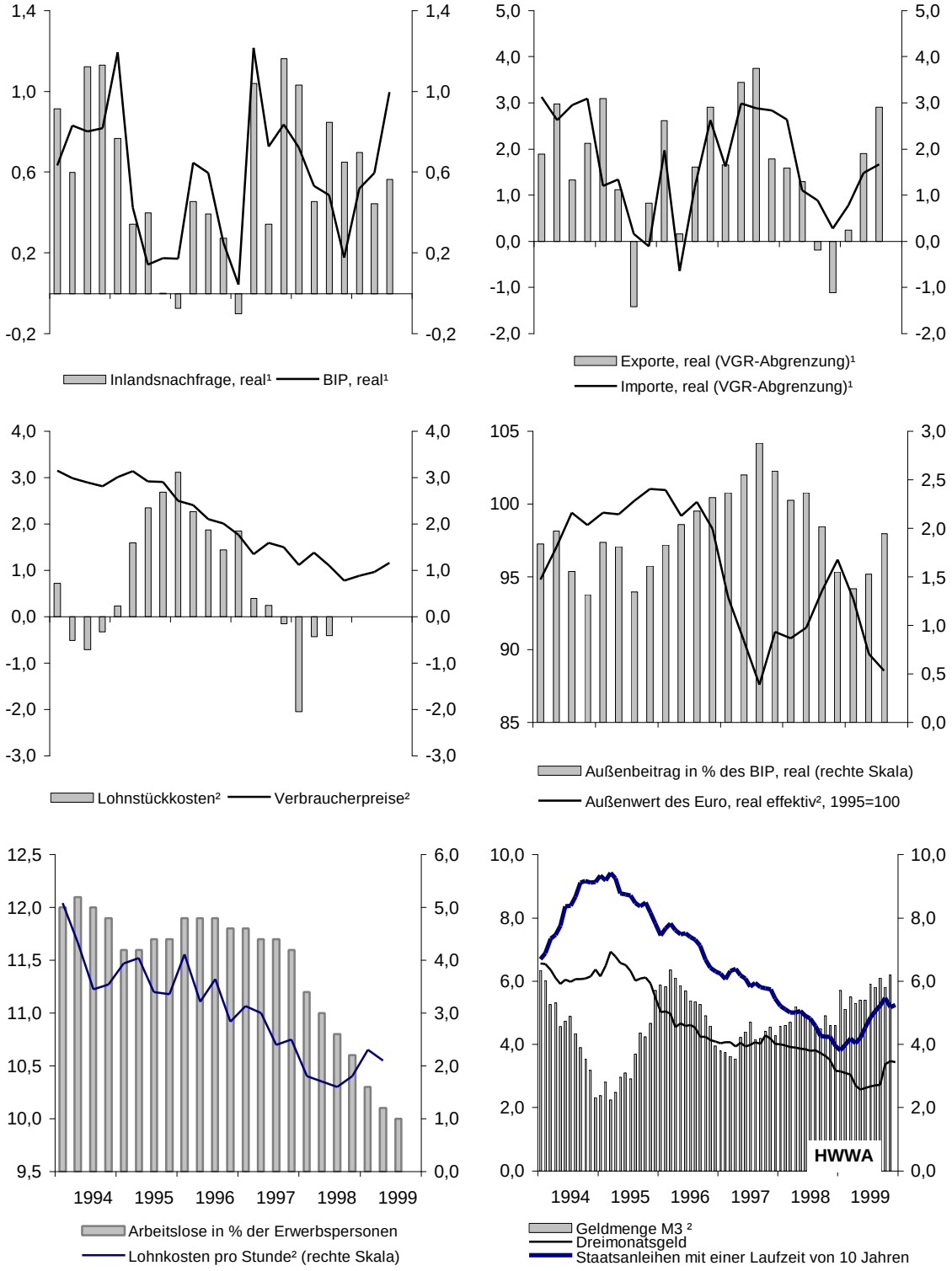
---

2 Die Analyse des Konjunkturverlaufs in der EWU wird weiterhin durch statistische Unzulänglichkeiten erschwert. Von Eurostat weiterhin vorzunehmende Aufschätzungen der Entwicklung in einzelnen Mitgliedsländern und noch nicht vereinheitlichte Saisonbereinigungsverfahren lassen auch künftig zahlreiche Revisionen auf dem Wege zur statistischen „Wahrheit“ erwarten (vgl. Anhang 2: Zur Umstellung auf das ESVG 95 und den Auswirkungen auf die Hauptkomponenten des BIP in der EWU).

3 Für das Jahr 1999 belief sich die Produktionslücke nach Berechnungen der OECD auf 1,1 %.

Schaubild 8

Indikatoren zur Konjunktur in der EWU



[1]Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %. – [2]Vorjahresvergleich in %.
Quellen: Eurostat, EZB, OECD; eigene Berechnungen.

Allerdings gibt es auch belastende Faktoren von außen. So haben sich die Einfuhrpreise infolge der drastischen Verteuerung von Rohöl wieder erhöht. Zudem sind die langfristigen Zinsen deutlich gestiegen. Zehnjährige Staatsanleihen lagen Ende des vergangenen Jahres mit reichlich 5 % um einen Prozentpunkt über dem Niveau vom Frühjahr. Der Wiederanstieg reflektierte zunächst die "Normalisierung" der internationalen Kapitalströme; der EWU waren zuvor – wie den USA – im Zuge der Währungsturbulenzen als "safe haven" Mittel in beträchtlichem Maße zugeflossen, so daß die langfristigen Zinsen auf ein sehr niedriges Niveau gesunken waren. Dieser Bonus dürfte mit der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrisen in den Schwellenländern weitgehend abgebaut sein. Im Verlauf des vergangenen Jahres hat indes auch die im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung wieder anziehende Kapitalnachfrage zum Zinsanstieg beigetragen. Darüber hinaus hat die Änderung der Preiserwartungen – aufgrund der kräftig gestiegenen Ölpreise, aber auch infolge der Abwertung des Euro – eine Rolle gespielt. Darauf deutet auch die Tatsache hin, daß die langfristigen Zinsen in den Tagen vor und nach der Anhebung der Leitzinsen wieder merklich gesunken sind. Real sind die langfristigen Zinsen um mehr als einen halben Prozentpunkt gestiegen und damit kaum höher als zu Beginn des vergangenen Jahres.

Insgesamt wirken die außenwirtschaftlichen Teuerungsimpulse und der Anstieg der langfristigen Zinsen dämpfend auf die Konjunkturentwicklung. Dies wird aber durch die positiven Einflüsse der Auslandsnachfrage überkompensiert. Zudem haben die Ölpreise wohl ihren Zenit erreicht; im Verlauf des Jahres werden sie eher wieder sinken. Die langfristigen Zinsen werden sich zwar weiter erhöhen, aber nur langsam.

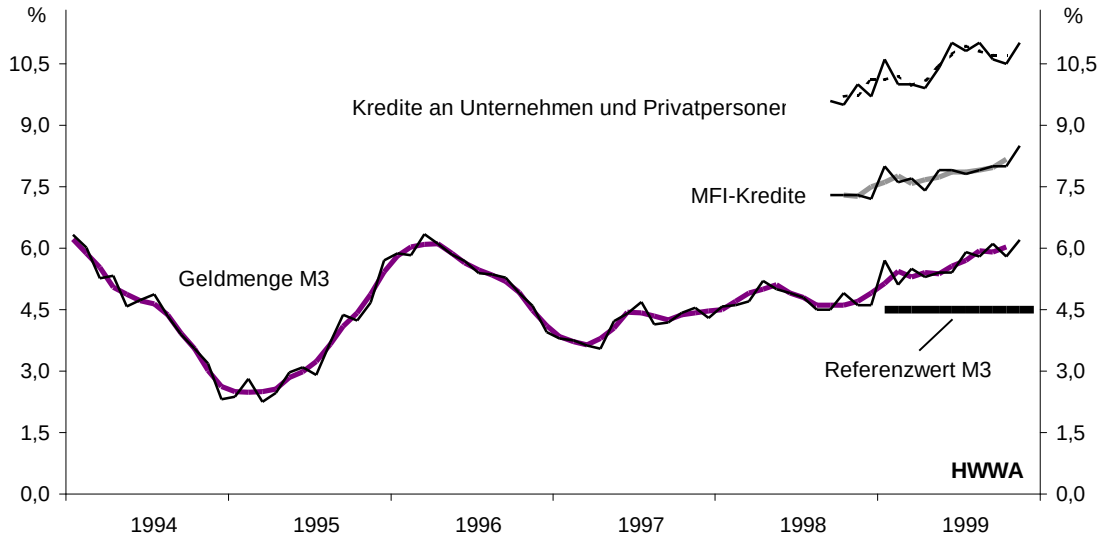
Von seiten der Geldpolitik gehen wohl auch nach der Erhöhung der Leitzinsen von Anfang November um einen halben Prozentpunkt, mit der die Zinssenkung vom vergangenen Frühjahr zurückgenommen wurden, eher Anregungen auf die Konjunktur aus. Vorerst dürften die Anregungen sogar noch recht kräftig sein, da wegen der üblichen Verzögerungen die im Sommerhalbjahr recht expansive Geldpolitik noch nachwirkt. Für deutliche expansive Wirkungen im vergangenen Jahr sprechen eine Reihe von Indikatoren. So ging die Expansion der Geldmenge M3, die in der geldpolitischen Strategie der EZB eine "herausragende Rolle" spielt, über das ganze Jahr hinweg beträchtlich über den für das vergangene Jahr angemessen angesehenen Referenzwert von 4,5 % hinaus; für dieses Jahr ist er in gleicher Höhe festgelegt worden.[4] Besonders rasch hat dabei das Kredit-

4 Vgl. EZB, Monatsbericht Dezember 1999, S. 10 ff. Die Institute halten zwar einen Referenzwert von 5 % für angemessen (vgl. Vgl. dazu auch: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1998, Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Berlin: Deutsches Institut für Wirt-

volumen des privaten Nicht-Banken-Sektors zugenommen (vgl. Schaubild 9). Auch die seit einiger Zeit diskutierte Taylor-Regel impliziert eine im vergangenen Jahr deutlich expansive Geldpolitik (vgl. Kasten: Zur Zinsregel von Taylor). Mit der Festigung der Konjunktur werden die Zinsen wohl in diesem und im nächsten Jahr weiter leicht angehoben, zumal die Preiserwartungen bei einer anhaltenden Überschreitung des Referenzwertes ungünstig beeinflußt würden. Die Geldpolitik dürfte damit etwa neutral ausgerichtet werden.

Schaubild 9

Das Geldmengen- und Kreditwachstum[1] in der EWU



[1]Monatswerte bzw. gleitende Dreimonatsdurchschnitte im Vorjahresvergleich.
Quellen: EZB, Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Die Wirkungen von seiten der öffentlichen Finanzen sind in der EWU, nach einer weiteren Rückführung des gesamtwirtschaftlichen Defizits im vergangenen Jahr, eher konjunkturneutral. Die meisten Länder nutzen die konjunkturelle Erholung, um über das Wirken der automatischen Stabilisatoren das gesamtstaatliche Defizit zu reduzieren oder – wie in einigen kleineren Ländern – die Überschüsse zu steigern. Diskretionäre Maßnahmen zur Senkung des strukturellen Defizits werden hingegen nur vereinzelt ergrif-

schaftsforschung, Berlin (Institut für Konjunkturforschung); HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg; ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Institut für Wirtschaftsforschung Halle; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen; 1999, S. 36). Aber auch über diesen Wert ging die monetäre Expansion erheblich hinaus.

Zur Zinsregel von Taylor

Die geldpolitische Zwei-Säulen-Konzeption der Europäischen Zentralbank ist ein Ergebnis der Unsicherheiten über grundlegende empirische Zusammenhänge zwischen realwirtschaftlichem und monetärem Sektor in der EWU zumindest in der Anfangsphase. Bei ihren zinspolitischen Entscheidungen wird aber verschiedentlich ein Mangel an Transparenz kritisiert. Leicht nachvollziehbar ist eine Geldpolitik insbesondere dann, wenn sie relativ einfachen Regeln folgt. Dieses Kriterium erfüllt die von Taylor* entwickelte Zins-Regel.

Danach ist der geldpolitisch angemessene nominale Zinssatz bestimmt durch den gleichgewichtigen Realzinssatz r^t, durch die Inflationsrate p, durch die Inflationslücke, d.h. die Differenz zwischen Teuerungsrate und Zielteuerungsrate p* sowie durch die Produktionslücke, definiert als prozentuale Abweichung der gesamtwirtschaftlichen Produktion y vom Produktionspotential y*. Wird der Inflations- und der Produktionslücke jeweils gleiches Gewicht zugemessen, so ergibt sich der Taylor-Zins als

$$i = r^* + p + 0{,}5\,(p - p^*) + 0{,}5\,(y - y^*),$$

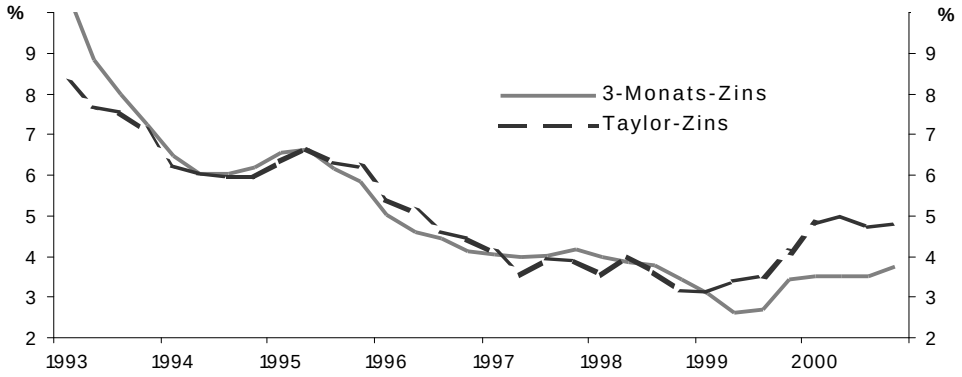
mit y und y* in natürlichen Logarithmen.

Für die Anwendung dieser Regel stellt die Bestimmung des realen Gleichgewichtszinses ein besonderes Problem dar. Weil er empirisch kaum zu quantifizieren ist, wird häufig der reale Durchschnittszins eines längeren Zeitraums zugrunde gelegt. Für Dreimonatsgeld beträgt dieser für die Mitgliedsländer der EWU für den Zeitraum 1993 bis 1998 4,2 %. Mit der Schaffung der Währungsunion konvergierten die Zinsen allerdings auf deutsches Niveau. Daher erscheint es angemessen, den für diesen Zeitraum für Deutschland gültigen realen Dreimonatszins von durchschnittlich 3,4 % zugrunde zu legen. Als Teuerungsrate für die private Lebenshaltung verwendet Taylor einen gleitenden Vier-Monats-Durchschnitt. Bei einer Ende 1992 nur geringen Produktionslücke ist das Wachstum des Produktionspotentials der EWU wird hier mit 2 % veranschlagt. Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich im EWU-Raum für den Zeitraum 1993 bis 1999 der in Schaubild X dargestellte Verlauf des Taylor-Zinses. Er lag über weite Teile des Zeitraums in der Nähe des Drei-Monats-Zinses zumeist etwas darüber. Im Laufe des vergangenen Jahres war er über einen längeren Zeitraum sogar erheblich höher als der Geldmarktzins. Gemäß Taylor-Regel würde dies auf eine zu expansiv ausgerichtete Geldpolitik im vergangenen Jahr hindeuten, mit abnehmender Tendenz in der zweiten Jahreshälfte. Diese Verringerung setzte bereits vor der Anhebung der Leitzinsen Anfang November ein und spiegelte, neben einer verstärkten Liquiditätsvorsorge im Hinblick auf das Jahr-2000-Problem, auch von der Zentralbank genährte Zinssteigerungserwartungen wider.

---

* Vgl. J.B. Taylor (1993), Discretion versus policy rules in pracitice, Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy 39, S. 195-214.

Taylor-Zins für die EWU



Quellen: EZB, OECD, Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Bei der prognostizierten konjunkturellen Verbesserung in diesem und im nächsten Jahr steigt der Taylor-Zins deutlich steigen. Eine kräftige Anhebung für die Leitzinsen in der EWU ist hier allerdings nicht unterstellt. Dennoch wird davon ausgegangen, daß die Geldpolitik mit der nächsten Zinsanhebung um 0,25 Prozentpunkte annähernd konjunkturneutral ausgerichtet sein wird. In dieser scheinbaren Diskrepanz spiegeln sich zahlreiche Unsicherheiten und Unzulänglichkeiten der Taylor-Regel wider. Unsicherheit ergibt sich nicht zuletzt aus den Schwierigkeiten, das Produktionspotential zu quantifizieren. Verschiedene Berechnungsarten führen zu unterschiedlichen Ergebnissen, mit erheblichen Konsequenzen für die Höhe des Taylor-Zinses. Gleichermaßen ist der reale Gleichgewichtszins nicht bekannt. Da er überdies nicht konstant sein dürfte, ist die Verwendung eines für einen längeren Zeitraum ermittelten Durchschnittszinses nicht unproblematisch. Schließlich erscheint auch die gleiche Gewichtung von Inflations- und Produktionslücke nicht zwingend; es wären auch andere Gewichtungen vertretbar.

Obwohl die weitgehende Übereinstimmung von Taylor-Zins und Drei-Monats-Zins für die vergangenen Jahre auf eine angemessene geldpolitische Ausrichtung hindeutet, kann dieser Maßstab für die weitere Entwicklung unzuverlässig sein. Kurzfristig verzerrend auf den Taylor-Zins wirkt beispielsweise, wenn die Teuerungsrate, wie gegenwärtig, durch einmalige außenwirtschaftliche Impulse temporär verstärkt steigt. Sie hat sich in der EWU vor allem infolge des kräftigen Anstiegs der Ölpreise im Laufe des letzten Jahres merklich erhöht. Die damit verbundene Verringerung der – negativen – Inflationslücke wirkt auf einen Anstieg des Taylor-Zinses hin. Dies dürfte aber kein Grund für eine Leitzinsanhebung sein, solange entsprechende Sekundäreffekte nicht zu erwarten sind. Die Verwendung der sog. Kerninflationsrate würde unter diesen Umständen die Indikatorqualität des Taylor-Zinses verbessern. Grundsätzlich gilt auch für die Taylor-Regel: Eine mechanistische Verwendung führt nicht zu optimalen Ergebnissen.

fen. Insgesamt geht es aber noch leicht zurück, da auch in Ländern, in denen Steuern und andere Abgaben gesenkt werden, die öffentlichen Ausgaben nur wenig steigen.

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen die folgenden Annahmen zugrunde:

– Die konjunkturelle Erholung in der übrigen Welt setzt sich in diesem und im nächsten Jahr zügig fort. Der Welthandel wird um jeweils etwa 7 % ausgeweitet.

– Der Rohölpreis wird im Laufe dieses Jahres wieder etwas sinken; im Jahresdurchschnitt wird er 22 Dollar betragen, im Jahr 2001 wird er bei 20 Dollar liegen.

– Der real effektive Außenwert des Euro bleibt annähernd konstant; gegenüber dem Dollar wird sich der Euro im weiteren Jahresverlauf erholen.

– Die Löhne steigen verhalten; eine Beschleunigung in kleineren Ländern hat nur geringen Einfluß auf die Entwicklung in der EWU insgesamt.

– Die Leitzinsen werden in diesem wie auch im nächsten Jahr leicht angehoben. Die langfristigen Zinsen werden ebenfalls steigen, aber nur mäßig. Im nächsten Jahr setzt sich der Anstieg der Zinsen am kurzen wie am langen Ende moderat fort.

– Die Finanzpolitik bleibt in der EWU insgesamt auf einem etwa konjunkturneutralen Kurs. Das gesamtstaatliche Defizit wird aber konjunkturbedingt weiter sinken, so daß von den öffentlichen Finanzen leicht dämpfende Effekte ausgehen.

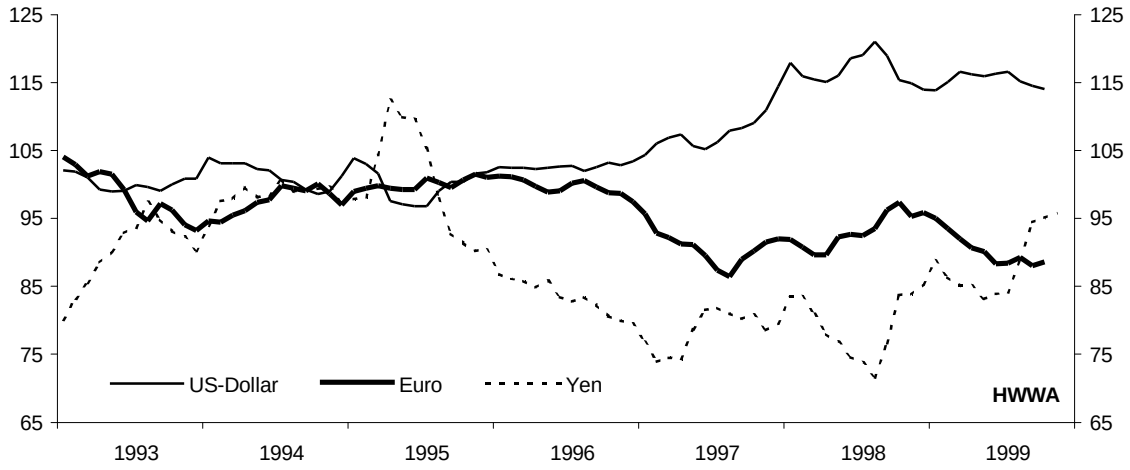
Ausfuhr steigt wieder kräftig

Die konjunkturelle Erholung in der EWU ist, wie die vorangegangene Flaute, durch die Entwicklung der Ausfuhr geprägt. Mit der Überwindung der Finanzkrisen ist die Wirtschaftsschwäche außerhalb der EWU nämlich von einem teilweise überraschend kräftigen Wiederanstieg im Laufe des vergangenen Jahres abgelöst worden. Der Auftragseingang aus der übrigen Welt hat in den EWU-Ländern dabei wieder deutlich zugenommen, und die Ausfuhr steigt seit dem vergangenen Frühjahr kräftig.

Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Abwertung des Euro. Sein effektiver Außenwert war im Dezember um knapp 10 % niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum (vgl. Schaubild 10). Dadurch hat sich die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der EWU deutlich erhöht. Trotz leicht gesunkener Ausfuhrpreise verbesserten sich die Ertragsmargen in der verarbeitenden Industrie merklich.

Schaubild 10

Real effektive Wechselkurse ausgewählter Währungen[1]



[1]Index, 1995=100.
Quellen: OECD; eigene Berechnungen.

Die Ausfuhr wird in diesem und auch im nächsten Jahr weiter von der anhaltenden Erholung der Weltwirtschaft profitieren. Insbesondere in den ostasiatischen Schwellenländern wird sich die kräftige wirtschaftliche Expansion fortsetzen. In Lateinamerika und in Osteuropa dürfte sich die Erholung festigen. Auch in den anderen westeuropäischen Ländern hält der deutliche Produktionsanstieg an. In den USA ist hingegen eine Verlangsamung der Konjunktur wahrscheinlich. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird dort aber wohl im Laufe dieses Jahres nur etwas langsamer als die Weltproduktion zunehmen. Diese dürfte im Jahresergebnis 2000 um reichlich 3 % und 2001 sogar um 3½ % steigen. Die Anregungen von seiten der Lagerdispositionen, die im vergangenen Jahr aufgrund der Wiederauffüllung der Vorräte erheblich zur Steigerung der Nachfrage aus dem Ausland beigetragen hatten, werden indes beträchtlich geringer. Zudem lassen die exportstimulierenden Wirkungen der Euro-Schwäche nach. Der Außenwert wird sich eher etwas erholen. Dafür sprechen die zu erwartende Abnahme des Konjunktur- und Zinsgefälles gegenüber den USA. Insgesamt wird die Ausfuhr aus der EWU weiter kräftig expandieren. Allerdings wird sich die Zunahme kaum noch beschleunigen. Für dieses und für das nächste Jahr ist mit einer Zunahme der Ausfuhr der EWU-Länder um jeweils 7½ % im Vorjahrsvergleich zu rechnen, nach kaum 4 % im vergangenen Jahr.

Robuste Inlandsnachfrage

Die Exportentwicklung prägte in den beiden vergangenen Jahren das Konjunkturprofil in der EWU. Die Inlandsnachfrage blieb dagegen robust. Ein verschiedentlich befürchteter kumulativer Abwärtsprozeß als Folge des Exportschocks vom zweiten Halbjahr 1998 blieb aus. Dabei spielte der zunächst starke Lageraufbau eine erhebliche Rolle. Er war zwar unfreiwillig, hat aber die ausfuhrbedingten negativen Produktionseffekte vorübergehend erheblich gemildert. Als jedoch zu Beginn des vergangenen Jahres von den Lagerdispositionen stark dämpfende Wirkungen ausgingen, hatte sich die Nachfrage aus dem Ausland wieder gefangen. Dies stärkte die Erwartung, daß die Ausfuhrschwäche vorübergehend ist und nur eine Konjunkturdelle zur Folge hat. Eine wichtige Rolle für die Stabilisierung der Erwartungen spielte die Geldpolitik, die insbesondere nach der Senkung der Leitzinsen im vergangenen April um einen halben Prozentpunkt deutlich expansiv ausgerichtet war.

Die Unternehmensinvestitionen wurden trotz Exportschwäche und sinkender Auslastung der Kapazitäten unverändert kräftig ausgeweitet. Verbesserte Ertragsmargen bei kaum gestiegenem Kostenniveau stärkten die Investitionsneigung. Im Laufe des Jahres hielt die kräftige Aufwärtstendenz bei den Ausrüstungsinvestitionen an. Besonders deutlich wurden weiterhin die Investitionen im EDV-Bereich ausgeweitet. Vorkehrungen, um die Jahr-2000-Problematik zu lösen, haben dazu sicherlich beigetragen.

Die EDV-Investitionen werden die auch in diesem Jahr ihre kräftige Aufwärtstendenz beibehalten. In den anderen Bereichen stärken die weltwirtschaftlichen und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen die Investitionsneigung. Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen in diesem und im nächsten Jahr weiter deutlich erhöht werden.

Die Bauinvestitionen nahmen hingegen im Laufe des vergangenen Jahres nur verhalten zu. Insbesondere in den großen Ländern blieb die Baukonjunktur schwach. Von den niedrigen Zinsen gingen in den großen Mitgliedsländern der EWU wohl vor allem deshalb kaum sichtbare Impulse aus, weil das Angebot an Immobilien, sowohl im Wohnbereich als auch bei gewerblichen Objekten, reichlich ist und die Preiserwartungen daher gedrückt sind. In Spanien und in Irland gibt es hingegen einen Bauboom.

Mit zunehmender Erholung der Konjunktur und der damit einhergehenden Besserung der Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven dürfte sich die Nachfrage nach Bauleistungen erholen. Darauf deuten u.a. ein wachsendes Vertrauen in der Bauwirtschaft,

nicht zuletzt auch Erwartungen steigender Preise hin. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen aber nur verhalten zunehmen. Dabei wird die Entwicklung in den einzelnen Ländern recht differenziert bleiben.

Die Zunahme des privaten Verbrauchs hat sich trotz der ausgeprägten Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs und der damit verbundenen annähernden Stagnation des real verfügbaren Einkommens im ersten Halbjahr 1999 nur wenig abgeschwächt, denn die privaten Haushalte reduzierten die Sparquote weiter. Im zweiten Halbjahr ist der private Verbrauch mit der konjunkturellen Erholung wieder rascher gestiegen. Hierin spiegelt sich das anhaltend hohe Verbrauchervertrauen wider. Mit der zu erwartenden weiteren Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird auch die Beschäftigung wieder steigen. Zudem wird in einigen Mitgliedsländern der EWU die Einkommen-Steuer gesenkt, vereinzelt auch der Beitragssatz zur Sozialversicherung. Dem stehen aber teilweise Erhöhungen indirekter Steuern gegenüber. Andererseits steigen die Verbraucherpreise verhalten weiter. Unter diesen Umständen dürfte das real verfügbare Einkommen in der EWU wieder merklich zunehmen. Der private Verbrauch wird daher verstärkt expandieren. Er dürfte in diesem und im nächsten Jahr um 2½ % höher sein als im jeweiligen Vorjahr.

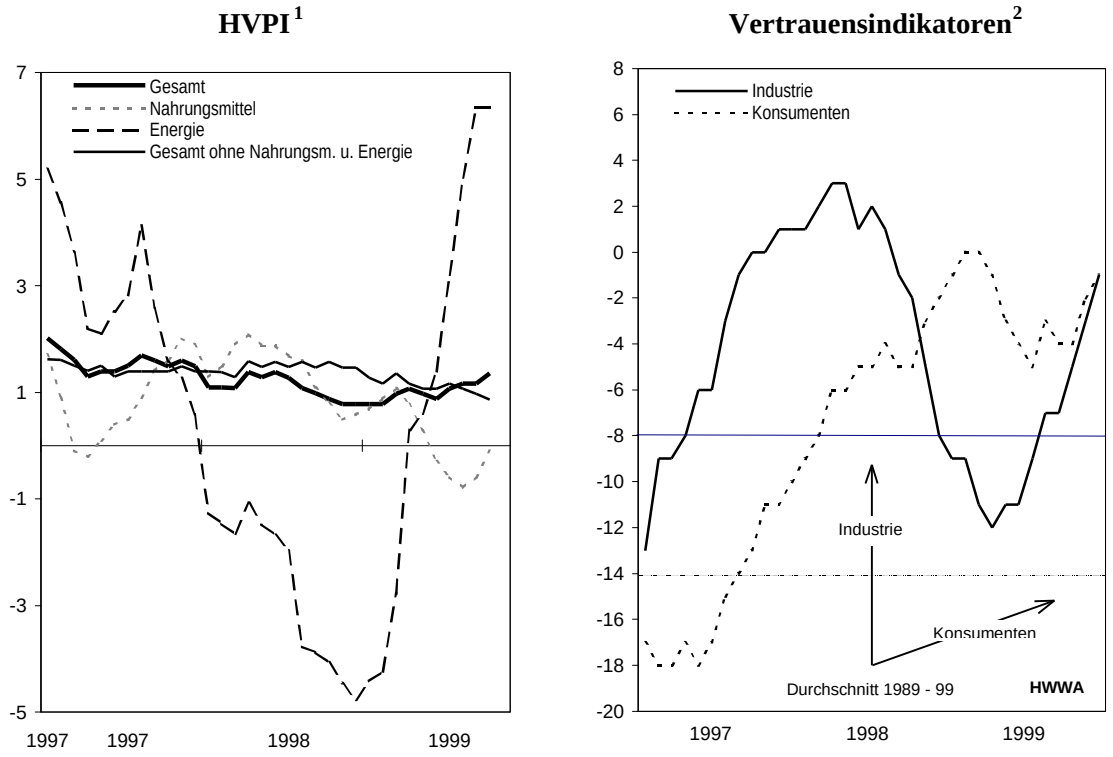
Leichte Verstärkung des Preisanstiegs

In der Preisentwicklung hat sich im vergangenen Jahr eine Wende vollzogen. Nachdem bis Anfang 1999 die Erzeugerpreise mehr als ein Jahr lang gefallen und die Verbraucherpreise reichlich ein halbes Jahr lang konstant geblieben waren, steigen sie seither wieder (vgl. Schaubild 11). Die private Lebenshaltung hat sich von Januar bis November mit einer laufenden Jahresrate von 1,9 % erhöht. Entscheidend für die Veränderung des Preisklimas war der drastische Wiederanstieg der Ölpreise seit dem vergangenen Frühjahr. Aber auch andere Einfuhren haben sich infolge der real effektiven Abwertung des Euro etwas verteuert. Die Preiswende ist um so ausgeprägter, als zur Konstanz des Preisniveaus bis in das vergangene Jahr hinein rückläufige Einfuhrpreise, insbesondere die starke Verbilligung von Rohöl, maßgeblich beigetragen hatten. Die in den letzten Jahren sehr volatilen Preise von Öl, aber auch von Nahrungsmitteln verdecken die Grundtendenz der Preisentwicklung. Diese sog. Kernrate der Preisentwicklung ist sogar seit mehr als einem Jahr merklich gesunken. Ohne diese Warengruppen war die private Lebenshaltung im Vorjahrsvergleich im Oktober 1999 nur um 0,9 % teurer als ein Jahr zuvor,

als die Rate noch 1,6 % betragen hatte.[5] Der hausgemachte Preisanstieg blieb also verhalten. Dazu trug auch der verschärfte Wettbewerb im Telekommunikationssektor infolge der Deregulierung in einer Reihe von Ländern bei. Vor allem aber blieb die Kostenentwicklung insgesamt gedämpft. So stiegen die Löhne weiterhin moderat. Die Lohnkosten je Stunde in der Gesamtwirtschaft außerhalb der Landwirtschaft sowie des Bildungs- und Gesundheitssektors waren im ersten Halbjahr 1999, wie schon im Jahre

Schaubild 11

Harmonisierte Verbraucherpreise und Vertrauensindikatoren in der EWU



[1]Vorjahresvergleich in %. – [2]Konjunkturumfragen, Salden in %.
Quellen: Europäische Kommission, Eurostat.

1998, nur um 2¼ % höher als ein Jahr zuvor. Da die Arbeitsproduktivität in ähnlichem Maße gestiegen sein dürfte, verharrten die Lohnstückkosten wohl etwa auf dem Niveau des Jahres 1998. Kostensteigernd wirkte indes die Verteuerung von Rohöl. Bei dem im

5 Die EZB berechnet die Kerninflationsrate aus dem Verbraucherpreisindex ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel. Da die Angaben für diese Untergruppe jedoch nur für einen kurzen Zeitraum zur Verfügung stehen, sind hier die Nahrungsmittel insgesamt berücksichtigt. Die Abweichung zu der von der EZB berechneten Kernrate ist angesichts der relativ geringen Unterschiede in der Entwicklung der Preise für Nahrungsmittel insgesamt und für die Untergruppe unverarbeitete Nahrungsmittel klein.

Vergleich zu den siebziger Jahren deutlich gesunkenen spezifischen Ölverbrauch hält sich die davon ausgehende Kostenbelastung der Unternehmen insgesamt jedoch in Grenzen.

Trotz der Verstärkung des Preisanstiegs dürfte das Stabilitätsziel, das nach der Definition der EZB bei einer Teuerungsrate von unter 2 % erreicht ist, vorerst nicht gefährdet sein. Hierfür spricht vor allem, daß die preistreibenden Faktoren vorübergehend sind. Insbesondere werden die Teuerungsimpulse von außen nachlassen, nicht zuletzt weil der Rohölpreis wieder sinken wird. Die anderen Rohstoffpreise, insbesondere die für Industrierohstoffe, werden zwar weiter steigen, aber relativ moderat; auch ist ihr Gewicht für die Preisentwicklung viel geringer als das von Öl. Eventuelle Preissteigerungstendenzen bei den Einfuhren als Folge konjunkturbedingt nachlassender Wettbewerbsintensität im Ausland werden durch eine Erholung des Euro gegenüber dem Dollar aufgewogen. Darüber hinaus bleibt der interne Kostenauftrieb moderat. Die Löhne dürften zumindest in diesem Jahr kaum rascher steigen als 1999. Da sich die Produktivität zudem konjunkturbedingt stärker erhöhen wird als im vergangenen Jahr, dürften die Lohnstückkosten sogar sinken. Darüber hinaus ist die EZB bemüht, das Entstehen von Inflationspotential zu verhindern. Die Teuerungsrate dürfte unter diesen Umständen auch im nächsten Jahr unterhalb der Marke von 2 % bleiben.

Allmähliche Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt

Als Folge der Konjunkturdelle geriet die Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr in der EWU wieder ins Stocken. Die Beschäftigung hat über einen großen Teil des vergangenen Jahres hinweg wohl annähernd stagniert. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit auch aus demographischen Gründen weiter leicht gesunken. Die Arbeitslosenquote lag im Herbst noch bei reichlich 10 %. Dabei blieben die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsländern beträchtlich. Während sich die Lage in den drei großen Ländern insgesamt kaum besserte, ergab sich in anderen Volkswirtschaften ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit. So sank die Arbeitslosenquote in Spanien, in Finnland und in Irland weiter kräfig.

Infolge der anhaltenden Festigung der Konjunktur wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der EWU im Laufe dieses und des nächsten Jahres spürbar bessern. Die Arbeitslosenquote dürfte jeweils um etwa einen Prozentpunkt sinken. Damit geht die Ar-

Tabelle 2

Eckdaten der Prognose für die EWU

	1998	1999	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt[1] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,6	2,1	3,0	2,9
Privater Verbrauch	2,9	2,5	2,5	2,7
Staatsverbrauch	1,6	1,6	1,3	1,2
Anlageinvestitionen	4,2	4,3	3,7	4,3
Inlandsnachfrage	3,1	2,5	2,6	2,9
Ausfuhr	6,0	3,0	7,6	7,4
Einfuhr	7,3	4,2	6,9	7,6
Außenbeitrag (Veränderung in % des BIP)	-0,5	-0,3	0,3	0,1
Erwerbstätige (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,3	0,5	1	1,2
Arbeitslosenquote[2] (in %)	10,9	10,1	9,5	8,9
Lohnstückkosten (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-0,7[a]	0,5	0	0
Verbraucherpreise[3] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,1	1,1	1,7	2,0
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-2,0	-1,6	-1,2	-0,8

[1] In Preisen von 1995. – [2] Zahl der Arbeitslosen in % der Erwerbspersonen, standardisiert. – [3] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
Quelle: Eurostat, OECD; 1998 teilweise aufgeschätzt, 2000 und 2001: HWWA-Prognose.

beitslosenquote innerhalb von vier Jahren um zwei Prozentpunkte zurück. In vielen Ländern wäre damit die konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit, wie sie von der OECD geschätzt wird, zum größten Teil abgebaut. Allerdings ist die Grenze zwischen konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit fließend. So sprechen einige Veränderungen der Rahmenbedingungen für eine zunehmende Flexibilität am Arbeitsmarkt. In einer Reihe von Ländern sind arbeitsrechtliche Regulierungen gelockert worden. Zudem dürfte die Sicherheit der Arbeitsplätze bei der Lohnfindung im Vordergrund bleiben. Wenngleich die Flexibilität am Arbeitsmarkt vielfach noch relativ gering ist, dürfte all dies dazu führen, daß die zu erwartende deutliche Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt noch keine merkliche Beschleunigung des Lohnanstiegs hervorrufen wird. Dies ist allenfalls für die Niederlande und für Irland angesichts der bereits sehr niedrigen Arbeitslosigkeit zu erwarten. Denn die Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb der EWU dürfte relativ gering bleiben, so daß sich von daher keine nennenswerte Verringerung der Anspannungen am Arbeitsmarkt dieser beiden Länder abzeichnet. Dies ist ein Indiz dafür, daß die Arbeitsmärkte in der EWU noch stark national segmentiert sind. Die Beschäftigungsentwicklung ist daher weitgehend durch länderspezifische Faktoren bestimmt.

II. Deutschland: Konjunktur im Aufwind

Der durch die Finanz- und Wirtschaftskrisen in Asien, Rußland und Lateinamerika ausgelöste konjunkturelle Rückschlag ist auch in Deutschland weitgehend überwunden. Seit dem Sommer letzten Jahres hat die Konjunktur wieder Fahrt aufgenommen. In der Industrie, die von den Auswirkungen der Krisen am stärksten betroffen war, sind Auftragseingänge und Produktion[6] seither in der Grundtendenz deutlich aufwärtsgerichtet, und das Geschäftsklima hat sich spürbar aufgehellt (vgl. Schaubild 12). Mit alledem hat auch die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder an Dynamik gewonnen; in der zweiten Jahreshälfte 1999 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer laufenden Jahresrate von rund 3 % gestiegen sein. Mit der üblichen Verzögerung beginnt die konjunkturelle Belebung nun auch auf den Arbeitsmarkt überzugreifen. Die Beschäftigung dürfte in den letzten Monaten des vergangenen Jahres nicht mehr zurückgegangen sein, und die Zahl der Arbeitslosen ist saisonbereinigt beschleunigt gesunken, bis Dezember auf 4,0 Millionen.

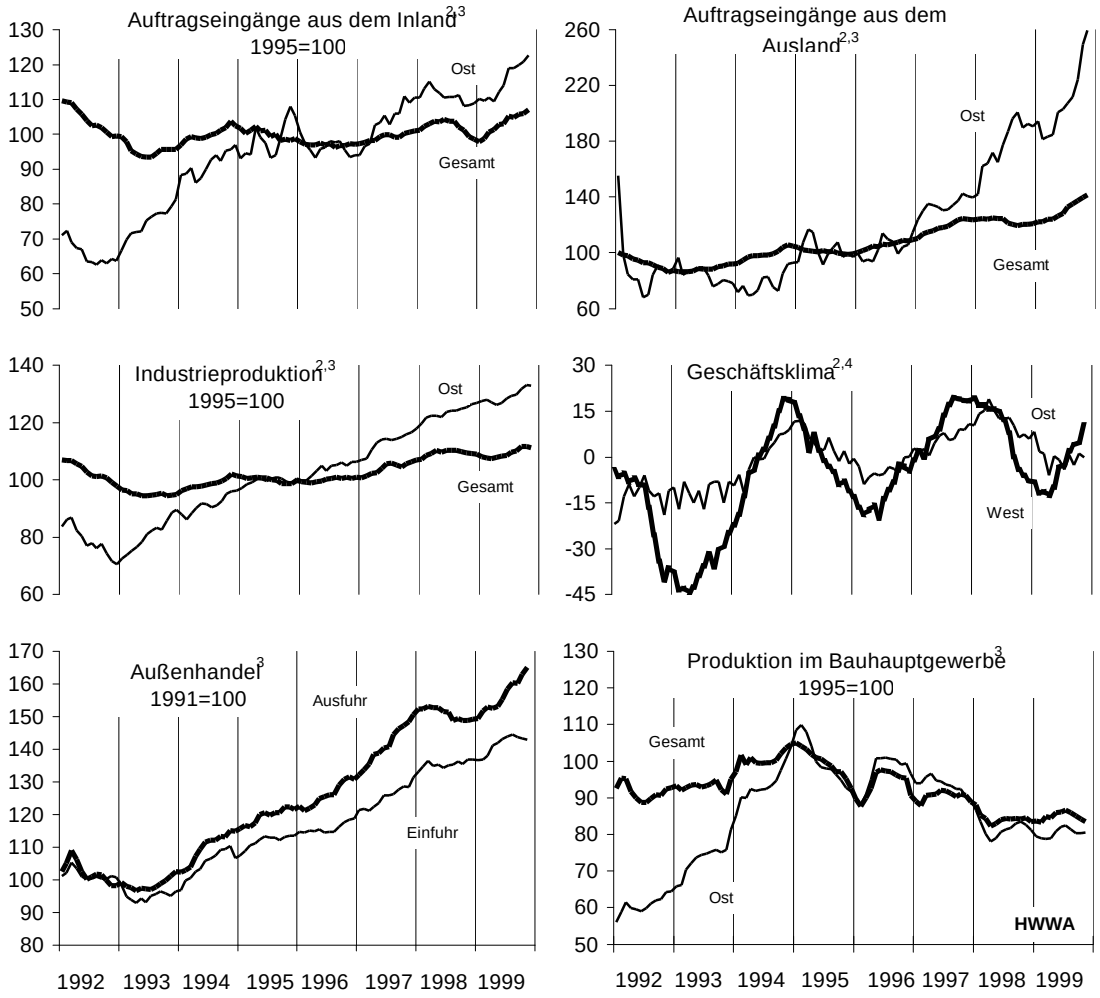
Die Finanz- und Währungskrisen in den "emerging markets" und ihre Auswirkungen hatten zwar zu einer spürbaren Abkühlung im Export geführt; in der zweiten Jahreshälfte 1998 waren die Ausfuhren sogar rückläufig. Die Auswirkungen auf die Binnennachfrage hielten sich aber nicht zuletzt wegen der günstigen monetären Rahmenbedingungen in Grenzen. Zu der relativ robusten Binnennachfrage trug vor allem die weiterhin rege Investitionstätigkeit der Unternehmen bei. Zwar kam es bei klassischen Investitionsgütern wie Maschinenbauerzeugnissen zu einer Abschwächung. Dies wurde aber durch eine kräftige Expansion in anderen Bereichen, insbesondere bei EDV-Anlagen, weitgehend kompensiert. Die beträchtliche Ausweitung der Investitionen in EDV-Anlagen ist wohl auch in Zusammenhang mit der Jahr-2000-Problematik zu sehen, die viele Unternehmen zu einer Erneuerung von Hardware und Software veranlaßte. Die dazu notwendigen Produkte wurden zu einem beträchtlichen Teil importiert.

---

6 Der Index der Industrieproduktion dürfte die tatsächliche Entwicklung am "aktuellen Rand" unterzeichnen. Denn die Monatswerte ab Herbst müssen wegen der mit Beginn des Jahres 1999 vorgenommenen Änderung der Erhebungsmethode noch mit den Ergebnissen der vierteljährlichen Produktionserhebung abgestimmt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen müßte das zu einer Revision nach oben führen. Zur Änderung der Erhebungsmethode vgl. N. Herbert, J. Weisbrod: Auswirkungen des neuen Konzeptes der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999, in: Wirtschaft und Statistik, H. 4/1999, S. 293-298.

Schaubild 12

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland[1]



[1]Saisonbereinigte Werte, Saisonbereinigung nach ASA II (HWWA-Version). – [2]Verarbeitendes Gewerbe. [3]Dreimonatsdurchschnitte. - [4]Salden der positiven und negativen Firmenmeldungen.
Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut; eigene Berechnungen.

Exportbelebung treibt Konjunktur

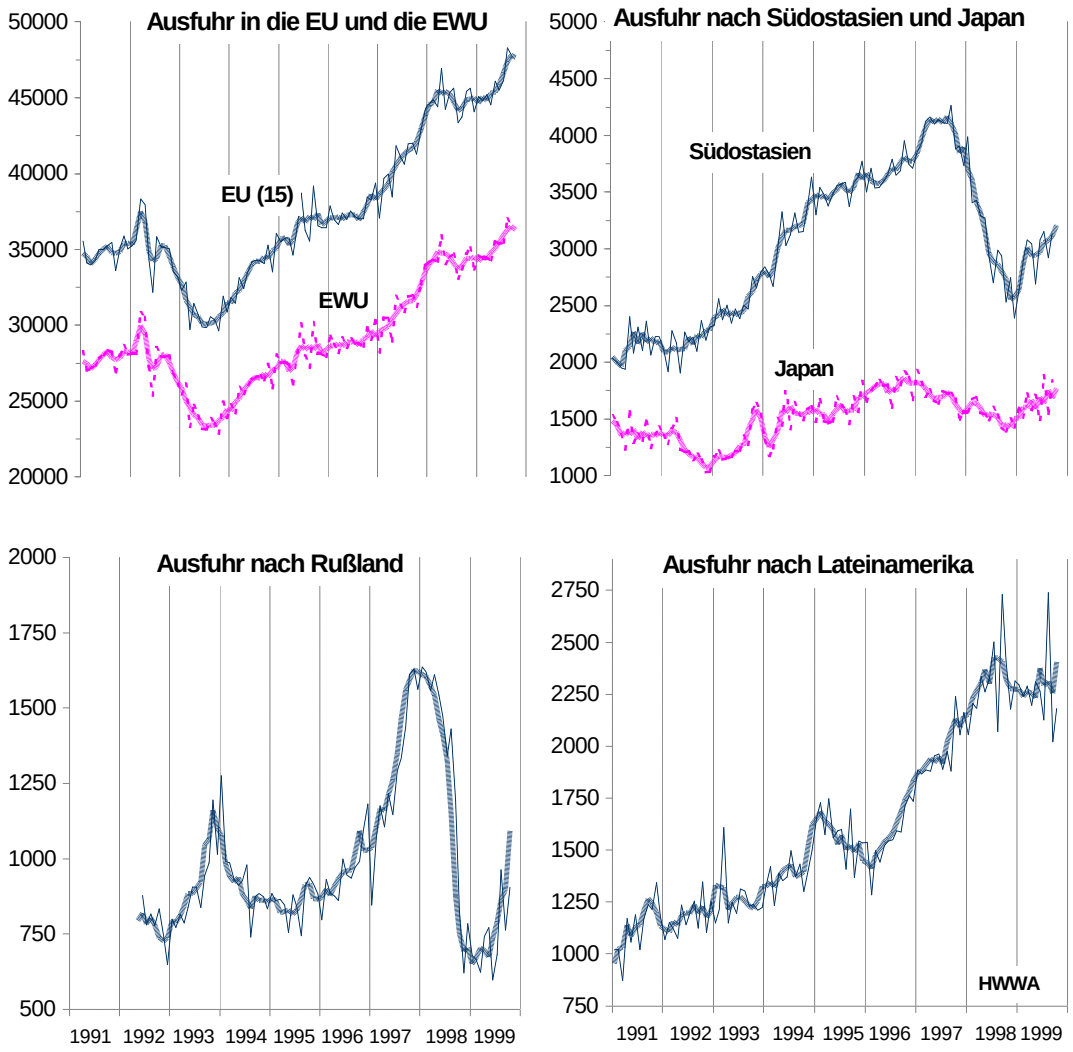
Seit dem Frühjahr 1999 sind die Auftragseingänge aus dem Ausland und die Ausfuhren wieder deutlich aufwärtsgerichtet. Erheblichen Anteil am Umschwung im Export hatte die Besserung der wirtschaftlichen Lage in den südostasiatischen Schwellenländern; die Lieferungen dorthin sind nach anderthalbjährigem kräftigen Rückgang im vergangenen Jahr wieder merklich gestiegen (vgl. Schaubild 13). Zudem erhöhte sich, gefördert durch die Abwertung des Euro, die Nachfrage aus den USA deutlich. Zur Jahresmitte zogen schließlich auch die Aufträge aus den europäischen Ländern an. Überdies kam es in der

zweiten Jahreshälfte 1999, begünstigt durch die Stabilisierung der Lage in Rußland, zu einer Belebung der Nachfrage aus den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern.

Schaubild 13

Ausfuhr nach Ländern und Regionen[1]

in Mill. DM



[1]Saisonbereinigt, geglättete und ungeglättete Werte.
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Im Gefolge der Erholung der Ausfuhr hat sich die Binnennachfrage gefestigt. Bedingt auch durch lagerzyklische Effekte, wie sie für den Beginn einer Erholungsphase typisch sind, sind die Auftragseingänge aus dem Inland bei Vorprodukten seit dem Frühjahr 1999 deutlich gestiegen. Überdies belebte sich die Nachfrage nach klassischen Investitionsgü-

tern wieder. Zudem scheinen in der Bauwirtschaft die retardierenden Einflüsse allmählich nachzulassen. Jedenfalls sind die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im vergangenen Jahr – bei allerdings starken Schwankungen von Monat zu Monat und bei nach wie vor deutlichen Unterschieden zwischen alten und neuen Bundesländern – wohl leicht gestiegen. Dagegen blieb der private Verbrauch trotz Abgabenentlastungen für private Haushalte – denen allerdings auch Mehrbelastungen durch die Ökosteuer gegenüberstanden – und kräftiger Lohnsteigerungen verhalten; hier wirkte insbesondere die ungünstige Beschäftigungsentwicklung dämpfend.[7]

Konjunkturgefälle zwischen West- und Ostdeutschland

In Ostdeutschland blieb – anders als in den alten Bundesländern – die Industrieproduktion auch in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres schwach, und das Geschäftsklima begann sich nur zögernd aufzuhellen. Ein Grund dafür war, daß die Erholung im Export wegen des geringen Außenhandelsanteils in Ostdeutschland nur vergleichsweise wenig zu Buche schlug. Überdies ist die Bautätigkeit, die immer noch ein weit höheres Gewicht als im Westen hat, wegen Leerständen, ungünstiger Renditeperspektiven und eingeschränkter staatlicher Förderung weiterhin rückläufig; die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gaben in den neuen Bundesländern, nach vorübergehender Belebung im Frühjahr, in der zweiten Jahreshälfte 1999 wieder merklich nach. Schließlich wurden wohl auch die Ausrüstungsinvestitionen nochmals etwas eingeschränkt.[8] All das führte dazu, daß das Wachstum in Ostdeutschland in diesem Jahr erneut hinter dem im Westen zurückblieb.

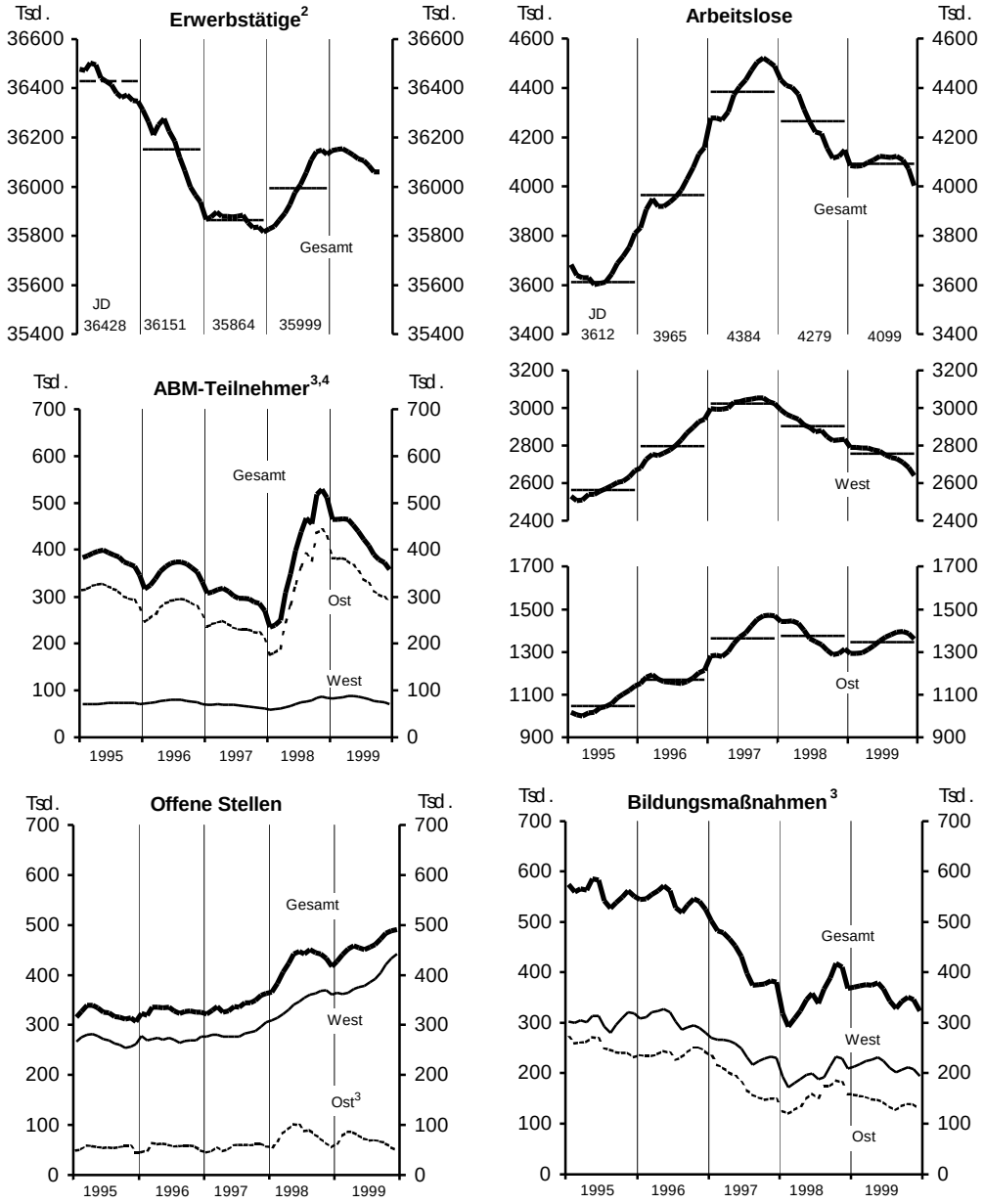
Beträchtliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen nach wie vor insbesondere am Arbeitsmarkt (vgl. Schaubild 14). In Westdeutschland kam zwar als Folge der export-induzierten Konjunkturschwäche der Beschäftigungsaufbau, der 1998 eingesetzt hatte, im vergangenen Jahr wieder ins Stocken; erst gegen Ende 1999 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen wieder etwas gestiegen sein. Die Zahl der Arbeitslosen nahm aber, begünstigt durch demographische Faktoren, im Laufe des Jahres weiter ab. Seit Herbst letzten Jahres hat sich der Rückgang spürbar verstärkt. In Ostdeutschland

7 Darüber hinaus gingen von der schwachen Entwicklung der Gewinn- und Vermögenseinkommen sowie von der Neuregelung der 630-Mark-Jobs dämpfende Effekte aus.

8 Nach Schätzungen des ifo Instituts sind die Ausrüstungen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe 1999 um rund 6 % gesunken. Vgl. Peter Jeckel u.a.: Verarbeitendes Gewerbe der Neuen Bundesländer: Gebremster Investitionsrückgang, in: ifo Schnelldienst, H. 25/99, S. 3.

Schaubild 14

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung [1]



[1]Saisonbereinigte Monatswerte. – [2]Inlandskonzept. Saisonbereinigung nach ASA II (HWWA-Version). – [3]Nicht saisonbereinigt. – [4]Einschließlich in Strukturanpassungsmaßnahmen Beschäftigte.
Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

verschlechterte sich dagegen die Beschäftigungslage, nach deutlicher Verbesserung im Jahre 1998, über weite Strecken des vergangenen Jahres wieder, und die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich bis zum Herbst deutlich; danach kam es auch hier zu einem Rückgang. Das Auf und Ab am ostdeutschen Arbeitsmarkt ist allerdings weit mehr auf die Ar-

beitsmarktpolitik als auf die Konjunktur zurückzuführen. So ist die Zahl der ABM-Beschäftigten[9], die im vergangenen Jahr als Folge einer kräftigen Mittelaufstockung erheblich ausgeweitet worden war, trotz nahezu unveränderten Mittelvolumens im Laufe dieses Jahres wieder deutlich zurückgegangen.[10]

Weltwirtschaftliches Umfeld weiterhin günstig

Obwohl die letzte Rezession bereits sieben Jahre zurückliegt, hat sich in Deutschland – anders als etwa in den USA – noch keine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung herausgebildet. Die konjunkturelle Erholung geriet bereits nach relativ kurzer Zeit immer wieder ins Stocken, wie in den Jahren 1995 und 1998. So stellt sich die Frage, ob es diesmal zu einem länger anhaltenden Aufschwung kommt. Von den Rahmenbedingungen her spricht einiges dafür. Das weltwirtschaftliche Umfeld, das sich bereits im Laufe dieses Jahres mit dem Nachlassen der dämpfenden Wirkungen der Finanz- und Währungskrisen spürbar verbessert hatte, wird, wie bereits dargelegt, günstig bleiben. In den asiatischen Schwellenländern schreitet die wirtschaftliche Erholung zumeist zügig voran, in Rußland vermindern der kräftige Ölpreisanstieg und anziehende Preise bei Industrierohstoffen die Leistungsbilanz- und Haushaltsprobleme, und in Lateinamerika beginnt sich die Lage mehr und mehr zu entspannen. Für die USA, die in den letzten Jahren die Funktion einer "Konjunkturlokomotive" für die Weltwirtschaft übernommen hatten, ist zwar eine Verlangsamung der immer noch sehr kräftigen Expansion zu erwarten. Damit wird aber auch die Gefahr deutlicher Zinsanhebungen durch die amerikanische Zentralbank mit möglichen negativen Auswirkungen auf Europa geringer. Vor diesem Hintergrund ist auch in Europa mit einer Fortsetzung der konjunkturellen Erholung zu rechnen.

Überdies hat sich durch die Abwertung des Euro die Wettbewerbsfähigkeit europäischer und damit auch deutscher Anbieter gegenüber außereuropäischen Konkurrenten spürbar verbessert; dies wird noch geraume Zeit nachwirken. Zwar spricht einiges dafür, daß der Euro im Laufe dieses Jahres wieder etwas fester tendieren wird. So wird sich das Wachstumsgefälle zwischen den USA und dem Euro-Raum mit der Abflachung der Konjunktur in Amerika und einer fortschreitenden Erholung in Europa weiter verringern.

---

9 Einschl. Bezieher von Lohnkostenzuschüssen (SAM).

10 Die Schwankung der Zahl der ABM-Teilnehmer in den Jahren 1998 und 1999 bei ähnlichem Umfang der Finanzmittel erklärt sich in erster Linie daraus, daß 1998 wegen der erst Anfang des Jahres erfolgten Aufstockung die Mittel erst im Laufe der zweiten Jahreshälfte voll genutzt werden konnten. Der Umfang der Ende 1998 bestehenden ABM-Beschäftigung konnte deshalb 1999 nicht aufrechterhalten werden.

Gleiches gilt für das Zinsgefälle, das zumindest am kurzen Ende mit der Anhebung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank wieder geringer geworden ist. Bei der Prognose wird von einem real unveränderten Kurs des Euro im kommenden Jahr ausgegangen.

Geldpolitik: Zügel angezogen

Anfang November 1999 hat die EZB die Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt angehoben und damit die Zinssenkung vom April vergangenen Jahres wieder zurückgenommen.[11] Begründet wurde dieser Schritt vor allem mit der kräftigen Expansion der Geldmenge; sie stieg in den Monaten September bis November im Durchschnitt mit einer Rate von 6 % gegenüber dem Vorjahr und überschritt damit den von der EZB festgelegten Referenzwert von 4½ % deutlich. Dies signalisiert nach Ansicht der EZB steigende Inflationsrisiken. Eine stärkere Beeinträchtigung der Konjunktur in Europa ist von der Anhebung der Leitzinsen sicherlich nicht zu erwarten; die Geldpolitik dürfte auch in Deutschland immer noch leicht expansiv wirken.

Bei ihrem Zinsschritt ließ sich die EZB vorrangig von der Geldmengenentwicklung leiten; die "zweite Säule" der geldpolitischen Strategie, eine breit fundierte Analyse der Preisentwicklung und ihrer Bestimmungsfaktoren, bot kaum Anlaß für ein Anziehen der geldpolitischen Zügel. Angesichts der starken Betonung der Geldmengenentwicklung kommt der Festlegung des Referenzwertes für das Jahr 2000 erhöhte Bedeutung zu. Die EZB hat ihn für dieses Jahr wiederum mit 4½ % angesetzt. Er ist damit niedriger als von den Wirtschaftsforschungsinstituten empfohlen; diese kamen – bei gleichen Ausgangsdaten wie die EZB – zu einem etwas höheren Referenzwert von 5 %.[12] Der Sachverständigenrat hat sich ebenfalls für einen Referenzwert in einer Größenordnung von 5 % ausgespro-

---

11 Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde auf 3,0 %, die Zinssätze für die Spitzenfinanzierungs- bzw. die Einlagefazilität wurden auf 4,0 % bzw. 2,0 % erhöht.

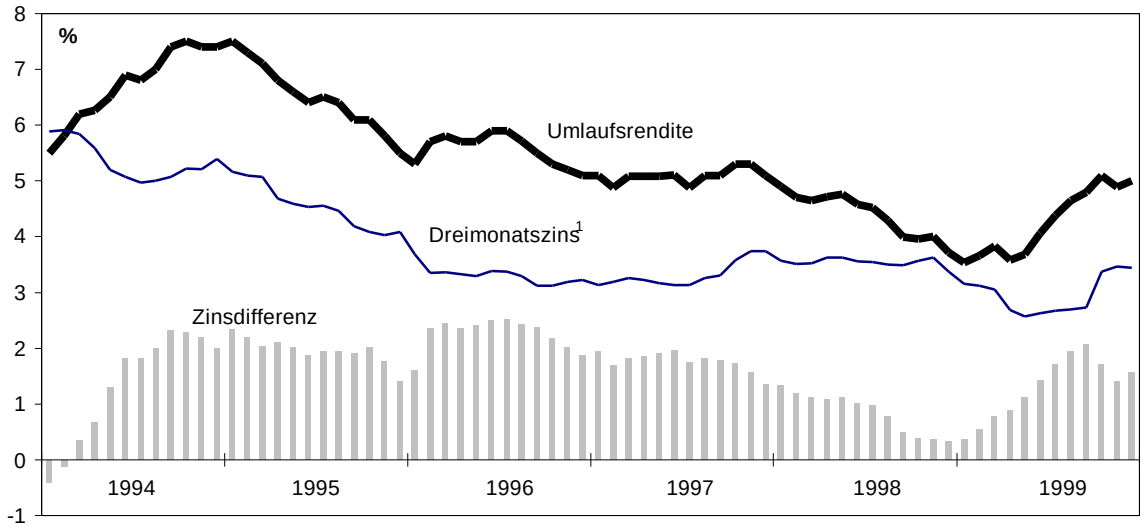
12 Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999, Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg; ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Institut für Wirtschaftsforschung Halle; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen; HWWA-Report Nr. 198, S. 60 f. Die Institute legten bei ihren Berechnungen ein Wachstum des Produktionspotentials in der EWU von knapp 2½ % und einen stabilitätskonformen Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) um 1½ % zugrunde. Für die trendmäßige Abnahme der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes kamen sie aufgrund ihrer Berechnungen zu einem Aufschlag von 1 %; die EZB setzt hier einen etwas niedrigeren Wert an.

chen.[13] Auch wegen des relativ niedrig angesetzten Referenzwertes erscheint eine weitere Straffung der geldpolitischen Zügel in diesem Jahr wahrscheinlich; für die Prognose ist ein Anstieg der kurzfristigen Zinsen um 0,25 Prozentpunkte im Frühjahr unterstellt. Selbst dann wird die Geldpolitik aber wohl noch nicht restriktiv sein; darauf deutet jedenfalls der in der letzten Zeit häufig als Maßstab verwendete "Taylor-Zins" (vgl. Kasten zum Taylor-Zins) hin.

Die EZB hatte mit der Anhebung der Leitzinsen zeitweilig zur Beruhigung an den Finanzmärkten beigetragen und damit den Rückgang der Kapitalmarktzinsen unterstützt. So gab die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere, die nach der Jahresmitte 1999 zeitweilig auf 5¼ % geklettert war, im Herbst wieder nach (vgl. Schaubild 15).

Schaubild 16

Zinsentwicklung in Deutschland



[1]Bis Ende 1998 3-Monats-Fibor, danach Euribor der EWU.
Quellen: Deutsche Bundesbank, EZB, eigene Berechnungen.

Ende letzten Jahres zogen die Kapitalmarktzinsen, bedingt auch durch die Erwartung weiterer Zinsschritte von seiten der amerikanischen Zentralbank und der EZB, erneut an; die Umlaufsrendite bewegt sich derzeit bei etwa 5,3 %. Im Laufe dieses Jahres ist im Zuge der Festigung der Weltkonjunktur mit einer Zunahme der Kapitalnachfrage zu rechnen, so daß die langfristigen Zinsen weiter moderat steigen werden. Der Zinsanstieg ist aber großenteils Reflex günstigerer Renditeaussichten, so daß von daher die Erholung

13 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1999/2000: Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Ziff. 282.

der Konjunktur in Deutschland wie auch in den anderen europäischen Ländern nicht gehemmt werden dürfte.

Finanzpolitik auf Konsolidierungskurs

Von der Finanzpolitik gingen in Deutschland im vergangenen Jahr insgesamt kontraktive Wirkungen aus. Abgabenentlastungen für private Haushalte wurden durch höhere Belastungen für Unternehmen und die Einführung einer Ökosteuer überkompensiert.

Tabelle 3

Finanzwirtschaftliche Eckwerte
(in % des nominalen Bruttoinlandsprodukt)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000[a]	2001[a]
Steuern und Sozialabgaben insg.	41,4	41,4	42,3	42,2	42,3	43,1	42,5	40,9
darunter.:								
Steuern	22,8	22,6	22,9	22,6	23,1	24,2	24,1	23,0
Sozialbeiträge	18,6	18,8	19,4	19,6	19,2	18,9	18,4	18,0
nachrichtlich: Sozialbeiträge in % des Einkommens [1]	38,9	39,2	40,5	42,1	42,1	41,5	41,1	40,9
Ausgaben insgesamt [2]	49,0	49,3	50,3	49,2	48,3	48,5	47,3	46,2
darunter:								
Bruttoinvestitionen	2,7	2,3	2,1	1,9	1,8	1,8	1,8	1,7
Zinsen	3,4	3,7	3,7	3,7	3,6	3,5	3,4	3,3
nachrichtlich: Zinsen in % der Steuereinnahmen	14,8	16,3	16,2	16,2	15,5	14,5	14,3	14,6
Finanzierungssaldo [2]	-2,5	-3,0	-3,4	-2,6	-1,7	-1,2	-0,9	-1,5
Schuldenstand [3]	50,2	58,3	60,8	61,5	61,1	61,0	59,6	58,8

[1]Sozialversicherungspflichtiges Einkommen, Summe der Beitragssätze. – [2]1995 ohne Verbuchung der Schuldenübernahme der Treuhandanstalt als Ausgabe. – [3]Stand am Jahresende. - [a]HWWA-Prognose.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und eigene Schätzungen.

Tabelle 4

Finanzpolitische Maßnahmen 2000 und 2001
(Haushaltsent-(+) und belastung(-) in Mrd. DM)

	1999	2000	2001
I. Veränderungen bei Steuern und Sozialabgaben (gegenüber 1998)	9,2	9,7	-31,7
Steuern	13,4	17,7	-20,7
1. Steueränderungsgesetz 1998, Steuerentlastungsgesetz 1999, Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 [1]	6,4	3,8	5,3
- Steuersatzsenkungen	-4,4	-20,5	-26,7
- Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen	10,8	24,3	32,0
2. Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse v. 24.3.1999	-1,4	-2,1	-2,1
3. Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform vom 24.3.1999	8,4	12,3	12,3
4. Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform vom 16.12.1999	-	5,1	10,4
5. Gesetz zur Verbesserung der Familienförderung vom 22.12.1999 [1]	-	0,7	1,6
6. Gesetz zur Bereinigung von steuerrechtlichen Vorschriften vom 22.12.1999	-	-2,1	-3,7
7. Reform der Unternehmensbesteuerung (Stand: 11.1.2000)	-	-	-16,1
8. Reform des Einkommensteuertarifs (Stand: 11.1.2000)	-	-	-28,4
Sozialabgaben	-4,2	-8,0	-11,0
Senkung Beitragssatz zur Rentenversicherung von 20,3 auf 19,5 % (1.4.1999), auf 19,3 % (1.1.2000) und 19,1 % (1.1.2001)	-8,2	-14,0	-17,0
Einführung der Beitragspflicht für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und Scheinselbständige	4,0	6,0	6,0
nachrichtlich:			
Erhöhung des Kindergeldes im Rahmen	-6,4	-9,6	-9,6
- des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002	-6,4	-5,8	-5,8
- des Gesetzes zur Verbesserung der Familienförderung vom 22.12.1999	-	-3,8	-3,8
II. Sparpaket des Bundesregierung im Rahmen des Zukunftsprogramms 2000 [2]	-	30,1	38,4
(Einsparungen gegenüber 1999)			
Zweifelhafte Einsparungen ("Luftbuchungen")	-	4,1	4,2
Überwälzungen auf Länder und Gemeinden [2]	-	1,0	1,1
Überwälzungen auf Sozialversicherungen	-	8,3	12,3
Tatsächliche Einsparungen beim Bund	-	16,7	20,7
dar.: Verteidigung	-	3,5	4,3
Arbeitsförderung	-	2,4	2,4
Landwirtschaft	-	0,9	1,1
Verkehr	-	0,6	0,7
Hochschulen, Forschung	-	0,6	0,9
Internationale Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe	-	0,6	0,7
Einsparungen bei Länder und Gemeinden	-	1,9	1,9
dar.: Begrenzung des Einkommenszuwachses für Beamte	-	1,4	1,4
Minderausgaben Sozialhilfe wegen Kindergelderhöhung	-	0,5	0,5
Einsparungen bei Sozialversicherungen	-	4,5	12,0
Beschränkung der Rentenanpassung auf die Höhe der Inflationsrate [3]	-	4,5	12,0
Einsparungen beim Staat insgesamt	-	23,1	34,6

[1]Ohne Änderungen beim Kindergeld; das Kindergeld wird in der ESVG als Sozialleistung, in der Finanzstatistik als negatives Steueraufkommen gebucht. – [2]Ohne Übernahme des Wohngeldanteils von 2,3 Mrd.DM durch die Länder. Es ist hier unterstellt, daß das Einsparvolumen, wie vom Bundesfinanzminister beabsichtigt, an anderer Stelle im Bundeshaushalt realisiert wird. – [3]Die Bundesregierung ging ursprünglich von einer Rentenanpassung von 3,6 % (2000) und 3,4 % (2001) aus.
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999, HWWA Report 198, S.48 und 50; Berechnungen des HWWA.

Für dieses Jahr kommt es als Folge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu weiteren Entlastungen für Familien mit Kindern. Gleichwohl bleibt die Finanzpolitik auf deutlichem Konsolidierungskurs, denn zugleich ist ein Sparpaket mit einem Volumen von 30 Mrd. DM für den Bundeshaushalt aufgelegt worden.[14] Zwar wird der tatsächliche Spareffekt durch "Luftbuchungen" und Lastenverlagerungen auf andere öffentliche Haushalte geschmälert,[15] er ist aber mit rund 23 Mrd. DM für alle öffentlichen Haushalte für das Jahr 2000 immer noch beachtlich (vgl. Tabelle 3). Die Konsolidierung des Bundeshaushalts soll zudem in erster Linie durch strikte Begrenzung der – im vergangenen Jahr verstärkt ausgeweiteten – öffentlichen Ausgaben erfolgen.[16] Die für das Jahr 2000 beschlossenen bzw. vorgesehenen Maßnahmen, zu denen auch eine weitere Erhöhung der Ökosteuer gehört, legen den Schluß nahe, daß die Finanzpolitik in diesem Jahr alles in allem leicht kontraktiv wirken wird.

Moderater Lohnanstieg

Der Lohnanstieg hat sich nach mehreren Jahren moderater Entwicklung im Jahre 1999 merklich verstärkt. Die Tariflöhne erhöhten sich im Jahresdurchschnitt um fast 3 %, nach knapp 2 % im vorangegangenen Jahr. Die durch die Ökosteuer finanzierte Senkung der Lohnnebenkosten wurde so durch höhere Lohnsteigerungen mehr als kompensiert. Die letztjährige Lohnrunde bedeutet aber wohl noch keine generelle Abkehr von einer moderaten Lohnpolitik. Für dieses Jahr ist schon wegen der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit wieder mit niedrigeren Abschlüssen zu rechnen; auch dürfte nach den deutlichen Reallohnsteigerungen des vergangenen Jahres das Argument eines "Nachholbedarfs" keine Rolle mehr spielen. Überdies fehlt den Gewerkschaften, anders als in der vorangegangenen Tarifrunde, der Rückenwind von Regierungsseite. Die Bundesregierung strebt nach eigenem Bekunden für den öffentlichen Dienst – analog zur Regelung für die Beamten – sogar lediglich Lohn- und Gehaltssteigerungen im Ausmaß der Inflationsrate an. Schließlich stützt auch der im Bündnis für Arbeit gefundene Kompromiß, nach dem sich die Lohnentwicklung an der Produktivitätsentwicklung orientieren soll, eher die Erwartung wieder etwas niedrigerer Lohnsteigerungen als im vergangenen Jahr. Hier

14 Verabschiedet wurde bisher nur der nicht zustimmungspflichtige Teil des Sparpaketes, der aber mehr als 90 % des Gesamtvolumens ausmacht.

15 Vgl. dazu auch: "Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999, a.a.O., S. 50.

16 Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll der Anstieg der Staatsausgaben mittelfristig deutlich hinter dem des nominalen Bruttoinlandsprodukts (+3½ %) zurückbleiben. Dadurch soll die Staatsquote bis zum Jahre 2003 auf 45½ % zurückgeführt werden (1999: 48,5 %). Vgl. Bundesministerium der Finanzen: Deutsches Stabilitätsprogramm, Aktualisierung, Dezember 1999, S. 15.

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz für Deutschland

Jahresdurchschnitte in 1000 Personen

	1997	1998	1999	2000	2001
Deutschland					
Erwerbstätige Inländer	35802	35935	36038	36129	36291
Arbeitnehmer	31888	31941	32015	32076	32196
Selbständige	3914	3994	4023	4053	4095
Pendlersaldo	62	64	65	66	67
Erwerbstätige Inland	35864	35999	36103	36195	36358
Arbeitslose	4384	4279	4099	3850	3650
Arbeitslosenquote[1]	10,9	10,6	10,2	9,6	9,1
Erwerbslose[2]	3907	3710	3566	3337	3155
Erwerbslosenquote[3]	9,8	9,4	9,0	8,5	8,0
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Kurzarbeit	183	115	119	105	95
Arbeitsbeschaffung	214	216	231	190	180
Strukturanpassung	88	178	193	165	160
Berufl. Vollzeitweiterbil	400	322	331	300	300
Westdeutschland					
Erwerbstätige Inländer[4]	29198	29377	29527	29660	29820
Arbeitslose	3020	2904	2756	2550	2375
Arbeitslosenquote[1]	9,4	9,0	8,5	7,9	7,4
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Kurzarbeit	133	81	92	80	70
Arbeitsbeschaffung	59	60	66	50	45
Strukturanpassung	8	12	15	15	15
Berufl. Vollzeitweiterbil	223	174	191	175	175
Ostdeutschland					
Erwerbstätige Inländer[4]	6604	6558	6511	6469	6471
Arbeitslose	1364	1375	1344	1300	1275
Arbeitslosenquote[1]	17,1	17,3	17,1	16,7	16,5
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Kurzarbeit	49	34	27	25	25
Arbeitsbeschaffung	154	157	165	140	135
Strukturanpassung	80	166	178	150	145
Berufl. Vollzeitweiterbil	177	148	140	125	125

[1]Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – [2]Definition der IAO. – [3]Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen. – [4]Schätzung auf Basis des Mikrozensus.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; 2000 und 2001: HWWA-Prognose.

sind für das Jahr 2000 Tariflohnsteigerungen von 2 bis 2½ % unterstellt. Das würde auch real noch ein spürbares Plus bedeuten.

Als Folge der Konjunkturflaute erhöhte sich die Produktivität 1999 in Deutschland lediglich um 1,1 %. In diesem Jahr werden die Produktivitätssteigerungen auslastungsbedingt wieder deutlich höher ausfallen. Deshalb dürften die Lohnstückkosten, die 1999 erstmals seit drei Jahren wieder gestiegen waren, im Jahre 2000 erneut etwas sinken. Außenwirtschaftliche Teuerungsimpulse durch höhere Rohstoffpreise werden dadurch weitgehend kompensiert, so daß das Preisklima ruhig bleibt. Da in den übrigen EWU-Ländern die Lohnstückkosten eher leicht steigen werden, festigt sich überdies die Wettbewerbsposition deutscher Anbieter im EWU-Raum.

Aufschwung gewinnt an Breite

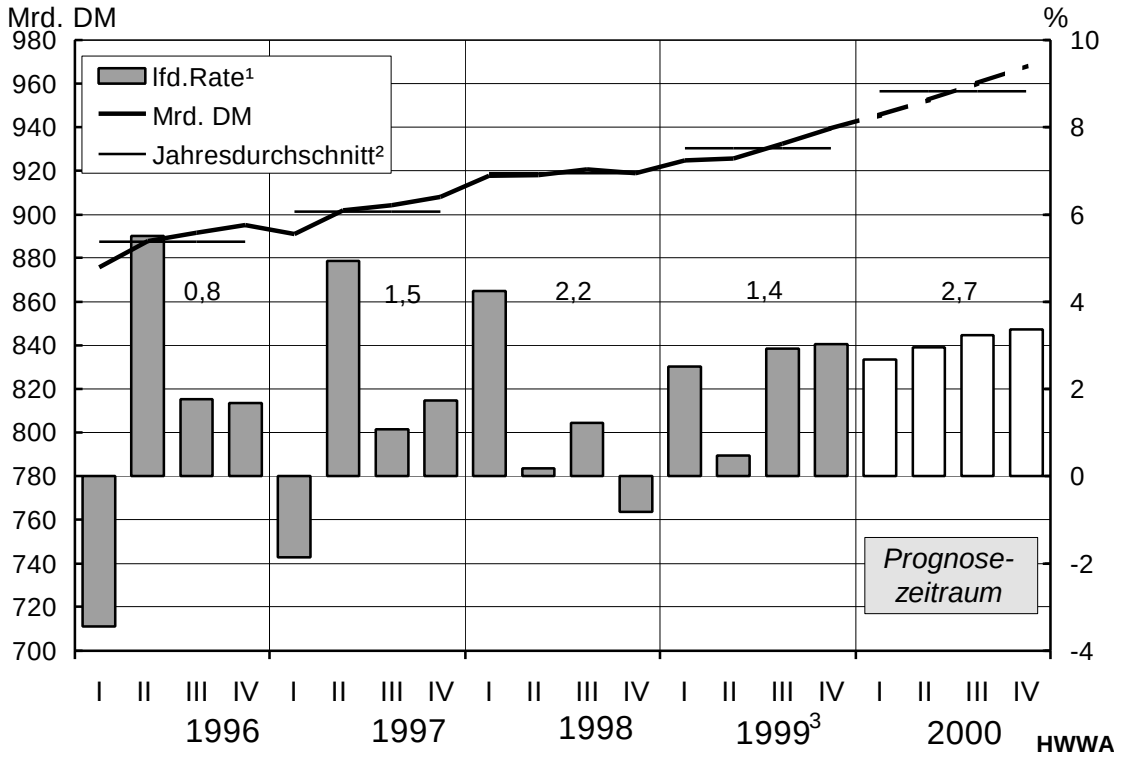
Angesichts der alles in allem weiterhin relativ günstigen Rahmenbedingungen ist zu erwarten, daß sich die Konjunktur in Deutschland in diesem Jahr festigt. Der Export wird eine wichtige Stütze bleiben; er wird um rund 9 % – und damit kräftiger als der Welthandel – zunehmen. Gleichzeitig wird aber auch die Binnennachfrage verstärkt expandieren, so daß der Aufschwung an Breite gewinnt (vgl. Tabelle 6). So wird der private Verbrauch mit nachlassenden retardierenden Einflüssen vom Arbeitsmarkt mehr Dynamik entwickeln. Er erhält überdies einige Impulse durch Steuer- und Abgabenentlastungen und durch ein höheres Kindergeld, die nur zum Teil durch die höhere Ökosteuer kompensiert werden. Zudem dürften die Bauinvestitionen, gestützt durch die Nachfrage nach Eigenheimen und einen mit zunehmender Kapazitätsauslastung steigenden Bedarf an gewerblichen Baumaßnahmen, nach mehreren Jahren des Rückgangs im Jahre 2000 erstmals wieder ein leichtes Plus aufweisen. Schließlich werden die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich der Sonstigen Anlagen weiterhin zügig ausgeweitet; eine etwas ruhigere Entwicklung bei EDV-Produkten wird durch eine regere Investitionstätigkeit in den "klassischen" Bereichen wettgemacht. Gestützt wird die Investitionsneigung durch die deutliche Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen; das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, das 1999 leicht gesunken war, wird im Jahre 2000 wieder merklich steigen.

Alles in allem ist für das Jahr 2000 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,7 % zu erwarten, nach 1,4 % im vergangenen Jahr. Dabei wird das Wachstum in

Schaubild 16

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

(Saison- und arbeitstäglich bereinigt)



[1] Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet, rechte Skala. - [2] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. - [3] 4.Quartal ermittelt als Differenz des Jahreswertes und der ersten drei Quartale.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; 2000: HWWA-Prognose.

Ostdeutschland wohl nochmals etwas geringer als im Westen ausfallen. Mit fortschreitender konjunktureller Erholung wird die Beschäftigung allmählich zunehmen, wenn auch nur moderat. Die Zahl der Arbeitslosen wird gleichwohl deutlich – auf 3,85 Millionen im Jahresdurchschnitt – sinken; hier schlägt neben der Konjunkturbelebung weiterhin der demographisch bedingte Rückgang des Arbeitskräfteangebots zu Buche. Die Besserung am Arbeitsmarkt konzentriert sich allerdings auf Westdeutschland. In Ostdeutschland wird die Zahl der Erwerbstätigen bei höheren Produktivitätssteigerungen als im Westen im Jahresdurchschnitt wohl etwa das Niveau des Vorjahres halten, und die Zahl der Arbeitslosen wird trotz des rückläufigen Arbeitskräfteangebots – zu dem in Ostdeutschland auch ein weiterer Rückgang der Erwerbsbeteiligung beiträgt – nur wenig sinken.

Tabelle 6

Eckdaten der Prognose für Deutschland

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt[1]	1,5	2,2	1,4	2,7	2,7
Private Konsumausgaben	0,7	2,3	2,0	2,3	2,7
Konsumausgaben des Staates	-1,1	0,5	0,3	-0,1	0,3
Anlageinvestitionen	0,5	1,4	2,2	3,3	3,7
Ausrüstungen	3,4	9,2	5,1	5,5	5,8
Bauten	-1,4	-3,9	-0,2	1,5	1,7
Sonstige Anlagen	5,9	15,1	9,4	7,1	9,4
Inlandsnachfrage	0,7	2,5	1,9	2,2	2,5
Ausfuhr	10,9	7,0	3,8	8,9	6,8
Einfuhr	8,3	8,5	5,8	7,7	6,4
Erwerbstätige[2]	-0,8	0,4	0,3	0,3	0,4
Arbeitslose (1000 Personen)	4384	4279	4099	3850	3650
dar.: Westdeutschland	3021	2904	2756	2550	2375
Ostdeutschland	1364	1375	1344	1300	1275
Arbeitslosenquote[3] (in %)	10,9	10,6	10,2	9,6	9,1
Verbraucherpreise[4]	1,0	1,0	0,6	1,5	1,6
dar.: Westdeutschland	1,8	0,9	0,6	1,5	1,6
Ostdeutschland	1,1	1,1	0,4	1,2	1,6
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-2,6	-1,7	-1,2	-0,9	-1,5
Leistungsbilanzsaldo[5] (Mrd. DM)	-2,4	-6,5	-20,0	-5,0	2,5

[1]In Preisen von 1995. – [2]Im Inland. – [3]Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). –[4]Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – [5]In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit; 2000 und 2001: HWWA-Prognose; Angaben teilweise gerundet.

Perspektiven für 2001

Ein Ausblick auf das Jahr 2001 kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich Anhaltspunkte über mögliche Entwicklungstendenzen geben. Dabei wird von folgenden Grundannahmen ausgegangen:

– Der Aufschwung der Weltkonjunktur setzt sich fort; in den "emerging markets" festigt sich die Erholung, in den USA gelingt die sanfte Landung, und in Europa hält der Aufschwung an, ohne schon an Kapazitätsgrenzen zu stoßen.

– Der Kosten- und Preisanstieg im EWU-Raum bleibt moderat, und die Inflationsperspektiven verschlechtern sich nicht gravierend, so daß die EZB die geldpolitischen Zügel nur graduell anzieht; sie fährt alles in allem einen etwa neutralen Kurs. Die langfristigen Zinsen werden weiter leicht steigen, aber nicht zu einem Hemmschuh für die Konjunktur werden.

– In der Finanzpolitik werden die steuerpolitischen Vorhaben in der im Dezember 1999 im Programm "Steuerreform 2000" vorgelegten Form umgesetzt. Die Finanzpolitik wirkt damit insgesamt merklich expansiv.

– Die Lohnsteigerungen bleiben moderat, und die Lohnpolitik verzichtet auf die Durchsetzung kostenträchtiger, beschäftigungspolitisch wenig effektiver Forderungen wie der "Rente mit 60".

Unter solchen Rahmenbedingungen dürfte sich der Konjunkturaufschwung in Deutschland im Jahre 2001 in ähnlichem Tempo wie in diesem Jahr fortsetzen. Eine etwas ruhigere Gangart im Export, die schon aufgrund der Festigung des Euro und der damit einhergehenden dämpfenden Einflüsse zu erwarten ist, wird durch eine etwas raschere Expansion der Binnennachfrage wettgemacht, zu der auch die Finanzpolitik beiträgt. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts wird sich voraussichtlich in einer Größenordnung von 2¾ % bewegen. Die Zahl der Arbeitslosen wird, unterstützt durch die demographisch bedingte Abnahme des Erwerbspersonenpotentials, weiter zurückgehen und im Durchschnitt des Jahres 2001 bei etwa 3,65 Millionen liegen. Der Preisanstieg wird sich kaum verstärken und unter 2 % bleiben.

Wirtschaftspolitik bleibt gefordert

Auch bei einer Fortsetzung des Aufschwungs über das Jahr 2000 hinaus kommt der Abbau der Arbeitslosigkeit trotz günstiger demographischer Bedingungen nur langsam vor-

an. Für eine raschere Rückführung ist eine deutliche Verstärkung des mittelfristigen Wachstumstrends notwendig, gepaart mit einer Erhöhung der Flexibilität am Arbeitsmarkt. Die von der Bundesregierung im Dezember vorgelegte "Steuerreform 2000"[17], die – anders als noch im vergangenen Jahr vorgesehen – über eine reine Unternehmenssteuerreform hinausgeht, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings gibt es nach wie vor Bedenken gegen die Ausgestaltung des Steuerpaketes, insbesondere gegen die immer noch große Spreizung der Steuersätze und die dahinter stehende Diskriminierung in "gute", weil im Unternehmen belassene, und "schlechte", weil ausgeschüttete Gewinne. Ohne die starke Spreizung wäre auch die vorgesehene Möglichkeit der Option von Nichtkapitalgesellschaften für eine Veranlagung entsprechend einer Kapitalgesellschaft nicht notwendig. Beides macht das ohnehin schon komplizierte Steuersystem noch unübersichtlicher und schwerfälliger. Insofern müssen der "Steuerreform 2000" weitere Schritte zur Angleichung der Steuersätze und zur Vereinfachung des Steuersystems folgen.

Gefordert ist auch die Lohnpolitik. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ist auf Jahre hinaus eine moderate Lohnentwicklung mit erheblicher Spreizung der Lohnsätze notwendig. Lohnsteigerungen im Ausmaß des letzten Jahres oder sogar darüber hinausgehend würden sich negativ auf die Einstellungsbereitschaft wie auch auf die Investitionsneigung der Unternehmen auswirken, den Aufschwung belasten und den Abbau der Arbeitslosigkeit gefährden. Dies gilt um so mehr, wenn ein Teil der Lohnerhöhung zur Finanzierung kostenträchtiger, kaum einen Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes bringender Projekte wie der "Rente mit 60" verwendet würde. Zwar haben sich Arbeitgeber und Gewerkschaften im Bündnis für Arbeit darauf geeinigt, daß sich zum Abbau der Arbeitslosigkeit die Lohnentwicklung über mehrere Jahre am Produktivitätsanstieg orientieren solle. Die IG Metall hat den gefundenen Kompromiß durch ihre jüngsten Forderungen, mit denen sie die diesjährige Lohnrunde einläutete, aber schon wieder in Frage gestellt. Das zeigt auch, daß die Formel "Orientierung an der Produktivitätsentwicklung" wenig tragfähig ist, so lange keine Einigkeit darüber herrscht, an welcher Produktivitätsgröße man sich orientieren soll.[18]

---

17 Bundesministerium der Finanzen: Steuerreform 2000, Dokumentation, Berlin, 21.12.1999.

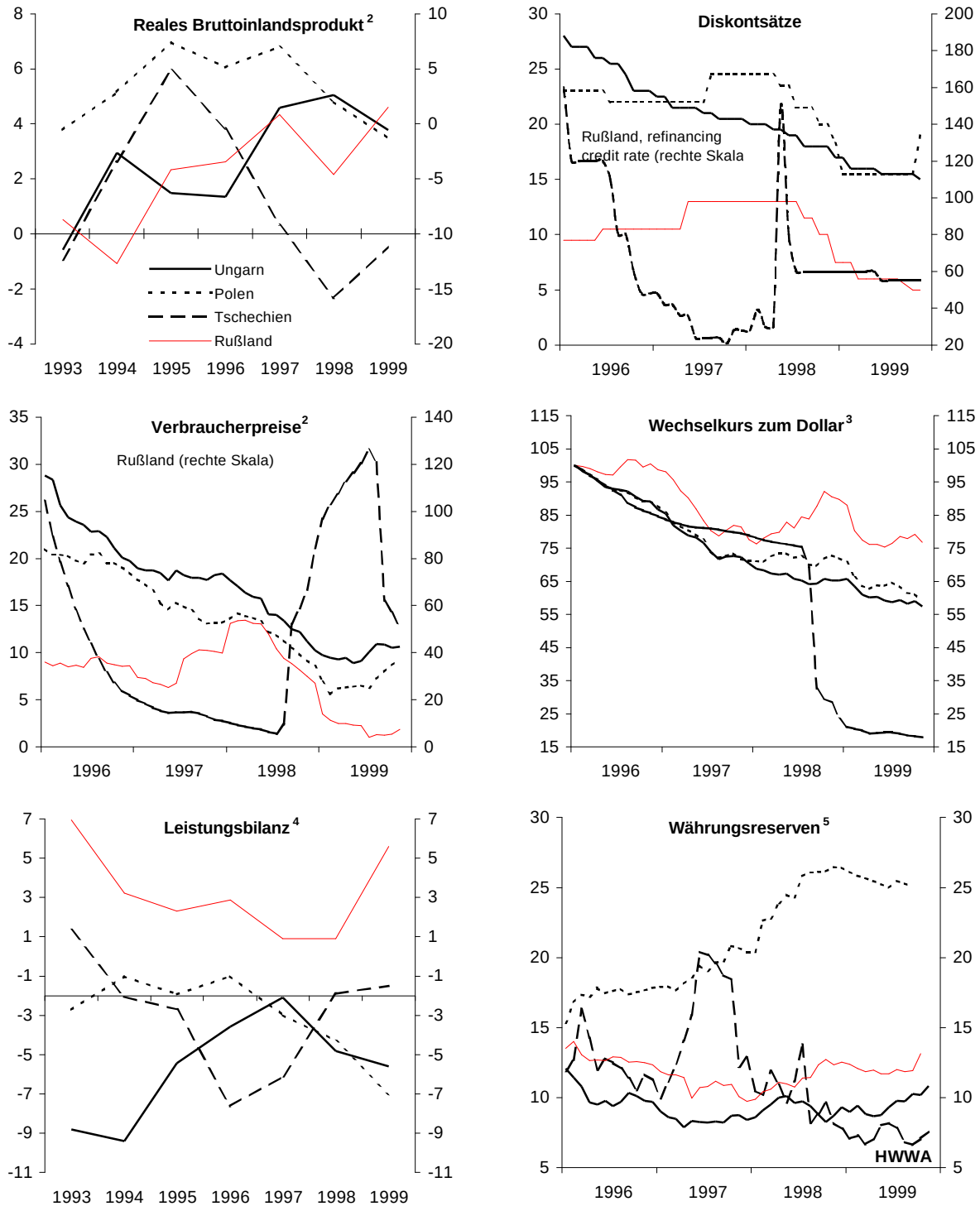
18 Vgl. zur Kontroverse um die "richtige" Produktivitätsgröße etwa: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997, Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg; ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Institut für Wirtschaftsforschung Halle; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen; HWWA-Report Nr. 169, S. 60 ff.

A N H A N G

1. Schaubilder zur wirtschaftlichen Entwicklung in ausgewählten Ländern
2. Zur Revision der VGR- und Produktivitätsziffern in den USA
3. Zur Umstellung auf das ESVG 95 in der EWU
4. Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Deutschland

Schaubild A1

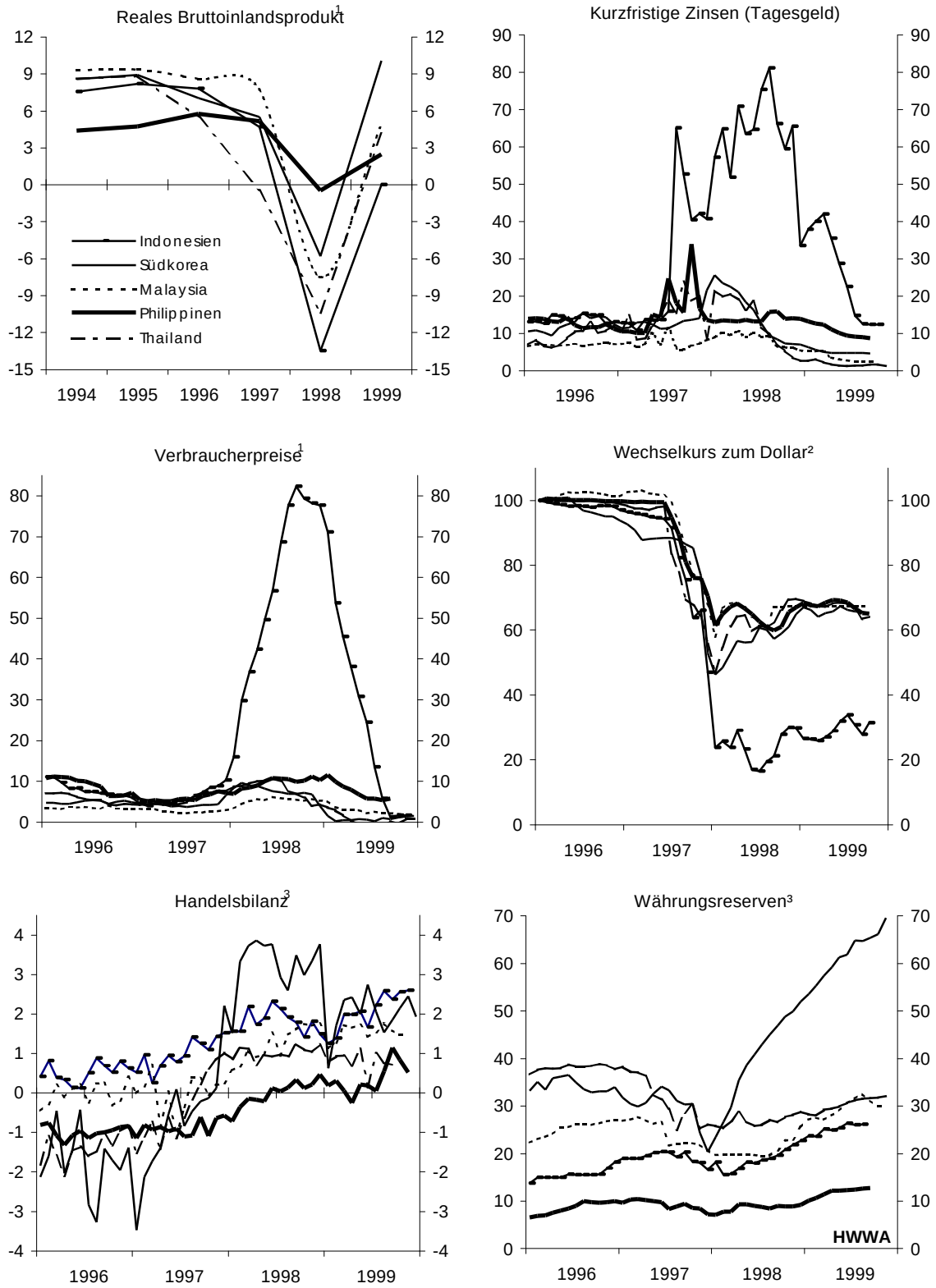
Indikatoren zur Wirtschaftslage in Mittel- und Osteuropa[1]



[1]1999 z.T. aufgeschätzt. – [2]Vorjahresvergleich in %. – [3]Januar 1996 = 100. – [4]In % des BIP – [5]In Mrd. US-$.
Quellen: IWF, OECD, nationale Statistiken; eigene Berechnungen.

Schaubild A2

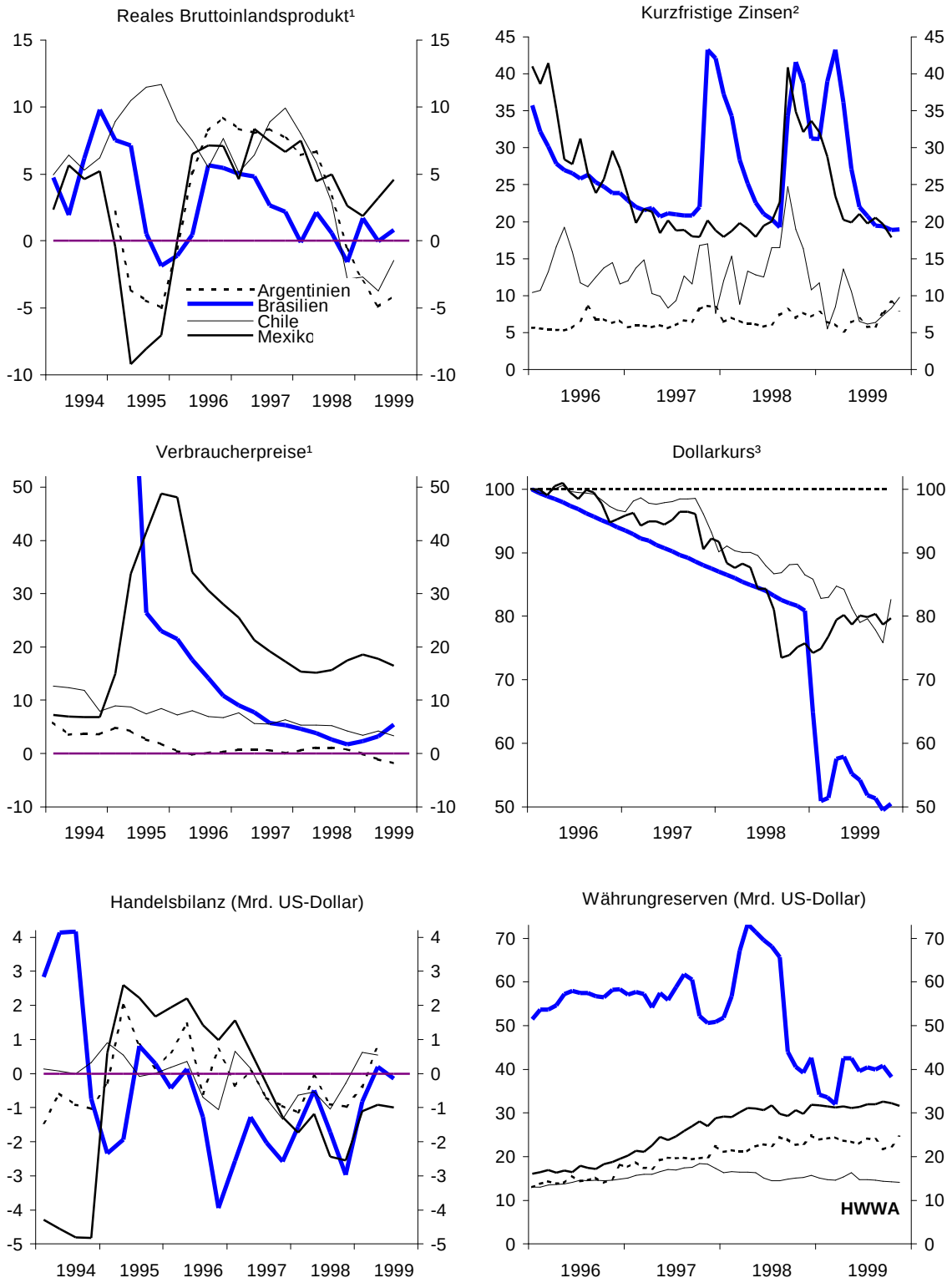
Indikatoren zur Wirtschaftslage in Ostasien



[1]Vorjahresvergleich in %; BIP 1999 aufgeschätzt. - [2]Januar 1996 = 100. – [3] In Mrd. US-Dollar.
Quellen: IWF, OECD; eigene Berechnungen.

Schaubild A3

Indikatoren zur Wirtschaftslage in Lateinamerika



¹ Veränderung gegenüber Vorjahr in %. – ² Argentinien, Brasilien: Geldmarktsatz; Chile: Bank offered rates on 30-89 day deposits; Mexiko: Ein-Monats-Schatzwechsel. – ³ Januar 1996 = 100.
Quellen: IWF, OECD, nationale Statistiken; eigene Berechnungen.

2. Zur Revision der VGR- und Produktivitätsziffern in den USA

Das amerikanische Handelsministerium hat im Oktober die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) für die USA grundlegend revidiert.[1] Dabei wurden zum einen die in regelmäßigen Abständen üblichen statistischen und methodologischen Veränderungen vorgenommen: Neben der Einbeziehung aktuellerer und umfassenderer Daten, der Ergebnisse der neuesten Input-Output-Rechnung sowie des Economic Census von 1997 wurde das Basisjahr der Preisindizes, mit denen das Bruttoinlandsprodukt deflationiert wird, von 1992 auf 1996 aktualisiert. Auch wurde rückwirkend für die Jahre 1978-1995 ein grundlegend überarbeiteter Preisindex für die private Lebenshaltung (CPI)[2] für die Deflationierung des Privaten Konsums benutzt, der bislang nur für die Jahre ab 1995 vorlag. Da der aktualisierte CPI, bei dem neue Preise einbezogen wurden und auf ein geometrisches Mittel bei der Gewichtung übergegangen wurde, geringere Teuerungsraten ausweist als der alte, ergibt sich eine höhere jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des realen Privaten Konsums für die Jahre 1978 bis 1995.

Neben diesen statistischen Revisionen wurden aber auch umfangreiche konzeptionelle und definitorische Veränderungen bei den Verwendungsaggregaten vorgenommen. Besonders hervorzuheben ist zum einen, daß die Altersversorgung für Staatsbedienstete, die bisher im öffentlichen Sektor verbucht wurde, nunmehr wie die private Altersversorgung verbucht wird. Dadurch ergibt sich bei der Sparquote der privaten Haushalte eine Niveauverschiebung nach oben um rund zwei Prozentpunkte, so daß sie am aktuellen Rand nach neuer Rechnung nicht mehr negativ ist.

Von besonderer Bedeutung ist die Neudefinition der Investitionen: nunmehr umfassen sie auch Software im weitesten Sinne, da diese einen Leistungsfluß über einen längeren Zeitraum – im Durchschnitt über drei bis fünf Jahre – erbringt. Bislang wurden Software-Käufe der Privaten und des Staates sowie Kosten für selbsterstellte Software zum überwiegenden Teil lediglich als Vorleistungen betrachtet, was mit der rasant zunehmenden Bedeutung der Computer- und Informationstechnologie für die amerikanische Wirtschaft immer problematischer wurde. Eine ähnliche Erweiterung des Investitions-

---

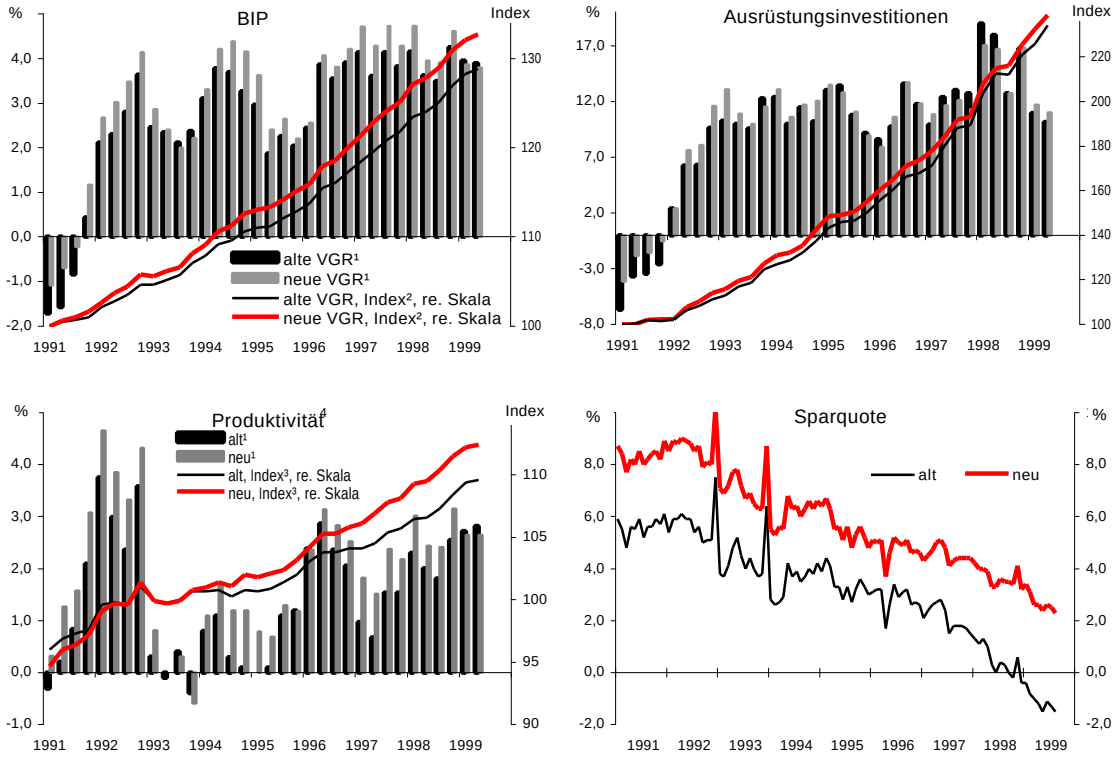
1 Zu den Änderungen vgl.: A Preview of the 1999 Comprehensive Revision of the National Income und Product Accounts: Definitional and Classificational Changes, Survey of Current Business, August 1999, sowie: A Preview of the 1999 Comprehensive Revision of the National Income and Product Accounts: Statistical Changes, Survey of Current Business, Oktober 1999 (Internet: http://www.bea.doc.gov/bea/bench.htm).

2 Zur neuen Preisbereinigung vgl. u.a. K. Steward und S. Reed: CPI Research Series Using Current Methods 1978-98, Monthly Labor Review 122 (Juni 1999), S. 29-38.

begriffs wurde im übrigen Anfang des vergangenen Jahres mit der Einführung des ESVG 95 auch in Deutschland vorgenommen. Die Erfassung von Software bei den Ausrüstungsinvestitionen führte zu einer merklichen Erhöhung des Niveaus wie auch der Anstiegsrate der Investitionen insbesondere im gegenwärtigen Zyklus.

Schaubild A4

BIP, Sparquote und Produktivität in den USA nach neuer und alter Rechnung



[1] Vorjahresvergleich in %. - [2] erstes Quartal 1991 = 100. - [3] 1992 = 100. - [4] Nonfarm Business Sector.
Quellen: Nationale Statistiken; eigene Berechnungen.

Insgesamt ist das reale BIP nach der neuen Berechnung seit 1959 mit durchschnittlich 3,4 % pro Jahr und damit um 0,2 Prozentpunkte p.a. schneller gestiegen als nach der bisherigen VGR. Im gegenwärtigen Zyklus schlägt sich die Revision erwartungsgemäß noch deutlicher nieder: nicht zuletzt wegen der großen Dynamik der nunmehr einbezogenen Investitionen im Softwarebereich lag das Wachstum des realen BIP in den Jahren nach 1991 sogar um 0,5 Prozentpunkte p.a. höher als nach der alten VGR, derzufolge es mit durchschnittlich 3,1 % p.a. auch schon kräftig gewesen war. Für die beiden vergangenen Jahre wurde nach neuer Rechnung eine Wachstumsrate von 4,5 bzw. 4,3 % ausgewiesen, nach jeweils 3,9 % in alter Rechnung.

Nach der Revision der Ziffern für die gesamtwirtschaftliche Produktion wurden vom Arbeitsministerium auch die Produktivitätsreihen rückwirkend für die vergangenen 40 Jahre überarbeitet. Nunmehr wird insbesondere für die jüngere Vergangenheit eine deutlich stärkere Zunahme der Produktivität ausgewiesen als bisher: sie betrug ab 1995 jährlich 2,5 Prozent, nach lediglich 1,9 % in der früheren Rechnung. Für die achtziger Jahre sind die Unterschiede deutlich geringer; damals hatte die Produktivität nach der neuen Rechnung um 1,4 % pro Jahr, nach alter Rechnung um 1,2 % p.a. zugenommen. Die neuen Produktivitätsziffern deuten für die neunziger Jahre auf einen höheren Potentialpfad hin als bisher angenommen. Er dürfte nunmehr zwischen 3 und 3½ % liegen; bisher war er zumeist auf 2½ bis 3 % geschätzt worden.

3. Zur Umstellung auf das ESVG 95 in der EWU

Am 16. Juli 1999 veröffentlichte Eurostat erstmals Daten auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 95) für die Europäische Union.[3] Zu diesem Veröffentlichungstermin lieferten jedoch lediglich zwölf Länder[4] die Daten nach der neuen Systematik, und auch bei diesen waren die Daten zum Teil unvollständig bzw. entsprachen noch nicht vollkommen den methodischen Anforderungen. Vor allem bei der Lieferung von Quartalsdaten hinken immer noch einige Länder hinterher.

Die VGR-Daten für die EU sind trotz erheblicher Fortschritte noch mit verschiedenen Schwächen behaftet. Insbesondere beruhen sowohl die Angaben für die Länder der EU11 – wie der EU15 – nicht alleine auf einer Aggregation von Länderdaten nach dem neuen Konzept, da für einige Länder solche Angaben noch nicht vorliegen. Daher werden die aggregierten Größen zum Teil von Eurostat geschätzt oder aber als "gemischtes" Aggregat aus Daten unterschiedlicher Systematiken ermittelt.

Die Veränderungen der im vergangenen Sommer veröffentlichten Daten gegenüber der alten Rechnung sind im einzelnen schwer nachzuvollziehen, da sie nicht allein auf konzeptionellen Umstellungen, sondern ebenfalls auf gleichzeitig durchgeführten nationalen Datenrevisionen beruhen. Die Bedeutung der Revisionsgründe ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Schaubild A5 zeigt ihren von Eurostat geschätzten Anteil für eine Reihe von Ländern.

Bei saisonbereinigten Quartalsdaten kommen weitere Gründe für Abweichungen zwischen alter und neuer Systematik hinzu. Einige Länder haben ihr Saisonbereinigungsverfahren im Zuge der Umstellung geändert bzw. die arbeitstägliche Bereinigung angepaßt.[5] Deshalb, und weil die Zeitreihen nach dem neuen System bisher noch relativ kurz sind, unterscheiden sich teilweise die Verläufe der Quartalsmuster in den einzelnen Ländern gegenüber früheren Angaben.

---

3 Zu den Auswirkungen der ESVG-Umstellung der VGR für Deutschland vgl. HWWA Report 196, S.57 ff.

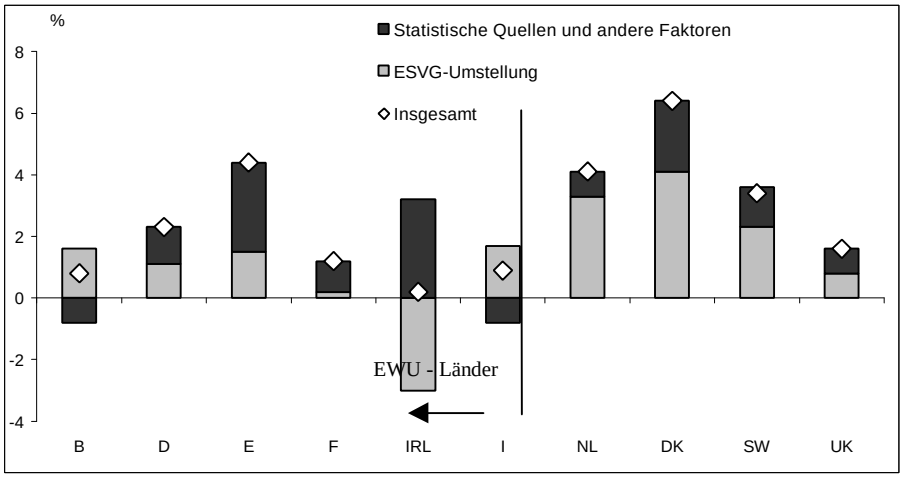
4 Belgien, Dänemark, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Portugal, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich. Die Daten für Portugal wurden jedoch nur nominal geliefert. Die Daten in konstanten Preisen werden im Falle Portugals nach wie vor nach dem ESVG 79 berechnet.

5 Dies wurde zum Teil auch durch das neue ESVG notwendig. Zum Beispiel werden heranwachsende Pflanzen nicht mehr während des Wachstumsprozesses den Vorratsveränderungen zugerechnet, sondern erst zum Zeitpunkt der Ernte.

Die durch die Umstellung des ESVG verursachten quantitativen Veränderungen der Komponenten des BIP gleichen sich so zum Teil teilweise gegenseitig aus. Das auf der Basis des ESVG 95 ermittelte BIP ist dennoch insgesamt systematisch höher als das der "alten" Rechnung. Am stärksten ist die Niveauverschiebung beim staatlichen Konsum[6], der für die EWU im Zeitraum 1992-98 um durchschnittlich 33% höher liegt als zuvor. Die wesentliche konzeptionelle Änderung ist hier die Zurechnung der zivil nutzbaren militärischen Ausrüstungen und Bauten zu den staatlichen Anlageinvestitionen, wodurch sich die Abschreibungen des Staates erhöhen.

Schaubild A5

Anteil der Revisionsgründe an der Gesamtveränderung des BIP (1995)[7]



Die Bruttoanlageinvestitionen wurden um Bestandteile wie immaterielle Vermögensgegenstände, insbesondere gekaufte sowie selbsterstellte Software bzw. große Datenbanken, erweitert.[8] Die Bruttoanlageinvestitionen der EU11 Länder fallen nach der neuen Rechnung durchschnittlich 7½ % höher aus als nach dem ESVG 79.

Die Abnahme der privaten Konsumausgaben um durchschnittlich 7,3 % ist unter anderem einer Verschiebung vom privaten zum staatlichen Konsum zuzurechnen. Dieser "Umbuchung" liegt die nunmehr klare Trennung von Verbrauchs- und Ausgabenkon-

6 Früher: Staatsverbrauch.

7 Schätzungen, Eurostat, Juli 1999.

8 Des weiteren werden nunmehr erfolglose Suchbohrungen und Urheberrechte zu den Anlageinvestitionen gezählt. Bisher zählten gekaufte Software sowie erfolglose Suchbohrungen zu den Vorleistungen. Selbsterstellte Software und Urheberrechte wurden bisher nicht der Produktion zugerechnet.

zept zugrunde. Nach dem Ausgabenkonzept zählen durch öffentliche Transfers ermöglichte private Konsumausgaben zum staatlichen Konsum.[9]

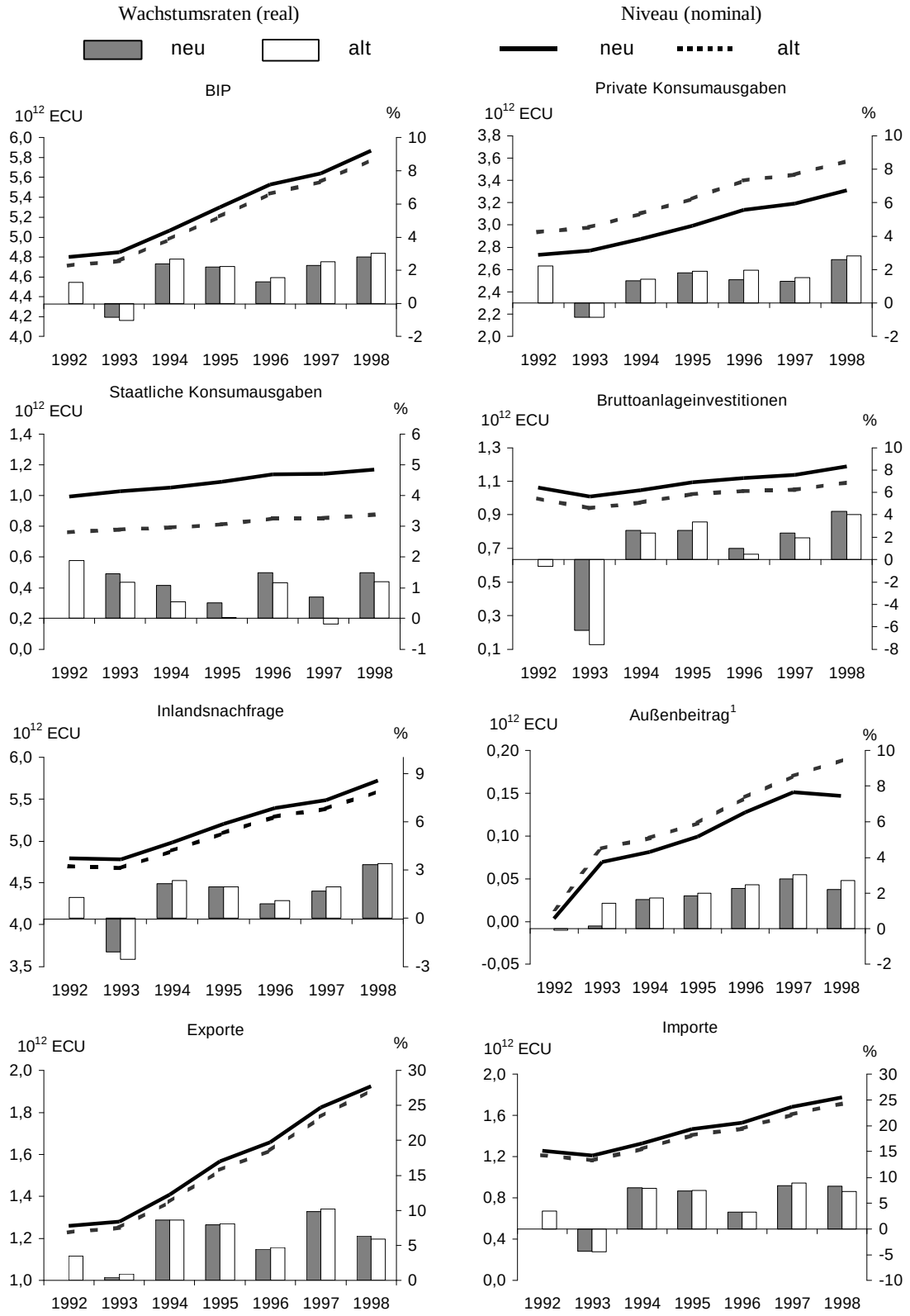
Die Werte des Außenhandels wurden auf Bruttobasis umgestellt. Veredelungen oder Reparaturen bei ins Ausland versendeten Waren werden nun den Exporten zugerechnet, wodurch sich sowohl das Niveau der Ex- als auch der Importe in den einzelnen Ländern erhöht. Die Einfuhren der EWU wurden durchschnittlich 3,9 % höher gegenüber dem ESVG79 ausgewiesen. Die Ausfuhren erhöhten sich lediglich um 2,3 %. Die Verringerung des Außenbeitrages der EWU wirkte somit der Erhöhung des Niveaus der Inlandsnachfrage entgegen.

Die Auswirkungen auf die Zuwachstumsraten der preisbereinigten Jahreszahlen im Zeitraum 1993-98 sind uneinheitlich. Das reale Bruttoinlandsprodukt der EWU ist nach neuer Rechnung um durchschnittlich 0,1 Prozentpunkte schwächer gestiegen. Die Wachstumsraten des staatlichen Konsums der Jahre 1993-98 lagen nach neuer Rechnung um 0,4 Prozentpunkte höher, während die privaten Konsumausgaben im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte weniger zunahmen als nach den bisherigen Angaben. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte rascher. Die Veränderungsraten der Im- und Exporte der EWU unterscheiden sich hingegen nur wenig von den bisherigen Angaben.

9 Nach dem Verbrauchskonzept hingegen werden diese Ausgaben den privaten Haushalten zugerechnet.

Schaubild A6

Entwicklung der BIP-Komponenten der EWU nach neuer und alter Rechnung



[1] Balken zeigen den Anteil am BIP in %.
Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen.

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 2000

	1998 1)	1999 1)	2000 2)	1999 1)		2000 2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Erwerbstätige (Inland)	0,4	0,3	0,3	0,7	-0,1	0,0	0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	-0,3	-0,9	0,2	-1,3	-0,5	-0,6	1,0
Arbeitstage	0,7	0,5	-0,9	0,6	0,4	0,8	-2,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,8	-0,1	-0,5	0,0	-0,2	0,1	-1,0
Produktivität 3)	1,3	1,5	3,1	1,0	1,9	2,6	3,6
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	2,2	1,4	2,7	1,0	1,7	2,8	2,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd.DM							
Konsumausgaben	2894,1	2972,6	3065,0	1438,5	1534,1	1485,0	1580,0
Private Haushalte einschl. OoE	2174,7	2236,5	2321,0	1088,6	1147,9	1130,5	1190,4
Staat	719,4	736,1	744,1	349,9	386,2	354,5	389,6
Anlageinvestitionen	797,2	810,6	839,5	385,7	424,9	399,4	440,0
Ausrüstungen	297,0	310,7	329,9	147,4	163,3	155,2	174,7
Bauten	460,7	457,0	464,4	217,7	239,3	222,7	241,7
Sonstige Anlagen	39,5	42,8	45,2	20,5	22,3	21,6	23,6
Vorratsveränderungen	29,6	36,2	42,9	30,3	5,9	34,8	8,1
Inlandsnachfrage	3720,9	3819,4	3947,4	1854,5	1964,9	1919,2	2028,1
Außenbeitrag	63,3	52,2	73,3	23,7	28,6	34,0	39,2
Ausfuhr	1092,1	1127,7	1249,1	538,2	589,5	600,1	649,0
Einfuhr	1028,9	1075,5	1175,9	514,5	561,0	566,1	609,8
Bruttoinlandsprodukt	3784,2	3871,6	4020,6	1878,1	1993,5	1953,2	2067,4
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben	2,6	2,7	3,1	2,6	2,8	3,2	3,0
Private Haushalte einschl. OoE	3,2	2,8	3,8	2,8	2,8	3,9	3,7
Staat	0,7	2,3	1,1	2,0	2,6	1,3	0,9
Anlageinvestitionen	1,6	1,7	3,6	1,6	1,8	3,6	3,6
Ausrüstungen	10,0	4,6	6,2	6,8	2,7	5,2	7,0
Bauten	-4,0	-0,8	1,6	-2,3	0,6	2,3	1,0
Sonstige Anlagen	12,3	8,4	5,6	9,8	7,1	5,2	5,9
Inlandsnachfrage	3,0	2,6	3,4	2,6	2,7	3,5	3,2
Ausfuhr	7,0	3,3	10,8	-0,8	7,3	11,5	10,1
Einfuhr	6,4	4,5	9,3	0,7	8,3	10,0	8,7
Bruttoinlandsprodukt	3,2	2,3	3,8	2,2	2,5	4,0	3,7
3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995							
a) Mrd.DM							
Konsumausgaben	2786,7	2829,6	2877,6	1387,0	1442,6	1410,8	1466,8
Private Haushalte einschl. OoE	2078,8	2119,7	2168,2	1034,7	1085,0	1058,7	1109,5
Staat	708,0	709,9	709,4	352,3	357,6	352,1	357,3
Anlageinvestitionen	796,7	814,2	841,2	387,5	426,7	400,5	440,6
Ausrüstungen	290,3	305,0	321,8	144,3	160,7	151,5	170,4
Bauten	465,7	464,6	471,7	221,4	243,2	226,3	245,4
Sonstige Anlagen	40,7	44,5	47,7	21,8	22,8	22,8	24,9
Vorratsveränderungen	34,7	42,0	48,8	30,7	11,3	34,5	14,3
Inlandsnachfrage	3618,1	3685,8	3767,5	1805,2	1880,6	1845,9	1921,7
Außenbeitrag	60,5	42,6	59,6	17,0	25,5	26,9	32,7
Ausfuhr	1075,6	1116,7	1215,9	534,8	581,9	587,7	628,2
Einfuhr	1015,0	1074,1	1156,4	517,8	556,4	560,8	595,5
Bruttoinlandsprodukt	3678,6	3728,3	3827,1	1822,2	1906,1	1872,7	1954,4
nachrichtlich: Bruttonationaleinkommen	3651,3	3694,3	3788,4	1808,1	1886,2	1856,0	1932,4
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben	1,8	1,5	1,7	1,7	1,4	1,7	1,7
Private Haushalte einschl. OoE	2,3	2,0	2,3	2,1	1,8	2,3	2,3
Staat	0,5	0,3	-0,1	0,3	0,2	-0,1	-0,1
Anlageinvestitionen	1,4	2,2	3,3	2,3	2,1	3,4	3,3
Ausrüstungen einschl. Sonstige Anlagen	9,2	5,1	5,5	7,2	3,2	5,0	6,0
Bauten	-3,9	-0,2	1,5	-1,7	1,1	2,2	0,9
Sonstige Anlagen	15,1	9,4	7,1	14,0	5,4	4,6	9,4
Inlandsnachfrage	2,5	1,9	2,2	2,1	1,7	2,3	2,2
Ausfuhr	7,0	3,8	8,9	0,2	7,3	9,9	8,0
Einfuhr	8,5	5,8	7,7	3,9	7,6	8,3	7,0
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,4	2,7	1,0	1,7	2,8	2,5
nachrichtlich: Bruttonationaleinkommen	1,8	1,2	2,5	1,2	1,1	2,6	2,5

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 2000

	1998 1)	1999 1)	2000 2)	1999 1)		2000 2)	
				1.Hj	2.Hj 2)	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)							
Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben Priv. Haushalte einschl. OoE	0,9	0,9	1,5	0,7	1,0	1,5	1,4
Konsumausgaben Staat	0,3	2,0	1,1	1,7	2,4	1,4	1,0
Anlageinvestitionen	0,1	-0,5	0,2	-0,6	-0,4	0,2	0,3
Ausrüstungen	0,7	-0,4	0,6	-0,3	-0,5	0,3	0,9
Bauten	-0,1	-0,6	0,1	-0,7	-0,5	0,1	0,1
Sonstige Anlagen	-2,4	-0,9	-1,4	-3,6	1,6	0,5	-3,1
Ausfuhr	0,0	-0,5	1,7	-1,1	0,0	1,5	2,0
Einfuhr	-2,0	-1,2	1,6	-3,1	0,6	1,6	1,6
Bruttoinlandsprodukt	1,0	0,9	1,2	1,1	0,8	1,2	1,1
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd.DM							
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2815,6	2882,7	2987,1	1399,8	1482,9	1444,7	1542,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	396,0	403,4	410,6	191,3	212,1	193,6	217,1
Bruttolöhne und -gehälter	1605,8	1641,0	1677,7	769,6	871,4	783,6	894,1
Übrige Primäreinkommen	813,7	838,3	898,8	438,9	399,4	467,5	431,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	376,9	376,4	397,6	177,3	199,0	195,9	201,6
Nettonationaleinkommen	3192,5	3259,0	3384,7	1577,2	1681,9	1640,6	1744,1
Abschreibungen	561,5	574,7	591,9	285,7	289,0	293,6	298,3
Bruttonationaleinkommen	3754,1	3833,7	3976,6	1862,9	1970,9	1934,2	2042,4
nachrichtlich: Volkseinkommen	2823,2	2862,7	2965,0	1380,1	1482,5	1430,8	1534,2
Arbeitnehmerentgelt	2001,8	2044,4	2088,3	960,9	1083,5	977,2	1111,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	821,4	818,3	876,7	419,2	399,1	453,6	423,1
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2,9	2,4	3,6	2,4	2,4	3,2	4,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,2	1,8	1,8	1,9	1,8	1,2	2,3
Bruttolöhne und -gehälter	1,6	2,2	2,2	2,5	2,0	1,8	2,6
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	1,5	1,9	2,0	1,8	2,1	1,9	2,1
Übrige Primäreinkommen	6,5	3,0	7,2	2,5	3,6	6,5	8,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	2,6	-0,2	5,6	2,5	-2,4	10,5	1,3
Nettonationaleinkommen	2,9	2,1	3,9	2,4	1,8	4,0	3,7
Abschreibungen	2,8	2,3	3,0	2,3	2,4	2,8	3,2
Bruttonationaleinkommen	2,9	2,1	3,7	2,4	1,9	3,8	3,6
nachrichtlich: Volkseinkommen	2,6	1,4	3,6	1,8	1,1	3,7	3,5
Arbeitnehmerentgelt	1,6	2,1	2,2	2,4	1,9	1,7	2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	5,3	-0,4	7,1	0,5	-1,2	8,2	6,0
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte							
a) Mrd.DM							
Masseneinkommen	1641,7	1680,7	1717,9	805,1	875,6	821,6	896,3
Nettolöhne und -gehälter	1021,6	1039,3	1067,6	486,6	552,7	497,7	569,9
Monetäre Sozialleistungen	760,8	780,9	789,3	388,5	392,4	394,3	395,1
abzügl.:Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	140,6	139,5	139,0	70,1	69,5	70,4	68,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	813,7	838,3	898,8	438,9	399,4	467,5	431,3
Sonstige Transfers (Saldo)	-62,7	-76,2	-76,8	-37,0	-39,2	-38,0	-38,8
Verfügbares Einkommen	2392,8	2442,8	2539,9	1207,0	1235,8	1251,0	1288,9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	23,8	21,4	22,0	9,7	11,7	10,0	12,0
Konsumausgaben	2174,7	2236,5	2321,0	1088,6	1147,9	1130,5	1190,4
Sparen	241,9	227,7	240,9	128,1	99,6	130,5	110,4
Sparquote	10,0	9,2	9,4	10,5	8,0	10,3	8,5
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Masseneinkommen	1,6	2,4	2,2	2,4	2,4	2,1	2,4
Nettolöhne und -gehälter	1,7	1,7	2,7	2,0	1,5	2,3	3,1
Monetäre Sozialleistungen	1,3	2,6	1,1	2,1	3,2	1,5	0,7
abzügl.:Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	0,3	-0,8	-0,4	-1,6	0,0	0,4	-1,2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	6,5	3,0	7,2	2,5	3,6	6,5	8,0
Verfügbares Einkommen	2,8	2,1	4,0	1,5	2,7	3,7	4,3
Konsumausgaben	3,2	2,8	3,8	2,8	2,8	3,9	3,7
Sparen	-1,1	-5,8	5,8	-9,9	0,0	1,9	10,8

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 2000

	1998 1)	1999 1)	2000 2)	1999 1)		2000 2)	
				1.Hj	2.Hj 2)	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates							
a) Mrd.DM							
Einnahmen							
Steuern	872,9	929,9	966,0	448,9	481,0	471,6	494,4
Sozialbeiträge	726,1	730,7	737,9	350,7	380,0	351,4	386,5
Vermögenseinkommen	35,7	33,0	27,0	21,9	11,1	15,5	11,5
Sonst. lfd. Übertragungen	29,5	29,7	30,5	14,0	15,7	14,4	16,2
Vermögenstransfers	16,6	17,7	18,2	8,1	9,6	8,4	9,9
Verkäufe	81,7	79,3	78,4	35,9	43,4	35,5	42,9
Sonst. Subventionen	2,1	1,8	1,8	0,5	1,2	0,6	1,2
Einnahmen insgesamt	1764,5	1822,0	1859,8	880,0	942,0	897,3	962,5
Ausgaben							
Vorleistungen	423,1	430,9	434,5	210,0	221,0	211,4	223,1
Arbeitnehmerentgelt	319,6	324,5	326,0	149,2	175,3	149,7	176,3
Sonst. Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	135,2	136,0	135,2	67,0	69,1	66,6	68,7
Subventionen	69,4	71,1	71,4	31,2	39,9	31,6	39,7
Monetäre Sozialleistungen	712,9	730,5	741,0	364,9	365,6	372,4	368,6
an private Haushalte	703,5	720,7	731,0	360,1	360,7	367,5	363,6
an die übrige Welt	9,4	9,8	10,0	4,8	5,0	4,9	5,1
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	51,8	50,5	50,9	24,6	25,9	24,8	26,1
Vermögenstransfers	53,9	63,3	70,0	23,4	39,8	27,1	42,9
Bruttoinvestitionen	66,9	69,7	72,2	29,6	40,2	30,8	41,4
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter	-3,7	-3,6	-2,7	-1,9	-1,7	-1,0	-1,7
Ausgaben insgesamt	1829,0	1873,1	1898,6	898,0	975,1	913,4	985,2
Finanzierungssaldo	-64,5	-51,1	-38,8	-18,0	-33,0	-16,1	-22,7
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	5,5	6,5	3,9	8,0	5,2	5,1	2,8
Sozialbeiträge	0,9	0,6	1,0	0,7	0,6	0,2	1,7
Vermögenseinkommen	15,5	-7,5	-18,2	-12,8	5,2	-29,0	3,0
Sonst. lfd. Übertragungen	1,8	0,7	2,6	-4,2	5,5	2,4	2,9
Vermögenstransfers	2,3	6,6	3,2	9,5	4,2	3,3	3,2
Verkäufe	-2,0	-2,9	-1,1	-7,0	0,8	-1,1	-1,1
Sonst. Subventionen	1,9	-17,3	3,4	-15,6	-18,0	14,8	-1,6
Einnahmen insgesamt	3,3	3,3	2,1	3,5	3,0	2,0	2,2
Ausgaben							
Vorleistungen	0,5	1,8	0,8	2,9	0,9	0,7	0,9
Arbeitnehmerentgelt	0,4	1,5	0,4	1,1	1,9	0,3	0,6
Sonst. Produktionsabgaben	25,0	-10,0	11,1	-33,3	25,0	25,0	0,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	0,7	0,7	-0,6	1,3	0,0	-0,6	-0,6
Subventionen	3,4	2,5	0,4	7,0	-0,7	1,3	-0,3
Monetäre Sozialleistungen	1,2	2,5	1,4	2,1	2,8	2,1	0,8
an private Haushalte	1,1	2,5	1,4	2,1	2,8	2,1	0,8
an die übrige Welt	3,9	3,6	2,4	4,8	2,4	2,3	2,4
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	9,5	-2,4	0,8	-3,1	-1,7	0,8	0,8
Vermögenstransfers	19,1	17,4	10,6	2,9	27,9	15,6	7,7
Bruttoinvestitionen	-4,8	4,3	3,6	3,8	4,6	4,2	3,2
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter	36,5	-3,2	-24,9	-3,1	-3,4	-47,1	0,0
Ausgaben insgesamt	1,3	2,4	1,4	2,2	2,6	1,7	1,0

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sowie eigene Berechnungen. -
2) Schätzung. - 3) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – 4) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. –
5) Einschließlich sonstiger Produktionsabgaben.